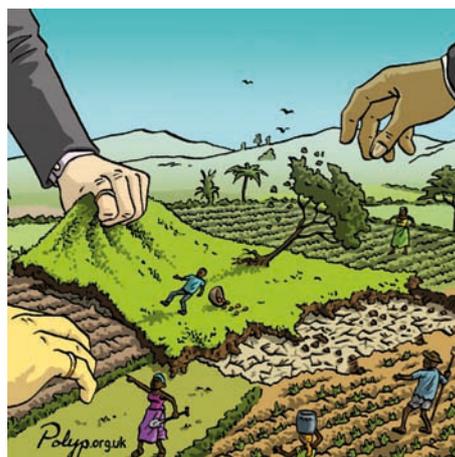


# Historische Sozialkunde

Geschichte – Fachdidaktik – Politische Bildung

1/2015



## Landgrabbing

### Globale Kontexte und regionale Fallstudien

Offenlegung lt. Pressegesetz: Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Förderung der Forschung, Lehre und Fortbildung in allen Bereichen der Geschichte und Sozialkunde.

Für den Inhalt verantwortlich: Obfrau a.o. Univ. Prof. Dr. Margarete Grandner

AU ISSN 004-1618

Historische Sozialkunde. Geschichte – Fachdidaktik – Politische Bildung. Zeitschrift für Lehrerfortbildung. Inhaber, Herausgeber, Redaktion: Verein für Geschichte und Sozialkunde (VGS) in Kooperation mit dem Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien, Universitätsring 1, 1010 Wien.

Chefredaktion: Eduard Fuchs, Andrea Schnöller (Wien)

Fachdidaktik: Zentrale Arbeitsstelle für Geschichtsdidaktik und Politische Bildung, FB Geschichte/ Universität Salzburg, Rudolfskai 42, 5020 Salzburg (christoph.kuehberger@sbg.ac.at)



Preise Jahresabonnement € 17,- (Studenten € 12,50), Einzelheft € 6,-, Sondernummer € 7,- zuzügl. Porto.

Bankverbindungen: Raiffeisenbank Weitra IBAN 34329360000024570, BIC RNLWATW1936

Herausgeber (Bestelladresse):

Verein für Geschichte und Sozialkunde, c/o Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien, Universitätsring 1, A-1010 Wien

Tel.: +43-1-4277/41330 (41301), Fax: +43-1-4277/9413

Aboverwaltung: +43-1-4277/41330 (Marianne Oppel)

E-mail: vgs.wirtschaftsgeschichte@univie.ac.at

<http://vgs.univie.ac.at>

Trotz intensiver Bemühungen konnten nicht alle Inhaber von Text- und Bildrechten ausfindig gemacht werden. Für entsprechende Hinweise ist der Verein für Geschichte und Sozialkunde dankbar. Sollten Urheberrechte verletzt worden sein, werden wir diese nach Anmeldung berechtigter Ansprüche abgelden.

#### **Titelbild:**

Collage: **Bild oben rechts:** Sénégal, région de Saint-Louis. L'entreprise italo-américaine Senhuile-Senethanol a obtenu une concession de 20.000 hectares de terres pour 55 ans pour cultiver des tournesols et des patates douces; [http://farmlandgrab.org/uploads/images/photos/4949/original\\_3\\_rouleaux.jpg](http://farmlandgrab.org/uploads/images/photos/4949/original_3_rouleaux.jpg) / **Bild oben links:** Plantation de Sime Darby au Liberia (Source: National Geographic France, juillet 2014); [http://farmlandgrab.org/uploads/images/photos/7645/original\\_liberia.png](http://farmlandgrab.org/uploads/images/photos/7645/original_liberia.png) / **Bild unten rechts:** [http://farmlandgrab.org/uploads/images/photos/7477/original\\_Landfor-campaign.jpg](http://farmlandgrab.org/uploads/images/photos/7477/original_Landfor-campaign.jpg) / **Bild unten links:** Mobilisation de COPAGEN contre les accaparements de terres au Forum Social Mondial en février 2011 à Dakar; [http://farmlandgrab.org/uploads/images/photos/5158/original\\_copagen-senegal.jpg](http://farmlandgrab.org/uploads/images/photos/5158/original_copagen-senegal.jpg)

**Heftredaktion:** Birgit Englert/Barbara Gärber

**Layout/Satz:** Marianne Oppel

#### **AutorInnen:**

*Birgit Englert* ist Assistenzprofessorin am Institut für Afrikawissenschaften der Universität Wien. Sie forscht und lehrt zu Landrechten in Afrika sowie zu Populärkultur, Jugend und Transnationalisierungsprozessen. Ihr regionaler Schwerpunkt ist Ostafrika und seine Diaspora.

*Andreas Exner* studierte Ökologie in Wien und schreibt derzeit an seiner Dissertation zu Gemeinschaftsgärten in Wien am Institut für Politikwissenschaft. Er arbeitete lange Jahre in Forschungsprojekten, die unter anderem vom Österreichischen Klima- und Energiefonds gefördert wurden und befasste sich darin mit Peak Oil, Resilienz, Landnutzung und sozial-ökologischer Transformation.

*Barbara Gärber* hat an der Universität Wien Internationale Entwicklung studiert und betreibt derzeit ihr PhD-Studium am Institut für Afrikawissenschaften. Sie forscht zu Gender und Landrechten in agrarisch-sesshaften und semi-nomadisch geprägten Kontexten mit dem regionalen Schwerpunkt Ostafrika.

*Mirjam Ohr*, Dissertantin am Institut für Internationale Entwicklung und Mitarbeiterin der NGO Fundación Madre Herlinda Moises in Cartagena de Indias/Kolumbien.

*Christina Plank* ist Doktorandin und Lektorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und arbeitet zu internationaler Umwelt- und Ressourcenpolitik mit regionalem Schwerpunkt auf Osteuropa.

*Philipp Salzmann* ist Politikwissenschaftler und derzeit bei FIAN Österreich als Projektreferent tätig. Er beschäftigt sich seit einigen Jahren mit dem globalisierten Agrar- und Ernährungssystem sowie der Nahrungskrise und fokussiert dabei vor allem auf den Zugang zu Land in Subsahara Afrika.

*Werner Zittel* studierte Physik in München und promovierte in Darmstadt. Seit 1989 ist er bei der Ludwig-Bölkow-Systemtechnik GmbH. Dort befasste er sich mit Analysen im Themenfeld Klimagasbilanzen, Energiebilanzen, fossile Energieträger, Ressourcenanalysen, Lebenszyklusanalysen und neue Energietechnologien. Aktuelle Arbeitsthemen beinhalten die Erstellung von Langfristszenarien und Energiekonzepten.

Fachdidaktik

*Heinrich Ammerer*, MMag. Dr., Geschichts- und Politikdidaktiker am Bundeszentrum für Gesellschaftliches Lernen der Pädagogischen Hochschule Salzburg.

---

Die wissenschaftliche Redaktion der „Historischen Sozialkunde“ wird auch im Jahr 2015 durch eine Förderung der Magistratsabteilung 7, Gruppe Wissenschaft, unterstützt.

Stadt  Wien 

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1010 Wien, Plus.Zeitung 06Z036815P

# Inhaltsverzeichnis

- Birgit Englert/Barbara Gärber*
- 2** Landgrabbing  
Globale Zusammenhänge und regionale Fallstudien
- Philipp Salzmann*
- 4** Landgrabbing im neoliberalen Nahrungsregime und die Nahrungsunsicherheit von Kleinbauern/-bäuerinnen in Uganda  
Der Food-Regime Ansatz – Folgen der Landnahmen für Kleinbauern/-bäuerinnen: Fallbeispiel Uganda – Resümee
- Barbara Gärber*
- 11** Pastoralismus, sozialer Wandel und umkämpfte Landflächen in Karamoja, Uganda  
Einleitung – Gewohnheitsrecht und Landverwaltung in Karamoja – Landnahmen und -konflikte in Karamoja im Kontext von Naturschutz, Minenbau und Landwirtschaft – Resümee
- Mirjam Ohr*
- 19** Landgrabbing im Kontext von Konflikten  
Das Beispiel Kolumbien  
Einleitung – Historischer Abriss – Phasen von Landnahmen – Auswirkungen von Landgrabbing – Widerstand gegen Landgrabbing – Conclusio
- Christina Plank*
- 25** Landgrabbing in der Ukraine  
Ukrainische Oligarchen und internationale Investoren  
Die Bodenreform und deren Zwischenergebnis in der postsowjetischen Ukraine – Oligarchen und transnationales Kapital übernehmen das Land – Der Weg in Richtung eines ukrainischen Landmarkts
- Andreas Exner/Werner Zittel*
- 31** Landgrabbing und die Grenzen des fossilen Systems  
Dynamik der Profitrate – Inflation der Rohstoffpreise und Peak Oil – Die lange Frist: vom Land zum Erdöl und retour – Landgrabbing als Verdichtung der Vielfachkrise
- Fachdidaktik**
- Heinrich Ammerer*
- 37** Landgrabbing als Thema des Politikunterrichts  
Wem gehört die Welt?

# Landgrabbing Globale Zusammenhänge und regionale Fallstudien

Birgit Englert/Barbara Gärber

Landgrabbing – die großflächige, zumeist transnationale, Aneignung von Land durch private oder staatliche Akteure – hat in den vergangenen Jahren insbesondere vor dem Hintergrund der kapitalistischen Vielfachkrise von Ernährung, Klima, Energie und Finanzen, an Aktualität gewonnen. Konkret machte die Nichtregierungsorganisation GRAIN (*Genetic Resources Action International*) mit ihrem Report „Seized! The 2008 land grab for food and financial security“ auf das Phänomen aufmerksam, das seither sowohl in Medien und journalistischen Publikationen, wie auch in akademischen Kreisen ein großes Maß an Aufmerksamkeit erfahren hat. Der englische Begriff Landgrabbing, der sich auch in der deutschsprachigen Literatur durchgesetzt hat, lässt sich zu Deutsch mit Landnahmen übersetzen.

Landnahmen sind allerdings keineswegs ein Phänomen der jüngeren Gegenwart, sondern in unterschiedlichsten Formen immer Teil historischer Prozesse gewesen. So kam es etwa im Rahmen von kolonialen Eroberungsprozessen in den Amerikas, Australien und Ozeanien, aber auch in Afrika, zu Landnahmen, in deren Folge indigene Eigentumsrechte systematisch verneint wurden. Insbesondere in den Siedlerkolonien im Südlichen Afrika fanden Landenteignungen großen Ausmaßes statt, deren Vorgangsweise in mehrerlei Hinsicht an Landnahmen der Gegenwart erinnern. Nicht selten wird Landgrabbing daher als Ausdruck einer neuen Form des Imperialismus gedeutet. Landnahmen wurden jedoch ebenso im Rahmen von postkolonialen Landreformen oder Protesten gegen deren Art der (Nicht)Durchführung vorgenommen. Der jeweilige politische Kontext scheint für das Auftreten von Landnahmen dabei nur wenig ausschlaggebend zu sein, wurde und wird Land doch sowohl un-

ter autoritären Regimen als auch unter demokratisch legitimierten Regierungen enteignet. Auch sind die gegensätzlichen Prozesse von Verstaatlichung und Privatisierung beide vielerorts mit Landnahmen verbunden. In gewisser Hinsicht können beide Prozesse als Wegbereiter des aktuellen Landgrabbing betrachtet werden, da sie Land im Besitz von verschiedenen Bevölkerungsgruppen in staatliche Systeme integrieren und damit dem Zugriff des Staates unterstellen. Dieser wiederum überträgt das Land anderen staatlichen oder privaten Akteuren, oftmals ohne auf die Rechte der ansässigen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, die häufig als Hindernis für eine effiziente und/oder ökologisch sinnvolle Nutzung des Bodens wahrgenommen wird. Dies gilt sowohl für die sozialistischen Regime in der Sowjetunion und China, wo die Ländereien von Kleinbauern und -bäuerinnen im Zuge der Kollektivierung eingenommen wurden, als auch für gegenwärtige Landenteignungen durch private Investoren und Regierungen (vgl. Englert/Gärber 2014: 7ff).

Dieses Themenheft komplementiert den Band „Landgrabbing. Landnahmen in historischer und globaler Perspektive“, der 2014 in der Reihe Historische Sozialkunde / Internationale Entwicklung erschienen ist. Darin sind zahlreiche Fallstudien enthalten, deren AutorInnen aus unterschiedlichen Disziplinen kommend, verschiedene geographische und politische Kontexte sowie Akteure beleuchten und dabei mehrheitlich auch die historische Dimension von Landnahmen in den Blick nehmen. Das vorliegende Themenheft stellt hingegen vor allem die gegenwärtigen Entwicklungen in den Mittelpunkt der Analyse und ergänzt die Fallstudien des Bandes sowohl in regionaler als auch in thematischer Hinsicht.

Im ersten Beitrag diskutiert Philipp Salzmann „Landgrabbing im neoliberalen Nahrungsregime“ aus einer polit-ökonomischen Perspektive. Ausgehend von einem Food-Regime-Ansatz thematisiert er zunächst die Rahmenbedingungen der globalen Nahrungsmittelproduktion und veranschaulicht am Beispiel der Neoliberalisierung der Agrarpolitik Ugandas, wie sich diese in nationale Kontexte einschreiben und Landnahmen begünstigen. Anhand eines konkreten Fallbeispiels aus Zentral-Uganda verdeutlicht er außerdem die zahlreichen negativen Auswirkungen von Landgrabbing auf die Nahrungssicherheit der betroffenen Bevölkerung.

Der zweite Beitrag ist ebenfalls Uganda gewidmet, nimmt allerdings andere Kontexte sowie eine andere Region in den Blick. Konkret beschäftigt sich Barbara Gärber mit Landnahmen und -konflikten im Spannungsfeld von Naturschutz, Minenbau und Landwirtschaft in der nomadisch geprägten Region Karamoja im Nordosten des Landes. In ihrer Analyse berücksichtigt sie nicht nur die Rolle der Regierung und (inter-)nationaler Investoren, sondern geht insbesondere auch auf lokale und familiäre Kontexte ein und zeigt auf, inwiefern Landnahmen Frauen und Männer in unterschiedlicher Weise betreffen. Zahlreiche Ausschnitte aus Interviews sowie ein konkretes Fallbeispiel veranschaulichen die Ausführungen.

Dass beide Fallstudien zu Afrika sich auf dasselbe Land beziehen, unterstreicht einerseits die Heterogenität der meisten afrikanischen Staaten, und weist andererseits auf die unterschiedlichen Motive für Landnahmen hin. Zumeist werden wirtschaftliche Argumente zur Rechtfertigung von Landgrabbing herangezogen und Landnahmen als notwendige Entwicklungsmaßnahme präsentiert, wie dies auch im ersten Beitrag deutlich wurde. Die Fallstudie zu Karamoja veranschaulicht jedoch, dass Landnahmen ebenso aus Gründen des Naturschutzes durchgeführt werden – ein Aspekt, der in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich weniger präsent ist.

Wenig überraschend führt Landgrabbing vor allem auf der lokalen Ebene zu zahlreichen Konflikten zwischen der betroffenen Bevölkerung und den agierenden VertreterInnen von privaten Unternehmen aber auch Regierungen, die entweder selbst Landnahmen durchführen oder diese durch die Schaffung der Rahmenbedingungen begünstigen.

Landgrabbing kann jedoch auch bestehende Konflikte begünstigen, wie dies etwa in Kolumbien der Fall ist, wo Landnahmen maßgeblich zu einer Verschärfung des langjährigen Bürgerkriegs beigetragen haben und oftmals mit zahlreichen Menschenrechtsverletzungen einhergehen. Wie Mirjam Ohr in ihrem Beitrag „Landgrabbing im Kontext von Konflikten“ ausführt, vertrieben Paramilitärs in der Vergangenheit Millionen von Menschen von ihrem Land, um dieses für die Errichtung von Ölpalmenplantagen freizumachen, deren Erträge gewinnbringend am Weltmarkt veräußert werden und somit die fortwährende Finanzierung des Konflikts ermöglichen. Die Landnahmen bleiben jedoch

nicht ohne Widerstand der Bevölkerung, die insbesondere von Nichtregierungsorganisationen in ihrem Kampf um Land unterstützt wird.

Entgegen weitverbreiteten Annahmen ist Landgrabbing nicht ausschließlich in Ländern des globalen Südens anzutreffen sondern auch aktuell in europäischen Kontexten, wie Christina Plank in ihrem Beitrag mit Fokus auf die Ukraine erörtert. Sie skizziert die Landnahmen durch ukrainische Oligarchen und internationale Investoren und zeigt auf, wie diese vor dem Hintergrund der Bodenreform und der damit verbundenen Privatisierung von Anbauflächen zunehmend die Kontrolle über die ukrainische Landwirtschaft übernehmen.

Abschließend diskutiert der Beitrag von Andreas Exner und Werner Zittel Landgrabbing vor dem Hintergrund der Vielfachkrise und zunehmenden Verknappung der fossilen Ressourcenbasis. Konkret erörtern die beiden Autoren die globalen Charakteristika der Vielfachkrise und zeigen auf, weshalb insbesondere angesichts der steigenden Bedeutung erneuerbarer Energieträger der Zugang zu Land immer stärker umkämpft ist.

Der Beitrag zur Fachdidaktik von Heinrich Ammerer widmet sich der Aufbereitung von Landgrabbing als Thema des Unterrichts in Geschichte und politischer Bildung. Anhand von zahlreichen Illustrationen, Textausschnitten und Arbeitsaufgaben werden die Schülerinnen und Schüler aufgefordert, sich unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Perspektiven auf Landnahmen eine fundierte und differenzierte Meinung zu dem Phänomen zu erarbeiten. Die Abhaltung einer Podiumsdiskussion ermöglicht anschließend den Vergleich der verschiedenen Standpunkte und soll zur gemeinsamen Erarbeitung möglicher Lösungsansätze anregen.

---

## LITERATUR

B. ENGLERT/B. GÄRBER, Landgrabbing. Landnahmen in historischer und globaler Perspektive. Eine Einleitung, in: Dies. (Hg.): Landgrabbing. Landnahmen in historischer und globaler Perspektive. Wien 2014, 7-18.

GRAIN, Seized! The 2008 land grab for food and financial security. GRAIN Briefing 2008.

---

## Landgrabbing im neoliberalen Nahrungsregime und die Nahrungsunsicherheit von Kleinbauern/-bäuerinnen in Uganda

Während der letzten zwei Dekaden lebten weltweit permanent zwischen 750 und 850 Millionen Menschen in Nahrungsunsicherheit. Dabei waren jedoch gleichzeitig genügend Nahrungsmittel vorhanden – im Sinne von Kalorien und Protein – um die globale Ernährung sicherzustellen. Dieser Umstand lässt darauf schließen, dass das globalisierte Agrar- und Ernährungssystem (im Weiteren wird dafür der Begriff Nahrungssystem/Nahrungsregime verwendet) in vielen Bereichen offensichtlich nicht funktioniert. Anders ausgedrückt: es befindet sich in einer tiefgreifenden Krise. Paradoxiere Weise sind es gerade Kleinbauern/-bäuerinnen, also die primären NahrungsmittelproduzentInnen, die vom Hunger besonders betroffen sind, vor allem in Subsahara Afrika (vgl. Salzmann 2014).

Ein wesentlicher Faktor für die Nahrungsunsicherheit von

Kleinbauern/-bäuerinnen ist, dass ihnen der Zugang zu und die Kontrolle über natürliche Ressourcen, wie Land, entzogen wird. Dieser Beitrag versucht, aufbauend auf dem Buch „Die Nahrungskrise in Subsahara Afrika – Politische Ökonomie der Nahrungsunsicherheit von KleinbäuerInnen“ (Salzmann 2014), systemisch-strukturelle Ursachen der Nahrungskrise insbesondere im subsaharischen Kontext zu erörtern und fokussiert dabei vor allem auf das Phänomen des Landgrabbing.

Mittels des Food-Regime-(Nahrungsregime-)Ansatzes und einer kritischen Herangehensweise sollen Macht- und Herrschaftsverhältnisse des neoliberalen Nahrungsregimes sichtbar gemacht werden. Das Konzept des Food-Regime fungiert dabei als analytisches Erklärungsgewerkzeug, gleichzeitig aber auch als wesentlicher Rahmen zur Kontextualisierung von Landgrabbing. Am Fall-

beispiel Uganda wird erläutert, wie bestimmte Akteure die notwendigen Strukturen für Landgrabbing schaffen und diesen politisch sehr voraussetzungsvollen Prozess dadurch erst ermöglichen. Folgende Fragen stehen im Mittelpunkt der Analyse: Wie lässt sich Landgrabbing im Nahrungsregime situieren und in welchem Zusammenhang steht dieses Phänomen mit der Nahrungsunsicherheit von Kleinbauern/-bäuerinnen im subsaharischen Afrika im Allgemeinen und in Uganda im Speziellen?

### Der Food-Regime Ansatz

Der Food-Regime-Ansatz basiert im Wesentlichen auf der marxistischen Theorie der Politischen Ökonomie. Nach dieser Lesart bedeutet Politische Ökonomie die Wissenschaft von der Entwicklung gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse. Diese Verhältnisse beherrschen die Produktion und den Austausch sowie die Verteilung materieller Güter in den Gesellschaften.

Durch die Bereitstellung einer analytischen Linse auf sich verändernde globalisierte Nahrungsregime versucht der Food-Regime-Ansatz, Funktionsweisen und Reproduktionsmechanismen verschiedener kapitalistischer Perioden zu erklären. Die Analyse richtet sich nicht auf Nahrung per se, sondern auf die geo- bzw. politökonomischen, ökologischen sowie sozialen und kulturellen (Herrschafts-)Verhältnisse, innerhalb derer Nahrung produziert und konsumiert wird (vgl. Salzmann 2014). Der Food-Regime-Ansatz leitet sowohl die analytische Herangehensweise als auch die Selektion der in diesem Beitrag untersuchten Prozesse, Strukturen und Akteure.

Im gegenwärtig vorherrschenden neoliberalen oder *Corporate Food Regime* (CFR) wird die soziale Reproduktion verstärkt in den globalisierten Markt integriert. Der neoliberalen Logik zufolge gilt der Markt als primärer Garant für Nahrungs-

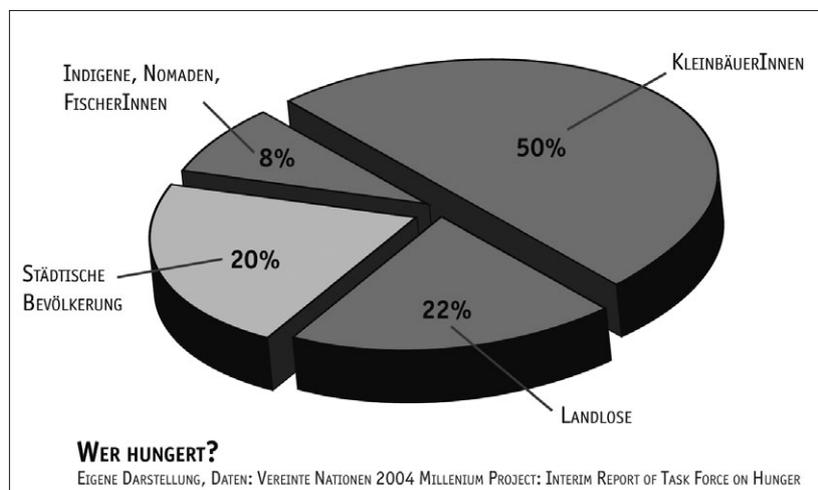


Bild 1: Anhand dieser Grafik wird das Paradoxon des derzeitigen Nahrungssystems sichtbar. 50 Prozent der weltweit an Hunger leidenden Menschen sind Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, also ProduzentInnen von Nahrung. Quelle: [http://www.fian.de/themen/hunger!/?tx\\_kesearch\\_pi1\[page\]=6](http://www.fian.de/themen/hunger!/?tx_kesearch_pi1[page]=6) [24.1.2015]

sicherheit. Zentral für das Funktionieren und die spezifische Ausformung des CFR ist das Konzept der sogenannten „Akkumulation durch Enteignung“, welches insbesondere in Bezug auf Landgrabbing-Prozesse Erklärungspotenzial bereit hält. Akkumulation durch Enteignung beinhaltet u.a. folgende Elemente:

- Inwertsetzung und Privatisierung von Land und die Vertreibung der bäuerlichen LandnutzerInnen; (neo-)koloniale und imperiale Aneignung von natürlichen Ressourcen
- Entzug der Rechte auf Gemeingüter (Commons); Transformierung von kollektiven Eigentumsrechten in exklusiv-private Eigentumsrechte
- Unterdrückung von alternativen, indigenen Formen der Produktion und des Konsums

Die Expansion des CFR geht mit der Ausweitung der Akkumulation durch Enteignung einher. Auf Afrika projiziert, können die insbesondere von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vorangetriebenen Strukturanpassungsprogramme (SAPs) als Mechanismen der Akkumulation durch Enteignung identifiziert werden. Die in diesem Kontext zu verortende Marktisierung afrikanischer Staaten begünstigte die Konstruktion eines globalisierten Lebensmittelmarktes wesentlich und unterminierte dabei die staatliche Souveränität (vgl. McMichael 2009, 2009a). Auf politischer Ebene führten Liberalisierungsmaßnahmen in Subsahara Afrika zum Abbau staatlicher Marketing Boards, zur Rückgängigmachung vieler umverteilender Landreformen, zur Inwertsetzung von Land und Saatgut, zur Einschränkung der Souveränität der afrikanischen Staaten, zur Öffnung der subsaharischen Märkte für transnationale Unternehmen/Agrarindustrie und für Produkte aus dem Globalen Norden bei gleichzeitiger Exportorientierung sowie zur Streichung von Subventionen und Serviceleistungen für Kleinbauern/-bäuerin-

nen und somit generell zur Reduktion der Nahrungsmittelproduktion.

### Kapitalistische Vielfachkrise und Landgrabbing

Eine polit-ökonomische Analyse der Landnahmen innerhalb des CFR richtet den Brennpunkt notwendigerweise auf systemische Krisenerscheinungen und deren dominante Bewältigungsversuche. Verschiedene Aspekte der kapitalistischen Vielfachkrise verdichten sich in den Landnahmen (vgl. McMichael 2012). Generell können die als Landgrabbing bezeichneten großflächigen Aneignungen von Land als Knotenpunkte von Krisenphänomenen in den Bereichen der Energieversorgung, des Klimawandels, des Finanzwesens und der Ernährung verstanden werden. Die Gründe für die neuen Landnahmen sind sehr unterschiedlich, jedoch im Zusammenspiel der verschiedenen Aspekte der Vielfachkrise und in deren dominanten politischen sowie ökonomischen Bearbeitungen zu suchen. Infolgedessen können folgende, sich überlagernde Erklärungsansätze hervorgehoben werden: So werden zum einen von staatlichen bzw. privaten Akteuren Nahrungs- bzw. Energieengpässe als Argumente vorgebracht, um die ausgelagerten Nahrungsmittel- bzw. Agrarreibstoffproduktionen und die da-

mit verbundenen Landnahmen in anderen Ländern zu legitimieren. Zum anderen begreift die Finanzindustrie großflächige Landnahmen als veritables Profitmaximierungsfeld, ergo als Sicherung ihrer finanziellen Interessen sowie als Lösung der Profitabilitätskrise des Kapitals (vgl. Salzmann 2014).

Landgrabbing wird durch ein modernistisches Entwicklungsparadigma abgesichert und vorangetrieben: Geknüpft an eine als unausweichlich wahrgenommene industrielle Modernisierung der Landwirtschaft, die damit verbundene Produktivitätssteigerung und Arbeitsplatzbeschaffung, erkennt beispielsweise die Weltbank in den Landnahmen potentielle Entwicklungschancen. Das wirkungsmächtige Entwicklungsmodell hinsichtlich der Landnahmen suggeriert eine potenzielle Win-win-Situation zwischen Investoren und der ländlichen Bevölkerung. D. h. es wird angenommen, dass sowohl Investoren als auch die ländliche Bevölkerung von den an die Landnahmen gebundenen Agrarprojekten profitieren würden. Dies trägt zur Legitimierung und Normalisierung von Landgrabbing bei (vgl. Borrás/Franco 2010). Dieser Diskursentwicklung sowie den daran geknüpften Praktiken und Implikationen tritt De Schutter (2011a:275, Übersetzung durch den Autor), ehemaliger UN-Sonderbe-



*Bild 2: Das Bild soll den Zugriff externer Akteure auf die Ressourcen Afrikas verdeutlichen – eine Entwicklung die sich aktuell nicht zuletzt im Landgrabbing ausdrückt.*

*Quelle: <http://farmlandgrab.org/23794#sthash.u1v86ltM.dpuf> [24.1.2015]*



*Bild 3: Landgrabbing und Biodieselproduktion – im Dienste der Flugzeugindustrie. Dieses Bild zeigt eine Tankzapsäule, die in einen Wald geschlägert wurde. Es versinnbildlicht die Konkurrenz zwischen der Agrartreibstoffproduktion und den Erhalt von Wäldern.*

Quelle : [http://www.foeurope.org/press/2011/Jun20\\_BRIEFING\\_flying\\_in\\_the\\_face\\_of\\_facts.html](http://www.foeurope.org/press/2011/Jun20_BRIEFING_flying_in_the_face_of_facts.html) [24.1.2015]

richterstatter für das Recht auf Nahrung, entschieden entgegen:

*„Wir brauchen eine Vision, die über die Disziplinierung von Landnahmen und über die Bereitstellung einer Checkliste für politische VerantwortungsträgerInnen, wie die Entbäuerlichung weltweit verantwortlich vorangetrieben werden könnte, hinausgeht. Soll eine wahrhaftige Verantwortung das Ziel sein, müssen die Investitionen in den Agrarsektor den Armen im globalen Süden zugutekommen, anstatt Investitionen zu tätigen, die dazu beitragen, dass Ressourcen in den reichen globalen Norden transferiert werden.“*

### **Treibende Kräfte hinter den Landnahmen**

Die meisten Landnahmen finden aktuell in Afrika, insbesondere in Subsahara Afrika statt (vgl. McMichael 2012). Etwa 40% der globalen Landnahmen zielen auf die Nahrungsmittelproduktion und über 20% auf die Produktion von Agrartreibstoffen ab. Landnahmen sind Ausdruck von Macht-, Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen, welche sich in die gesellschaftliche Nutzung von Natur einschreiben und nicht zuletzt determinieren, wer Zugang zu und Kontrolle über be-

stimmte Ressourcen hat (vgl. Borras/Franco 2010/2010a; Engels/Dietz 2011:400).

Die Landnahmen sind eng an die industriellen, maßgeblich von transnationalen Konzernen kontrollierten Konsum-, Produktions- und Vertriebsformen von Nahrungsmitteln und Energieträgern geknüpft und resultieren unter anderem in der Privatisierung und Konzentrierung von anbaufähigem Land, der Enteignung und Entmachtung von Kleinbauern/-bäuerinnen bzw. in der Verdrängung kleinbäuerlicher Nutzungsformen und ländlicher Lebenssicherungsstrategien. Vielerorts kann somit wenig überraschend eine negative Beeinträchtigung der Nahrungssicherheit bereits gefährdeter Gruppen im subsaharischen Afrika durch die derzeitige Form der Landnahmen festgestellt werden (vgl. Salzmann 2014). Im Folgenden sollen anhand des Fallbeispiels Uganda die Auswirkungen von Landgrabbing auf die lokale Bevölkerung konkret herausgearbeitet werden.

### **Folgen der Landnahmen für Kleinbauern/-bäuerinnen: Fallbeispiel Uganda**

Viele staatliche Entwicklungspolitiken für den ländlichen Raum afrikanischer Länder schaffen nicht nur

die notwendigen Rahmenbedingungen für Landnahmen, sondern begünstigen diese sogar. Anhand der Neoliberalisierung der ugandischen Agrarpolitik sowie des Plantageprojektes in Mubende soll dies veranschaulicht werden.

### **Aktuelle Agrarpolicies – Kontextualisierung landwirtschaftlicher „Modernisierung“ und Nahrungsunsicherheit**

Die seit dem Jahr 1987 auf (Neo-) Liberalisierung und Privatisierung aufbauende ugandische Entwicklungspolitik wurde im *Poverty Eradication Action Plan* (PEAP) 1997 gebündelt. Dem neoliberalen Paradigma der CFR entsprechend, sieht dieser die Integration Ugandas in den globalen Markt durch Liberalisierung und Deregulierung vor (vgl. Salzmann 2014).

Der Landwirtschaftssektor ist dabei zentrales Anliegen des PEAP und drückt sich im *Plan for Modernisation of Agriculture* (PMA) aus, welcher die Entwicklung eines profitablen, wettbewerbsfähigen, nachhaltigen und dynamischen agrarindustriellen Sektors anstrebt. Im Rahmen von dessen Realisierung werden unter anderem die Abschaffung von Preiskontrollen, Exportsteuern sowie nicht-tariflichen Restriktionen durchgesetzt.

Der PMA postuliert eine Reorientierung der „Subsistenzbauern/-bäuerinnen“, was die (Re)-Integration von Kleinbauern/-bäuerinnen in den Weltmarkt bedeutet. Im Zuge dieser Reorientierung wird landwirtschaftliche Entwicklung an die Kommerzialisierung des Sektors gekoppelt (vgl. Falk/Sterk 2004:5).

In Hinblick auf die nationale Nahrungssicherheit hält die Regierung Ugandas im strategischen und operationellen Rahmenwerk des PMA Folgendes fest:

*„Die breiten Strategien für die Umsetzung der Ziele des PMA inkludieren die Garantie von Nahrungssicherheit durch den Markt und verbesserte Einkommen. Da-*

*durch soll dazu beigetragen werden, dass sich Haushalte auf gewisse Produkte spezialisieren, anstatt an der Selbstversorgung festzuhalten.*“ (MAAIF/ MFPED:VII, Übersetzung durch den Autor)

Die konkreten Policies im landwirtschaftlichen Bereich spannen demnach ein bestimmtes Setting für die Nahrungssicherung auf und propagieren eine auf den Markt reduzierte Interpretation von einem funktionalen Agrarsektor bzw. von Nahrungssicherheit. Da nach dieser Schwerpunktsetzung des PMA Nahrungssicherheit offensichtlich durch den Markt erreicht werden sollte, liegt dem Plan die Annahme zugrunde, dass die Kommerzialisierung von Kleinbauern/-bäuerinnen ihnen das nötige Einkommen gewährt, um Nahrungsmittel käuflich zu erwerben. Die Sicherung des Zugangs zu und der Kontrolle über Ressourcen für die kleinbäuerliche Landwirtschaft spielt in den offiziellen, ländlichen Entwicklungsplänen keine wesentliche Rolle.

#### **Das Plantageprojekt von Kaweri im Mubende Distrikt**

Im Folgenden werden die Umsetzung einer Investmentvereinbarung zwischen der ugandischen Regierung und der Kaweri Coffee Plantation Ltd., deren polit-ökonomische Verortung sowie deren Auswirkung auf die vor Ort lebende Bevölkerung analysiert.

Die Kaweri Plantage im Mubende District ist de facto die erste großflächige Kaffeeplantage Ugandas. Das Plantagenprojekt kann als Prestigeunternehmen in Übereinstimmung mit den Zielen des oben beschriebenen PMA verstanden werden. Sowohl *Action Aid* (2008:5) als auch Falk/Sterk von FIAN (2004:5) betonen seine strategische Bedeutung für die agrarpolitisch intendierte Kommerzialisierung der Landwirtschaft, welche im PMA als erstrebenswert festgelegt wird. Zum einen entspricht das Projekt der Regierungsstrategie, ökonomisches

Wachstum mittels Exportorientierung und mithilfe ausländischer Investoren zu erzielen. Zum Anderen fällt es unter die Bestrebung, ‚unterentwickelte‘ rurale Gebiete zu ‚entwickeln‘ und verfügt demzufolge über einen enormen symbolischen Wert, welcher nicht zuletzt am 24. August 2001 im Lokalausweis des ugandischen Präsidenten Museveni und des NKG Chefs Neumann Ausdruck fand. Entwicklung wird in diesem Kontext mit einem kommerzialisierten, großflächigen Landwirtschaftsmodell gleichgesetzt und resultiert, wie anhand des Beispiels Mubende gezeigt werden wird, unter anderem in Landgrabbing (vgl. Coomans/Künnemann 2012:244ff; Falk/Sterk 2004:3).

Den von Weltbank und IWF mitgetragenen neoliberalen Restrukturierungsprozessen in Uganda entwachsen rechtliche Rahmenbedingungen bzw. Institutionen, die insbesondere im Lichte des vorliegenden Falles und allgemein hinsichtlich ausländischer Direktinvestitionen (FDI) von Interesse sind. 1991 kam es zur Verabschiedung des *Investment Code* und zur Gründung

der *Ugandan Investment Authority* (UIA). Da der Land Act Ugandas den Verkauf von Land an nicht-ugandische Unternehmen unterbindet, kauft die Regierung über die UIA Land, welches sie sodann an Unternehmen mittels Leasingverträgen weitergibt. Direktinvestitionen in Uganda gelten bei ausländischen Investoren beispielsweise ob des Fehlens eines legalen Mindestlohns bzw. des schwachen ArbeiterInnenrechtsschutzes und der daraus resultierenden so genannten Wettbewerbsvorteile als lukrativ (vgl. Coomans/Künnemann 2012:244ff; Falk/Sterk 2004:4).

Das Unternehmen Kaweri Coffee Plantation Ltd. hat seinen Sitz zwar in Kampala, ist aber Teil der NKG Tropical Farm Management GmbH, welche wiederum eine Tochterfirma der deutschen Neumann Kaffee-Gruppe (NKG) ist, einer der weltweit führenden Kaffeekonzerne. Grundvoraussetzung für die Realisierung des Projektes war, dass das betreffende Land ungenutzt zu sein hatte bzw. dessen einstige NutzerInnen eine Kompensierung zu erhalten hatten (vgl. Coomans/Künnemann



*Bild 4: Vor 13 Jahren hat die ugandische Armee im Bezirk Mubende vier Dörfer zerstört, um das Land für die Kaweri Kaffeeplantage der Neumann Kaffee Gruppe frei zu machen. Bis heute kämpfen die betroffenen Familien für ihre Entschädigung. Die Betroffenen des Kaffeeplantagenprojektes stehen nach der Aktion der Armee vor ihren zerstörten Häusern.*

Quelle: <http://www.fian.de/artikelansicht/2014-08-18-social-media-aktion-13-jahre-sind-genug/> [24.1.2015]

2012:244ff; Falk/Sterk 2004:7). Dies war jedoch nicht der Fall, wie eine Studie von FIAN, verfasst von Falk/Sterk (2004), verdeutlichte. Das betreffende Territorium wurde geräumt. FIAN kritisiert dabei im Besonderen die Art und Weise der Räumung der Landfläche, den Umgang mit den Betroffenen in den Folgejahren sowie die Rolle des Staates und nimmt auch die einhergehende Entwicklung der Nahrungsunsicherheit vor Ort in den Blick.

Ab dem 17. August 2001 wurden innerhalb von 4 Tagen insgesamt 2.041 Menschen von der ugandischen Armee vertrieben. Bei dieser Räumungsaktion kam es Zeugenaussagen zufolge zur Zerstörung von Häusern, Kirchen und Friedhöfen sowie zur Plünderung von Eigentum und Nahrungsreserven. Die betroffene Landfläche wurde bereits im Jahre 1977 von einer Privatperson gekauft und von dieser 2001 über die UIA an die ugandische Regierung weiterverkauft (vgl. Falk/Sterk 2004:8). Die vertriebenen Menschen hatten zum Teil Landtitel erworben. Größtenteils handelt es sich bei ihnen allerdings um sogenannte „bonafide occupants“, ein rechtlicher Terminus aus dem ugandischen Land Act. Der Land Act von 1998 sieht im Falle einer Landbesetzung vor, dass sogenannte BesetzerInnen nach 12 Jahren den Status von „bonafide occupants“ erhalten und nicht gegen ihren Willen vertrieben werden können. Im Falle einer Umsiedelung muss eine adäquate Kompensierung an die Betroffenen entrichtet werden (vgl. Falk/Sterk 2004:9).

Der ugandische Staat legte jedoch keinen Wert darauf, Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Nahrungssicherheit Projektbetroffener zu gewährleisten. Im Gegenteil – der Staat beteiligte sich aktiv an der praktischen Umsetzung der Räumung des Landes und damit unter anderem an der Zerstörung von Nutzflächen, Häusern wie auch religiösen Stätten und Viehbeständen. Durch die Enteignung der

„bonafide occupants“ wurden deren im Land Act festgehaltenen Landnutzungsrechte nachweislich vom ugandischen Staat verletzt. Darüber hinaus gab es keine Bemühungen vonseiten der Regierung Ugandas, den Investor davon abzuhalten, Nahrungsressourcen bzw. -grundlagen der Menschen zu zerstören (vgl. Action Aid 2008).

Allgemein stellt der Zugang zu Nahrung für die Vertriebenen nach deren Angaben ein schwerwiegendes Problem dar. Dies liegt nicht zuletzt darin begründet, dass vielen Betroffenen Land – als essenzielle Ressource für Nahrungssicherheit – als Folge des Plantagenprojektes nur mehr eingeschränkt zugänglich ist (vgl. Coomans/Künemann 2012:244ff).

Dem Food-Regime-Ansatz zufolge forciert das kapitalistische Agrobusiness – im Falle Ugandas vertreten durch Kaweri bzw. die Neumann Kaffee-Gruppe – innerhalb des CFR eine Entbäuerlichung. Im Zusammenhang mit der Zurückdrängung der kleinbäuerlichen Anbauweisen innerhalb des CFR steht das Anwachsen des Reservoirs an ArbeiterInnen und somit die Bereitstellung billiger Arbeitskräfte, welche wiederum für die fortwährende kapitalistische Akkumulation unerlässlich sind (vgl. Salzmann 2014). Diese Dy-

namiken können sowohl im Allgemeinen anhand der Neoliberalisierung des ugandischen Agrarsektors, als auch im Spezifischen im Kontext des Plantageprojektes in Mubende beobachtet werden.

Vor der Vertreibung waren verschiedene Lebenssicherungsstrategien existent: BewohnerInnen fanden ihr Auskommen beispielsweise in der Landwirtschaft, in der Viehzucht, im Kleinhandel oder in der Schreinerei. 95,8% der befragten Personen gaben Action Aid gegenüber an, nach der Vertreibung keine soziale Unterstützung erhalten zu haben. 95% der Interviewten hatten keine Kompensation für das von ihnen bewirtschaftete Land erhalten, während für die Zerstörung der kleinen, für den familiären Nahrungsanbau verwendeten Flächen niemand entschuldigt wurde. Einige Kleinbauern/-bäuerinnen verdingten sich in der Folge als TagelöhnerInnen bei Kaweri, wobei der Pauschallohn von etwa einem US-Dollar pro Tag nur nach festgelegtem Arbeitspensum ausbezahlt wurde. Der am 1. März 2004 ausgerufene Streik für bessere Arbeitsbedingungen fand durch den Einsatz der ugandischen „Riot Police“ ein brutales Ende (vgl. Falk/Sterk 2004:7; Action Aid 2008; Salzmann 2014).



Bild 5: Menschenrechtler und ugandische Kaffeebauern beklagen die Vertreibung von 400 Kleinbauern-Familien. Ein Ortsbesuch in der Kaweri-Kaffeeplantage des Unternehmens im Distrikt Mubende (Zentral-Uganda). Foto: © Tobias Schwab. Quelle: <http://www.fian.at/home/faelle/uganda-mubende/> [24.1.2015]



Bild 6: Die Dorfgemeinschaft der vertriebenen Kaffeebauern und -bäuerinnen aus Mubende bei einer Somtagsversammlung.  
Foto: © Tobias Schwab.

Quelle: <http://www.fr-online.de/wirtschaft/neumann-gruppe-in-uganda-vorwuerfe-gegen-deutschen-kaffee-konzern,1472780,22321264.html> [24.1.2015]

Insgesamt hatte die Vertreibung drastische Auswirkungen auf die Lebensweisen der Betroffenen. Basierend auf Feldforschungserkenntnissen kommt Action Aid (2008:47, Übersetzung durch den Autor) hinsichtlich der Nahrungssicherheit der Vertriebenen in ihrem Bericht zu folgendem Schluss:

*„Aus unserer Analyse geht klar hervor, dass in den aktuellen Siedlungen der Vertriebenen die Verfügbarkeit, der Zugang, die Angemessenheit und die Nachhaltigkeit von Nahrung, also die Kernindikatoren von Nahrungssicherheit, alarmierend sind. Der besorgniserregende Gesundheits- und Bildungszustand sowie ungeschützte Wasserquellen und schlechte Sanitätsanlagen komplettieren das düstere Bild der vertriebenen Haushalte.“*

### Resümee

Das CFR kann als wichtige Arena verstanden werden, in der aktuell verschiedene Akteure versuchen, der multiplen Krise des Kapitalismus zu begegnen. Dominante Bearbeitungsstrategien der Vielfachkrise materialisieren sich vielerorts in Akkumulationsprozessen, die mit Enteignungen einhergehen. Dies wird insbesondere am Beispiel des Landgrabbing sehr deutlich. Tatsächlich zählt Land innerhalb des CFR zu einer enorm umkämpften Ressource und so sehen Kleinbauern/-bäuerinnen sich im Kampf um Land mit mächtigen Akteuren und deren Interessen konfrontiert. Wie im Zuge des Beitrags deutlich wurde, gehen diese Entwicklungen vielfach mit ernstzunehmenden Bedrohun-

gen für die Nahrungssicherheit von Kleinbauern/-bäuerinnen einher.

Anhand des Fallbeispiels Uganda wurden die Neoliberalisierung des Agrarsektors und die damit verbundenen Auswirkungen auf kleinbäuerliche Nahrungs(un)sicherheit skizziert. Dabei wurde deutlich, dass Landnahmen politisch wie auch ökonomisch sehr voraussetzungs-volle Prozesse sind. Für deren Umsetzung braucht es folglich die nötigen politischen Rahmenbedingungen, Akteure und Strukturen – Voraussetzungen, die Uganda erfüllte. Der letzte Abschnitt widmete sich der Realisierung einer Investmentvereinbarung zwischen der ugandischen Regierung und der Kaweri Coffee Plantation Ltd. über eine großflächige Kaffeeplantage, welche nicht zuletzt vor dem Hintergrund

eines stetig wachsenden, globalisierten Warenangebots zu sehen ist. Die Implementierung des Kaffeeprojektes ist als kohärente Umsetzung der strategischen Ausrichtung des ländlichen Entwicklungsplans Ugandas zu verstehen und mündete gleichzeitig in die Enteignung und Entmachtung der lokalen, kleinbäuerlichen Bevölkerung. Der Verlust

des Zugangs zu und der Kontrolle über Land führte zur Erhöhung der Nahrungsunsicherheit der betroffenen Bevölkerung. Auch das über die Plantagearbeit erwirtschaftete Einkommen reichte nicht aus, um die Nahrungssicherheit der Vertriebenen zu gewähren.

Das Phänomen des Landgrabbing intensiviert vielerorts die Nahrungs-

unsicherheit von Kleinbauern/-bäuerinnen. Um der Nahrungskrise nachhaltig zu begegnen, bedarf es dementsprechend einer Demokratisierung des derzeitigen Nahrungsregimes, wodurch notwendigerweise Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die den Ressourcenzugang asymmetrisch festlegen, aufgebrochen werden müssen.

## LITERATUR

ACTION AID, The effects of MNCS on food security. The Case of Neumann Kaffee Group in Mubende. Uganda 2008. Online verfügbar unter: [www.oecdwatch.org/cases/Case\\_167/786/at\\_download/file](http://www.oecdwatch.org/cases/Case_167/786/at_download/file) [24.1.2015].

J. BORRAS/M. SATURNINO/J. FRANCO, From Threat to Opportunity? Problems with the Idea of a „Code of Conduct“ for Land-Grabbing, in: *Yale Human Rights & Development Law Journal* 13/2010, 507-523.

J. BORRAS/M. SATURNINO/J. FRANCO, Towards a Broader View of the Politics of Global Land Grab: Rethinking Land Issues, Reframing Resistance. ICAS Working Paper Series Nr. 1. The Hague 2010a.

U. BRAND/M. WISSEN, Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse, in: *ÖZS* 36/2, 2011, 12-34.

F. COOMANS/R. KÜNNEMANN (Hg.), Cases and Concepts on Extraterritorial Obligations in the Area of Economic, Social and Cultural Rights. Intersentia 2012.

O. DE SCHUTTER, How not to think of land-grabbing: three critiques of largescale investments in farmland, in: *Journal of Peasant Studies* Vol. 38 (2011) Nr. 2, 249-279.

B. ENGELS/K. DIETZ, Landgrabbing analysieren: Ansatzpunkte für eine politisch-ökologische Perspektive am Beispiel Äthiopiens, in: *Peripherie* 31 (2011) 124, 399-420.

G. FALK/W. STERK, The Case Mubende. FIAN International. Heidelberg 2004. Online verfügbar unter: <http://www.fian.org/fileadmin/media/publications/The-case-Mubende-2004.pdf> [24.1.2015].

GRAIN, Seized! The 2008 land grab for food and financial security, 2008. Online verfügbar unter: <http://www.grain.org/article/entries/93-seized-the-2008-landgrab-for-food-and-financial-security> [24.1.2015].

Ministry of Agriculture, Animal, Industry and Fisheries (MAAIF)/ Ministry of Finance, Planning and Economic Development (MFDEP), Plan for Modernisation of Agriculture: Eradicating Poverty in Uganda. Government Strategy and Operational Framework. O. J.

P. McMICHAEL, A food regime analysis of the ‚world food crisis‘, in: *Agriculture and Human Values* 26 (2009), 281-295.

P. McMICHAEL, A food regime genealogy, in: *Journal of Peasant Studies* 36 (2009) 1, 139-169.

P. McMICHAEL, The land grab and corporate food regime restructuring, in: *Journal of Peasant Studies* 39 (2012) 3-4, 681-701.

P. SALZMANN, Die Nahrungskrise in Subsahara-Afrika. Politische Ökonomie der Nahrungsunsicherheit von KleinbäuerInnen. Wien 2014.

# Pastoralismus, sozialer Wandel und umkämpfte Landflächen in Karamoja, Uganda

## Einleitung

Die im Nordosten Ugandas gelegene Region Karamoja ist von großer Trockenheit, spärlicher Vegetation und knappen Wasservorkommen geprägt. Um in dieser harschen Umgebung überleben zu können, betreibt die lokale Bevölkerung bereits seit Generationen sogenannten Agro-Pastoralismus, eine Kombination aus mobiler Viehwirtschaft und kleinflächigem Ackerbau. Die dem Agro-Pastoralismus zugrunde liegende extensive Landnutzung ermöglicht der Bevölkerung, saisonale Schwankungen in der Verfügbarkeit essenzieller Ressourcen durch die kontinuierliche Migration ihrer Viehherden zu überbrücken und den Zugang der Nutztiere zu frischem Gras das gesamte Jahr über zu gewährleisten (Dancause u. a. 2010:1123; Nori u. a. 2008:8).

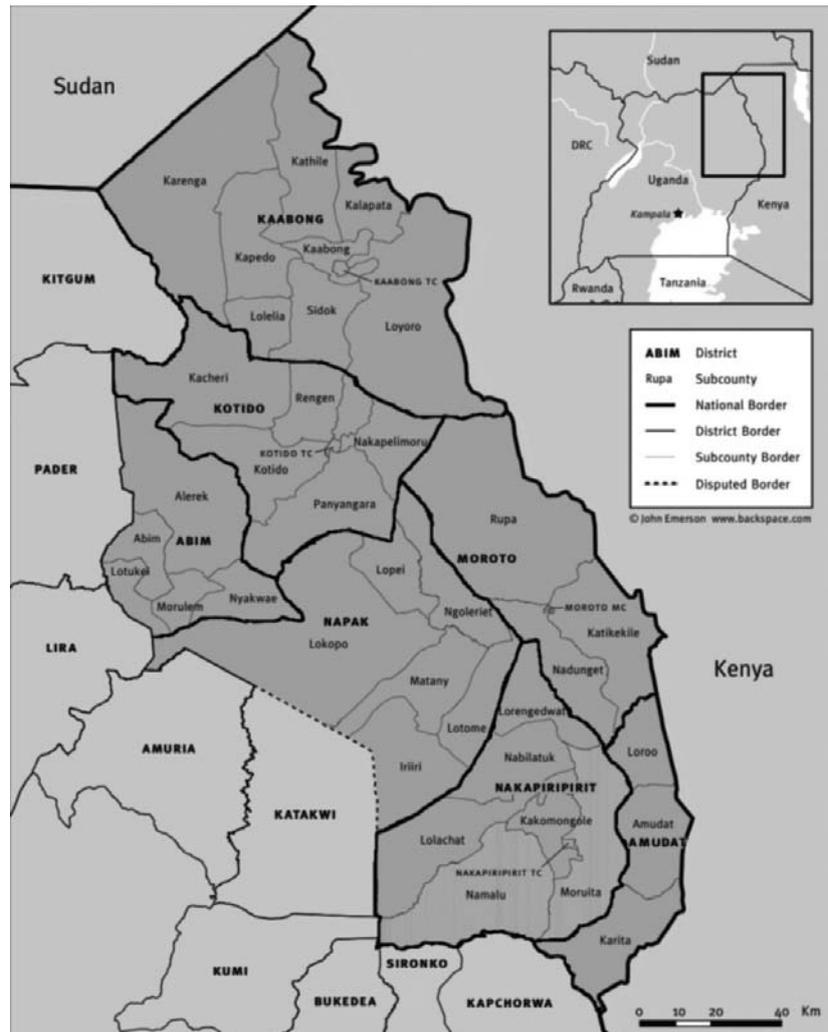
Während der letzten Jahrzehnte wurden die Menschen in Karamoja in der Ausübung ihrer Lebensweise jedoch massiv eingeschränkt. So mussten sie im Zuge der Kolonialherrschaft den Verlust beträchtlicher Weideflächen hinnehmen. Aufgrund willkürlicher Grenzziehungen, Naturschutzmaßnahmen und der Errichtung von Verwaltungs- und Missionsstationen wurden diese ihrem Zugang weitgehend entzogen (Mamdani 1982). Des Weiteren war die Region über Jahrzehnte hinweg Schauplatz eines bewaffneten Bürgerkriegs, der die Migration von Viehherden vielerorts unmöglich machte (Dancause u. a. 2010:1124).

Trotz der Beendigung des Konflikts und des zunehmenden Friedens in der Region ist der Zugang

der lokalen Bevölkerung zu ihren angestammten Ländereien auch gegenwärtig nicht gesichert, im Gegenteil. Denn neben der großflächigen Unterschützstellung von Land zu Natur- und Wildschutzzwecken bedrohen in- und ausländische Investoren sowie Minenbauunternehmen die Landrechte der Bevölkerung (Rugadya u. a. 2010). Potenzielle Gefahren kommen jedoch

nicht ausschließlich von außen; auch in lokalen und familiären Kontexten sind Landzugang und -kontrolle stark umkämpft, nicht zuletzt aufgrund der Ausweitung der Landwirtschaft, die angesichts der dramatischen Viehverluste infolge des Bürgerkriegs zunehmende Bedeutung erfahren hat.

Primäres Anliegen dieses Beitrags ist es, die Komplexität und Vielschichtigkeit aktueller Landnahmen und -konflikte in Karamoja aufzuzeigen. Zur notwendigen Kontextualisierung werden zunächst die Grundzüge der gewohnheitsrechtlichen Landverwaltung in Karamoja skizziert und ein kurzer Überblick über die aktuellen Entwicklungen in der Region gegeben. In weiterer Folge werden schließlich die verschiedenen Ausprägungen und Dynamiken



Karte von Karamoja aus 2010 (aus Krätli 2010:12)



Viehzüchter mit ihren Viehherden in Kaabong. Foto: © Barbara Gärber

ken von Landkonflikten in Karamoja sowie die daran beteiligten Akteure thematisiert. Dabei stützt sich der Beitrag neben der Sekundärliteratur vorrangig auf Primärdaten, die im Zuge eines fünfmonatigen Forschungsaufenthaltes der Autorin in Karamoja zwischen September 2013 und Februar 2014 erhoben wurden.

### **Gewohnheitsrecht und Landverwaltung in Karamoja**

Wie in den meisten Regionen des ländlichen Afrika unterliegt der Landbesitz auch in Karamoja nach wie vor dem Gewohnheitsrecht. Im Gegensatz zum formellen Recht sind gewohnheitsrechtliche Normen allerdings nicht das Ergebnis staatlicher Politik, sondern haben ihren Ursprung in der jeweiligen Gemeinschaft, in der sie auch ihre Anwendung finden. Dementsprechend spiegeln sie vielfach lokal herrschende Machtverhältnisse und die Wertevorstellung der betreffenden Gemeinschaft wider (Gärber 2014:118).

Die Landverwaltung in Karamoja ist grundlegend von der dualen Nutzung von Land als extensives Weideland einerseits und landwirtschaftliche Nutzfläche andererseits geprägt. Ackerbauflächen befinden sich da-

bei in der Regel im Besitz von Familien und unterstehen der Autorität des männlichen Familienoberhaupts. Gras- und Weideflächen gelten hingegen als Gemeineigentum und werden folglich auf kommunaler Ebene verwaltet. Während über die Art der Landnutzung sowie den Zugang zu Weideflächen dabei im Allgemeinen von den Ältesten entschieden wird, werden alltägliche Entscheidungen hinsichtlich der Zahl der Nutztiere auf bestimmten Weideflächen und konkreter Aufenthaltsorte der Viehherden hingegen von den anführenden Hirten getroffen (Rugadya u. a. 2010).

Obwohl sich die kollektive Landnutzung und -verwaltung pastoralistischer Völker in unterschiedlichsten Teilen der Welt über Jahrhunderte hinweg bewährt hat, wird sie im Kontext (inter-)nationaler Entwicklungsdiskurse seit Jahrzehnten als irrational, umweltschädlich und als zentrales Entwicklungshindernis für die betreffenden Regionen abgetan (Nori u. a. 2008). Uganda stellt diesbezüglich keine Ausnahme dar, im Gegenteil. So führt die ugandische Regierung die Armut in Karamoja nicht auf die fortdauernde Einschränkung der pastoralistischen Lebensweise zurück, sondern vielmehr auf deren vermeintli-

che Rückständigkeit. Diese Haltung spiegelt sich nicht nur in nationalen Strategiepapieren zur Armutsbekämpfung wider, sondern auch in der folgenden Aussage von Janet Museveni (2010, zitiert in Gelsdorf u. a. 2012:14, Übersetzung durch die Autorin), Präsidentengattin und Ministerin für Karamoja: „Wir wissen, dass die Gefahren des Pastoralismus dessen Vorteile klar überwiegen und Karamoja ist das ideale Beispiel dafür. Die Menschen leiden unsagbar, Generation über Generation, weil sie sich veralteter Arbeitsweisen bedienen [...] Aus diesem Grund können wir Nomadismus als Lebensweise nicht romantisieren, denn er stellt eine Gefahr dar, die wir zu bekämpfen haben, wie wir alle anderen sozialen Probleme bekämpfen.“

Wenig überraschend konzentrieren sich Entwicklungsmaßnahmen in Karamoja vonseiten der Regierung und (inter-)nationaler NGOs daher vorrangig auf die Förderung der sesshaften Landwirtschaft, wohingegen der Viehzucht nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird (KART/Scott-Villiers 2013:8; Levine 2010:147).

### **Landnahmen und -konflikte in Karamoja im Kontext von Naturschutz, Minenbau und Landwirtschaft**

#### **Eine Gesellschaft im Wandel: Friede und die zunehmende Bedeutung der Landwirtschaft**

Wie bereits eingangs erwähnt, war Karamoja insbesondere ab Ende der 1970er Jahre Schauplatz eines brutalen Bürgerkriegs, der seinen Ausdruck besonders in der Form bewaffneten Viehraubs fand (vgl. u.a. Akabwai/Ateyo 2007) und erst im Verlauf der letzten Jahre zunehmend zur Ruhe kam. Die Aus- und Nachwirkungen des Konflikts beeinflussen das Leben der lokalen Bevölkerung auch heute noch maßgeblich, forderte er doch nicht nur unzählige Menschenleben, sondern hatte gleichzeitig eine dramatische Re-

### Zur Gründung neuer Siedlungsgebiete

„[We] got to know [this place] when the animals were raided because there was no other source of livelihood, [we] were so used to [our] animals, the milk and everything in it. So when the animals were raided even the soldiers [...] were also disturbing the people [in] the villages, disarming. Sometimes they [would] attack us and maybe punish the men, telling them to [surrender] their guns, men and women were punished, some of them were killed. Even when you don't have a gun, they falsely accuse you of it. So when that incident happened, [we] found ways to this [place]. And when [we] came [here], [we found] wild fruits and admired to stay in the place because the wild fruits were so many.“  
(Kan/FGD1; Fokusgruppendifkussion mit Frauen, Kotido Distrikt, 04.12.2013)

„It is hunger that forced [us] to come to [this settlement]. Because when [we] were in the village, [we] would fetch firewood and take it to town for sale. That was [our] only source of livelihood [...] [we] were tired, [we] could not do it anymore. Even look at [our] heads, they are flat because of carrying firewood! So we thought: 'What other option can we get involved in to survive on?' Then [we] thought of coming [here] to get involved in cultivation work. [...] [We] could not bear [...] the situation [in the village anymore] because [we] would go with firewood to town [and] sell [it] at 300 shillings (about € 0,09) only. And these 300 shillings are supposed to buy sorghum and maybe beans, maybe a small cup of beans and a small glass of sorghum. [...] so life was not good for [us], that is why [we] thought of other options and coming [to this settlement]. [...] [We] said: 'let come what may, if the enemies want to kill us, they can kill us.' [We] just surrendered [our] lives and settled out here and tried cultivation, maybe it is the best way to go. Last year was favorable because at least [we] harvested some food but this year the season was not good and the sun burnt all the crops in the garden. [...] [We] are living here permanently and most people are not thinking about going back to the village because they have seen the sweetness of life here and the yields that they get out of cultivation. [...] [Another] reason as to why [we] came here was because land back in the village was exhausted, [we] could not really bear it anymore, because whenever [we] plant something it does not sprout up. [...] even government was encouraging [us] to open up farms [...] and intervened by providing [...] some seeds like the cassava sticks, so that is the reason as to why [we] vacated land in the village and came here. And if [we] compared life here [in this settlement] and the village, [we find] this place to be better. Because being in the village sometimes you involve [yourself] in some activity, maybe selling firewood. Sometimes you give out firewood but they don't give you any money, they give you residue of alcohol [instead]; that is what you survive on, the residue. That is why [...] life here is better and [we] have promised never to go back to the village.“  
(Kan/FGD2, Fokusgruppendifkussion mit Frauen-Ältesten, Kotido Distrikt, 06.12.2013)

duktion der lokalen Viehbestände zur Folge (Dancause u. a. 2010:1124; FAO 2014). Für viele Familien bedeutete dies eine zwangsläufige, zumindest teilweise Aufgabe der mobilen Viehzucht und eine zunehmende Betätigung in der Landwirtschaft. Dementsprechend ist Land vielerorts in Karamoja nun zur zentralen Lebensgrundlage und Einkommensquelle geworden – eine Entwicklung, die ihren Ausdruck unter anderem in der kontinuierlichen Erschließung neuer Landflächen findet.

Aufgrund der eingeschränkten Mobilität lebte ein Großteil der Bevölkerung zu Zeiten des Konfliktes eng zusammengedrängt in ihren Dörfern, umgeben von Böden, die aufgrund der jahrelangen Überbeanspruchung vielfach unfruchtbar und angesichts steigender Bevölkerungszahlen zunehmend knapper geworden waren. Berichten Betroffener zufolge waren Ernteverluste und Landkonflikte keine Seltenheit

und der Hunger sowie die Abhängigkeit von internationalen Hilfsgütern und Nahrungsmitteln hoch.

Auf der Suche nach neuen Perspektiven und in Anbetracht des wiedererlangten Friedens verlassen viele Familien nun zunehmend die alten Dörfer, um auf das Land ihrer Vorfahren zurückzukehren und dort Siedlungsgebiete zur Betreibung von Subsistenzwirtschaft zu errichten. Viele dieser neu besiedelten Areale waren von den Gemeinschaften zuvor als Weideflächen oder Siedlungsgebiete genutzt, jedoch vielfach aufgrund der prekären Sicherheitslage verlassen worden (siehe Kasten „Zur Gründung neuer Siedlungsgebiete“).

Die Erschließung neuen Ackerlandes verläuft allerdings nicht immer reibungslos, sondern ist vielerorts von einem Aufeinanderprallen unterschiedlichster Interessen und Akteure geprägt, wie nun in der Folge genauer erläutert werden soll.

### Konflikte um Land zwischen außenstehenden Akteuren und der Bevölkerung

Als besonders problematisch hat sich in den letzten Jahren die Unterschutzstellung weitläufiger Landflächen in Karamoja zu Natur- und Wildschutzzwecken durch die Uganda Wildlife Authority (UWA) erwiesen. Dabei stellt die Errichtung von Naturschutzgebieten in der Region keineswegs eine neue Entwicklung dar. Aufgrund des beobachteten Rückgangs der Wildtierpopulation wurden bereits ab den 1950er Jahren vermehrt geschützte Gebiete eingerichtet, bis 1965 schließlich beinahe 95% der gesamten Landfläche Karamojas unter Schutz standen. 2002 wurde allerdings eine Reduktion der geschützten Gebiete auf knapp 41% der Fläche Karamojas erwirkt, um mehr Land für die landwirtschaftliche Produktion und menschliche Besiedlung verfügbar zu machen (Rugadya u. a. 2010:1f).



*Neues Siedlungsgebiet in Kotido. Foto: © Barbara Gärber*



*Junge Hirten in einem neuen Siedlungsgebiet. Foto: © Barbara Gärber*

Was sich in der Theorie durchaus positiv auf den Landzugang der lokalen Bevölkerung hätte auswirken können, erwies sich in der Praxis jedoch vielerorts als gegenteilig, denn, wie Krätli (2010:8, Übersetzung durch die Autorin) treffend festhält, wurden „Wildschutzgebiete, die für Pastoralisten unter gewohnheitsrechtlichen, kollektiven Weidearrangements zumindest prinzipiell noch zugänglich waren, nun dem Pastoralismus gänzlich entzogen, entweder um bestehende landwirtschaftliche Aktivitäten zu formalisieren, oder zugunsten ausländischer Investoren.“

Die weiterhin bestehenden Naturschutzgebiete sind nun aktuell vor allem angesichts der dezimierten Viehbestände infolge des Bürgerkriegs sowie der großen Nachfrage nach Land zur Nahrungsmittelproduktion zu einem zentralen Konfliktpunkt in der Region geworden. Denn während die geschützten Gebiete von der Bevölkerung zwar in der Regel weiterhin als Weidefläche genutzt werden können, ist die Errichtung von Siedlungen und das Betreiben von Ackerbau hingegen nicht gestattet (Rugadya u. a. 2010:6). Gerade Letzteres ist aktuell einigen Gemeinschaften zum Verhängnis geworden, da sich manche der neuen Siedlungen auf teils geschützten Arealen befinden und daher von der UWA nicht geduldet werden. Dementsprechend wurde die Räumung der betreffenden Siedlungen angeordnet und eine Rückkehr der BewohnerInnen in ihre alten Dörfer gefordert. Bei der Bevölkerung stieß dies wenig überraschend auf großen Unmut und Empörung, sind es doch die Ländereien ihrer Vorfahren, die sie besiedelt haben, auf denen sich auch angestammte Weideflächen, Wasserstellen, Gräber sowie Schreine und religiöse Stätten befinden. Dass die UWA, eine ihnen weitgehend unbekannte Institution, Ansprüche auf ihr Land haben soll, ist für sie gänzlich unverständlich. Entrüstung wird bei vielen nicht zuletzt aufgrund der Tatsache hervorgerufen, dass ihr Land zugunsten jener Wildtiere geräumt werden soll, mit denen sie bereits seit Generationen zusammenleben und umzugehen wissen. Dementsprechend groß ist folglich auch der Widerstand der Bevölkerung, den Anweisungen der UWA Folge

### Zu dem Konflikt mit der Uganda Wildlife Authority:

*„[W]hen [we] settled [here] the UWA came around with their car and were telling people, ‚Why did you settle here? This is a gazetted place for animals, from the mountain side up to all over, is for the wild animals.‘ That is a great challenge that [we] experienced when [we] first established [this] place.*

*This is [our] land for [our] forefathers because [our] forefathers were buried on this land, so[...] there is no way [we] can leave this place and go back to the [village], yet it is hunger that forced [us] to come here, so this is already [our] land and [we] cannot move back to the village.*

*This issue of the Uganda Wildlife Authority is just like a disease to [us], it is just like a disease. [...] [Our] main issue is the UWA [officials] who are telling [us] to leave the place, yet this is a place that [we] had been [to] before in the past. It was only the insecurity and war that forced [us] back to [our] villages but now [we] have come back to [our] land. [...] The UWA has demarcated, gazetted land right from these villages where we came from, all over until here. This land is for the wild animals and they expect people to go back to the villages, the manyattas, with their animals, the cows. Yet it is this [very] place where the animals graze, where they used to [graze]. [...] There is already a great threat [because] the UWA [officials] kept telling people that they would burn all these structures; that they would destroy all these buildings [...].*

*The generations and generations and generations grew up knowing that this land [used to be] for their forefathers. They had been settling here and they had been grazing their animals around here. So there is no way the Uganda Wildlife Authority can change everything like this is their piece of land. Yet [we] grew up knowing that this was the land of my father, this was the land of my so and so. So it is so difficult [for us] to [go] back to the [village].“*

*(Lol/FGD3, Fokusgruppendifkussion mit Männern und Ältesten, Kotido Distrikt, 16.01.2014).*

(Lol/FGD3, Fokusgruppendifkussion mit Männern und Ältesten, Kotido Distrikt, 16.01.2014).

zu leisten. Denn angesichts der überbeanspruchten Böden und des chronischen Landmangels in den Dörfern würde eine Rückkehr dorthin ein Leben in Hunger, Armut und fortdauernder Abhängigkeit von Hilfsgütern bedeuten (Lol/FGD3, 16.01.2014, siehe Kasten „Zu dem Konflikt mit der Uganda Wildlife Authority“). In vereinzelt Siedlungsgebieten eskalierte die Situation schließlich, als UWA-Ranger diese unangekündigt attackierten, um sich schossen, Häuser niederbrannten und die Menschen zur Flucht zwangen. Die noch in den Gärten befindliche Ernte fiel dabei in der Folge größtenteils Wildtieren zum Opfer. Im Distrikt Kotido ertranken zwei Buben im Zuge eines derartigen Angriffs, als ihre Mutter in Panik versuchte, auf der Flucht einen Fluss zu überqueren (KART und Scott-Villiers 2013:29).

Abgesehen von Naturschutzmaßnahmen gefährdet gegenwärtig auch die steigende Präsenz (internationaler Investoren die Landrechte der lokal ansässigen Bevölkerung Karamojas. 2002 begehrten libysche Investoren, letzten Endes erfolglos, die Aufhebung der Unterschutzstellung von mehr als 200.000 Hektar des Pian-Upe Wildschutzgebiets im Südwesten Karamojas, um dieses für kommerzielle Landwirtschaft zu nutzen. Wäre die Landtransaktion vollzogen wor-

den, hätte dies für die lokale Bevölkerung den Verlust essenzieller Weideflächen und Wasserstellen zur Überbrückung der Trockenzeit bedeutet (Rugadya u. a. 2010:11ff). Andere Investoren ließen sich von diesem Beispiel jedoch nicht abschrecken, im Gegenteil. In Anbetracht der vermuteten Mineralvorkommen in der Region ist Karamoja im Laufe der letzten Jahre gerade für Minenbauunternehmen immer attraktiver geworden. 2009 waren bereits 38 Minen(explorations)-lizenzen an in- und ausländische Unternehmen vergeben worden, die beinahe 25% der gesamten Landfläche Karamojas umfassten (ebd:27f). Jüngsten Zeitungsberichten zufolge hat die Zahl der Minenlizenzen in Karamoja angesichts der Friedensbestrebungen weiter zugenommen und beläuft sich mittlerweile auf über 100, wie der ugandische Energieminister zufrieden feststellt: „In der jüngeren Vergangenheit haben wir versucht, die Region und das gesamte Land zu vermarkten. Wir haben nun mehr als 100 Minenbauunternehmen in Karamoja und bemühen uns um weitere Investoren“ (zitiert in Lumu 2014, Übersetzung durch die Autorin). Besonders bedenklich ist dabei, dass die Minenbauprojekte in der Region von großer Intransparenz geprägt sind und in der Regel ohne Konsultationen

der Bevölkerung hinsichtlich der auf ihrem Land geplanten Aktivitäten erfolgen – und das, obwohl diese die Zugangsrechte der ansässigen Gemeinschaften zu Wasserstellen, Land und sich darauf befindlichen Ressourcen enorm gefährden (HRW 2014). Vonseiten der ugandischen Regierung kann die betroffene Bevölkerung jedoch offenbar keine Unterstützung erwarten. So hat Präsident Museveni im Zuge der zweiten jährlichen Mineral-Konferenz im Oktober 2013 eventuelle Entdeckungen der lokal ansässigen Bevölkerung im Zusammenhang mit Minenbauaktivitäten sogar explizit befürwortet, wie die Tageszeitung Daily Monitor berichtet: „Dies hier sind lediglich Bauern und Bäuerinnen, die Ihnen keine Kopfschmerzen bereiten sollten. Frustrieren sie Ihre Bemühungen, werde ich mich persönlich um sie kümmern“ (Museveni, zitiert in Musisi 2013, Übersetzung durch die Autorin).

Die Machtlosigkeit der Bevölkerung hinsichtlich der Landnahmen durch externe Akteure ist vor allem in Anbetracht der durchaus günstigen Rechtslage in Uganda gleichermaßen überraschend wie alarmierend. Denn gewohnheitsrechtlicher Landbesitz, wie er in Karamoja vorherrschend ist, erfuhr im Zuge der ugandischen Verfassungs- und Landrechtsreform der 1990er

Jahre formelle Anerkennung. Allerdings ist zur tatsächlichen Gewährleistung der Landrechtssicherheit die Registrierung des betreffenden Landbesitzes erforderlich. Aufgrund der hohen damit einhergehenden Kosten, der mangelnden Funktionalität zuständiger Institutionen und der unzureichenden Sensibilisierung der lokalen Bevölkerung bezüglich ihrer Rechte konnten die Menschen in Karamoja von den entsprechenden rechtlichen Bestimmungen bisher kaum profitieren (Rugadya u. a. 2010:36ff).

### Konflikte um Land zwischen und innerhalb von Gemeinschaften und Familien

Landkonflikte bestehen allerdings nicht ausschließlich zwischen der lokalen Bevölkerung und außenstehenden Akteuren, sondern gleichermaßen zwischen und innerhalb von Gemeinschaften. So wird etwa durch die zunehmende landwirtschaftliche Erschließung und damit verbundene de facto Privatisierung von einst kollektiv genutztem Weideland dieses weitgehend dem Zugang jener entzogen, die auch gegenwärtig noch primär von der mobilen Viehwirtschaft leben. Ackerbauern und -bäuerinnen beteuern dabei vielfach, dass die betroffenen Landflächen bereits seit Jahrzehnten nicht mehr als Grasland genutzt worden sind und zum Zeitpunkt der Besiedlung keinerlei Vieh auf dem Land vorzufinden war. ViehzüchterInnen streiten dies nicht ab, entgegen dem jedoch, dass die Weideflächen lediglich aufgrund der prekären Sicherheitslage verlassen wurden. Angesichts des zunehmenden Friedens und der damit wieder gewonnenen Mobilität möchte man diese nun jedoch wieder zum Weiden von Vieh nutzen. Aufgrund der kontinuierlichen Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist es ViehzüchterInnen gegenwärtig jedoch häufig nicht einmal möglich, ungehindert Siedlungen zu passieren beziehungsweise ihre Herden zu

essenziellen Wasserstellen zu führen. Konflikthafte Auseinandersetzungen zwischen Ackerbauern und -bäuerinnen und ViehzüchterInnen sind in diesem Kontext folglich keine Seltenheit. Immer wieder beklagen Erstere die Zerstörung ihrer Ernte durch passierende Viehherden und behalten in der Folge Nutztiere ein, bis die verantwortlichen ViehzüchterInnen Entschädigung leisten. ViehzüchterInnen wiederum sehen keinen Ausweg, da ihre Mobilität gegen Norden hin durch die weiterhin prekäre Sicherheitslage im Distrikt Kaabong und in anderen Teilen der Region durch zunehmenden Ackerbau massiv begrenzt wird (KI/05, 04.02.2014; KART/Scott-Villiers 2013:8ff).

In Kotido nahm der Konflikt besorgniserregende Dimensionen an, als eine Familie zwei junge Hirten gewaltsam von ihrem Land vertrieb und einige ihrer Tiere schlachtete. Die Ältesten des in Kotido beheimateten Volks der Jie erließen daraufhin im Rahmen des *Akirikets*, dem gewohnheitsrechtlichen Beratungs- und Entscheidungsmechanismus, Regelungen zur künftigen Vermeidung derartiger Zusammenstöße, denen zufolge dem Landzugang von Viehherden Priorität einzuräumen ist. Bestimmte Grasländereien sollen demnach für eine zukünftige landwirtschaftliche Erschließung nicht zur Verfügung stehen und ausschließlich der Nutzung als Weideflächen vorbehalten bleiben. Dennoch ist es Hirten und ihren Herden gestattet, sich in der gesamten Re-

gion frei zu bewegen, wobei sie jedoch auf ihren Migrationsrouten die Grenzen bereits bestellter Ländereien zu respektieren haben (KART/Scott-Villiers 2013:15f). Ziel dieser Regelungen, die wie alle Bestimmungen des *Akiriket* für die Jie bindend sind, ist die Wahrung der „beiden Seiten des Reichtums der Karimojong: das Rind und das Korn; der Hirte und der Ackerbauer“ (ebd.:16, Übersetzung durch die Autorin, siehe Kasten „Zu den Konflikten zwischen Ackerbauern und -bäuerinnen und ViehzüchterInnen“).

Auch innerhalb einzelner Gemeinschaften und Familien ist der Zugang zu fruchtbarem Land stark umkämpft. In der Analyse von Landkonflikten ist es daher von großer Bedeutung, auch sozialen Unterschieden Beachtung zu schenken, die Machtasymmetrien in lokalen und familiären Kontexten zugrunde liegen.

In der Ausverhandlung von Zugangs- und Kontrollrechten an neu erschlossenem Land haben sich etwa der Bildungsstand und finanzielle Hintergrund der involvierten Personen als besonders zentral erwiesen. Dies liegt nicht zuletzt darin begründet, dass ein Großteil der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten Karamojas sich aufgrund mangelnder Schulbildung des monetären Werts der von ihr bestellten Ländereien vielfach nicht bewusst ist – eine Unwissenheit, die sich andere teilweise zunutze machen. So wurde in einer Siedlung im Westen Kotidos von Angehörigen der städ-

#### Zu den Konflikten zwischen Ackerbauern und -bäuerinnen und ViehzüchterInnen:

*„We have been struggling with each other over access tracks for animals. There was a case two days ago when some herders wanted to open up a trackway through a garden and the owner wanted to take the herders to the authorities. That is not good.“*

(zitiert in KART/Scott-Villiers 2013:14)

*„The land of Jie is one. This issue belongs to us and is good for us, because grassland is for all of us. The life of a Karimojong is about both a cow and sorghum. There shouldn't be any conflicts over land and like in the past, grassland should be there.“*

(zitiert in KART/Scott-Villiers 2013:15)

**Fallstudie:**

*Lucia ist zum Zeitpunkt des Interviews etwa 27 alt, verwitwet und Mutter drei kleiner Kinder.*

*Sie heiratete bereits in jungen Jahren und zog, nachdem ihr Ehemann den für sie ausgehandelten Brautpreis in Form von Vieh bezahlt hatte, zu ihrer Schwiegerfamilie, wo ihr ein Stück Land zur Bewirtschaftung zugeteilt wurde. Als ihr Ehemann jedoch vor Kurzem krankheitsbedingt verstarb, beanspruchten die Brüder des Verstorbenen Lucias Landstück und setzten sie derart unter Druck, dass sie sich schließlich gezwungen sah, gemeinsam mit ihren Kindern die Schwiegerfamilie zu verlassen. Sie hätte nie „Land in die Familie gebracht“ und daher auch keinen Anspruch, auf dem ehelichen Landbesitz zu verweilen, so das Argument ihrer Schwäger. Seither ist Lucia weitgehend auf sich allein gestellt, insbesondere auch hinsichtlich der Versorgung ihrer Kinder. Eine Rückkehr zu ihren Eltern wurde ihr verweigert, da diese fürchteten, die Schwiegerfamilie würde sodann den für Lucia entrichteten Brautpreis zurückfordern. Einer derartigen Forderung könnten Lucias Eltern jedoch aufgrund des Verlusts ihrer Viehbestände nicht nachkommen.*

*So ließ sich Lucia gemeinsam mit ihren Kindern in einem der neuen Siedlungsgebiete im Westen von Kotido nieder, wo es ihr zunächst auch gelang, sich ein kleines Stück Land am Ufer eines Flusses zu borgen. Allerdings war sie gezwungen, dieses bald wieder zu verlassen, da ihre Ernte aufgrund der flusssnahen Lage des Landstücks durch Überschwemmungen größtenteils zerstört wurde. Daraufhin versuchte sie wiederholt, kleinere Landparzellen nahe ihres neuerrichteten Hauses in der Siedlung zu bestellen. Da diese jedoch vielfach bereits von anderen Siedlerfamilien beansprucht wurden, wurde Lucia immer wieder fortgeschickt. Im Moment arbeitet sie hauptsächlich auf den Feldern anderer SiedlerInnen, um sich und ihre Kinder durchzubringen. Als Gegenleistung erhält sie dafür in der Regel Bohnen oder manchmal auch einen Betrag von etwa 2000 Uganda-Schilling (etwa € 0,60), der es ihr ermöglicht, die notwendigsten Nahrungsmittel wie Maisstärke, Bohnen und Öl für sich und ihre Kinder zu erstehen.*

*Lucia würde gerne langfristig in dem Siedlungsgebiet verweilen und hofft, dort ein Stück Land zur dauerhaften Nutzung erstehen zu können. Außerdem möchte sie erneut heiraten, um so wie andere Frauen wieder einen Mann an ihrer Seite zu haben, der sie in der Bestellung von Land und der Bestreitung ihres Lebensunterhalts unterstützt.*

**Interview Lob/21, Kotido Distrikt, Nord-Karamoja, 21.10.2013**

**Der Name wurde von der Autorin geändert.**

tischen Elite berichtet, die sich – teils unter gezieltem Einsatz von Alkohol oder Drohungen – bereits erschlossene Landstücke zu Spotpreisen angeeignet haben (Lob/25, 30.10.2013). Ein junger Mann erzählte etwa, einen Teil seines Landes zu einem Preis von weniger als 30 Euro an einen Lokalpolitiker verpachtet zu haben. Nun befürchtet er, dieser könnte seinen politischen Einfluss nutzen, um sich das Landstück dauerhaft anzueignen (Lob/18, 18.10.2013).

Auch in familiären Kontexten kommt es immer wieder zu Landrechtsverlusten. Besonders betroffen sind dabei Frauen, die sich – wie auch in anderen Landesteilen (vgl. Gärber 2013, 2014) – aufgrund ungleicher Geschlechterverhältnisse vielfach mit einem hohen Maß an Landrechtsunsicherheit konfrontiert sehen. Angesichts der in Karamoja vorherrschenden patrilinearen Gesellschaftsstruktur definieren sich die Landrechte von Frauen primär durch ihre Beziehung zu männlichen Familienmitgliedern und sind daher in der Praxis grund-

legend an ihren Status als Tochter, Ehefrau, Mutter oder Schwester gebunden.

Die Abhängigkeit von männlichen Familienmitgliedern hinsichtlich des Landzugangs ist vielen Frauen in Karamoja nun in Anbetracht der wachsenden Bedeutung der Landwirtschaft und des chronischen Mangels an fruchtbarem Land zusehends zum Verhängnis geworden. In Konfliktsituationen sind Frauen daher vielfach die Ersten, die vom familiären Landbesitz vertrieben werden. Immer wieder kommt es zur Enteignung von Witwen durch die Schwiegerfamilie (siehe Kasten „Fallstudie“) und auch verheirateten Frauen ist der Zugang zu Land nicht immer sicher, insbesondere wenn sie eine polygyne Ehe eingehen und der Ehemann seinen Landbesitz bereits unter den ersten Ehefrauen aufgeteilt hat (Lob/21, 21.10.2013; Lol/05, 21.01.2014).

Es sind jedoch nicht ausschließlich Frauen, die von dem zunehmenden Landmangel in der Region negativ betroffen sind. So laufen insbesondere die Söhne zuletzt ge-

heirateter Ehefrauen in polygyner Ehen Gefahr, in der Aufteilung des familiären Landbesitzes leer auszugehen, da zumeist bereits die Söhne der ersten Ehefrauen das gesamte väterliche Land für sich und ihre Frauen beanspruchen (Lob/4, 10.10.2013).

**Resümee**

Historische Landverluste sowie der jahrzehntelange Bürgerkrieg in Karamoja hatten eine dramatische Beschränkung des Landzugangs und der Mobilität der lokalen Bevölkerung zur Folge. Auch gegenwärtig sehen sich die Menschen vor Ort mit einer Vielzahl an Akteuren konfrontiert, die mit ihnen um den Zugang zu Land und den darauf befindlichen Ressourcen konkurrieren. Zum einen verbietet die Uganda Wildlife Authority die Besiedlung und landwirtschaftliche Nutzung geschützter Gebiete, obgleich diese einen beträchtlichen Teil der angestammten Ländereien der Bevölkerung umfassen. Zum anderen ist Karamoja, wie auch viele andere

ländliche Regionen in Afrika, zunehmend ins Blickfeld (inter-)nationaler Investoren und Minenunternehmen gerückt, die sich nun weitläufige Flächen in der Region anzueignen gedenken. Diese Entwicklung ist insbesondere deshalb besorgniserregend, weil aufgrund der dramatischen Viehverluste infolge des Bürgerkriegs die Menschen in Karamoja nun massiv auf Zugang zu fruchtba-

rem Land angewiesen sind, um die Ernährungssicherheit ihrer Familien gewährleisten zu können. Die zunehmende landwirtschaftliche Nutzung von Land birgt in der Praxis jedoch ebenfalls großes Konfliktpotenzial und mündet immer wieder in teils gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen ViehzüchterInnen und Ackerbauern und -bäuerinnen. Auch innerhalb einzelner Gemein-

schaften sowie in familiären Kontexten ist der Zugang zu Land stark umkämpft. Hier kommen insbesondere soziale Unterschiede, basierend auf dem Geschlecht oder Bildungsstand involvierter Personen, zum Tragen, da diese die Aushandlung von Zugangs- und Kontrollrechten zu Land maßgeblich beeinflussen.

## LITERATUR

- D. AKABWAI / P. ATEYO, *The Scramble for Cattle, Power and Guns in Karamoja*. Feinstein International Center 2007. Online verfügbar unter: <http://fic.tufts.edu/assets/The+Scramble+for+Cattle1.pdf> [24.08.2014].
- K.N. DANCAUSE u. a., *Beer is the cattle of women: Sorghum beer commercialization and dietary intake of agropastoral families in Karamoja, Uganda*, in: *Social Science & Medicine* 70 (2010), 1123-1130.
- Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO). *Special Report. FAO/GIEWS Livestock and Market Assessment Mission to Karamoja Region, Uganda 2014*. Online verfügbar unter: <http://www.fao.org/docrep/019/I3674e/I3674e.pdf> [10.12.2014].
- B. GÄRBER, *Women's Land Rights and Tenure Security in Uganda. Experiences from Mbale, Apac and Ntungamo*, in: *Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien* Nr. 24 (2013), 1-32.
- B. GÄRBER, *Property Grabbing – Landnahmen im familiären Kontext. Landrechtsverlust von Frauen im südlichen und östlichen Afrika*, in: B. ENGLERT/B. GÄRBER (Hg.), *Landgrabbing. Landnahmen in historischer und globaler Perspektive*. Wien 2014, 117-133.
- K. GELSDORF u. a., *Livelihoods, Basic Services and Social Protection in Northern Uganda and Karamoja*. Feinstein International Center 2012. Online verfügbar unter: <http://www.odi.org.uk/publications/6755-livelihoods-basic-services-social-protection-northern-uganda-karamoja> [09.08.2014].
- HUMAN RIGHTS WATCH (HRW). *“How can we survive here?” The Impact of Mining on Human Rights in Karamoja, Uganda 2014*. Online verfügbar unter: [http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/uganda0214\\_ForUpload.pdf](http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/uganda0214_ForUpload.pdf) [09.08.2014].
- KARAMOJA ACTION RESEARCH TEAM (KART)/Scott-Villiers, Patta, Ekoi and Etem in Karamoja. *A study of decision-making in a post-conflict society*. 2013. Online verfügbar unter: <http://opendocs.ids.ac.uk/opendocs/bitstream/handle/123456789/3198/Ekoi%20and%20Etem%20in%20Karamoja%20sm.pdf;jsessionid=8BA369E2955E2395FD829004D09BBAF2?sequence=1> [09.08.2014].
- S. KRÄTLI, *Karamoja with the Rest of the ‘Rest of Uganda’*, in: *Nomadic Peoples* 14, 2 (2010), 3-23.
- S. LEVINE, *An Unromantic Look At Pastoralism in Karamoja: How Hard-Hearted Economics Shows that Pastoral Systems Remain the Solution, and Not the Problem*, in: *Nomadic Peoples* 14, 2 (2010), 147-153.
- D. LUMU, *Over 100 mineral companies in Karamoja*, in: *New Vision*, 01.05.2014.
- M. MAMDANI, *Karamoja: Colonial Roots of Famine in North-East Uganda*, in: *Review of African Political Economy* No. 25 (1982), 66-73.
- F. MUSISI, *Museveni okays eviction of residents in mineral areas*, in: *Daily Monitor*, 04.10.2013.
- M. NORI u. a., *Browsing on fences. Pastoral land rights, livelihoods and adaptation to climate change*. International Institute for Environment and Development (iied) 2008. Online verfügbar unter: <http://pubs.iied.org/pdfs/12543IIED.pdf> [21.11.2012].
- M. RUGADYA u. a., *Tenure in Mystery. Status of Land under Wildlife, Forestry and Mining Concessions in Karamoja Region, Uganda 2010*. Online verfügbar unter: <http://www.aresearchug.org/reports/partnership-research/Tenure%20in%20Mystery,%20Status%20of%20Forestry,%20Mining%20and%20Conservation%20in%20Karamoja,%202010.pdf> [09.08.2014].

### Interviews:

- Lob/04: Interview mit verheiratetem Mann, ca. 25 Jahre, Kotido Distrikt, 10.10.2013
- Lob/18: Interview mit unverheiratetem Mann, ca. 30 Jahre, Kotido Distrikt, 18.10.2013
- Lob/21: Interview mit verwitweter Frau, ca. 27 Jahre, Kotido Distrikt, 21.10.2013
- Lob/25: Interview mit verheiratetem Mann, ca. 30 Jahre, Kotido Distrikt, 30.10.2013
- Kan/FGD1: Fokusgruppensdiskussion mit Frauen, Kotido Distrikt, 04.12.2013
- Kan/FGD2: Fokusgruppensdiskussion mit Frauen-Ältesten, Kotido Distrikt, 06.12.2013
- Lol/FGD3: Fokusgruppensdiskussion mit Männern und Ältesten, Kotido Distrikt, 16.01.2014
- Lol/05: Interview mit verheirateter Frau, ca. 50 Jahre, Kotido Distrikt, 21.01.2014
- KI/05: ExpertInneninterview, Kotido Distrikt, 04.02.2014

## Landgrabbing im Kontext von Konflikten

### Das Beispiel Kolumbien

#### Einleitung

Landgrabbing in Kolumbien steht in enger Verbindung mit bewaffneten Konflikten zwischen Guerilla-Gruppen, Paramilitärs und dem staatlichen Militär. Dabei versuchen die verschiedenen Konfliktparteien immer wieder neue Wege zu finden, um ihre Beteiligung am Krieg zu finanzieren; so ist zum Beispiel der Kokainhandel ab den 1980er Jahren eine wichtige Einnahmequelle geworden. Seit Ende der 1990er Jahre kam Landgrabbing als ein wesentlicher Bestandteil der Kriegsfinanzierung dazu, der vor allem vonseiten der Paramilitärs betrieben wird. Paramilitärische Gruppierungen vertreiben mit brutalen Mitteln Bauern und Bäuerinnen von ihren Landflächen und verkaufen diese weiter an Palmölunternehmer zum großflächigen Anbau von Ölpalmen. Laut einer Studie des *Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC)* gab es im Jahr 2012 in Kolumbien 5,5 Millionen Binnenflüchtlinge („*desplazados*“) – ein Großteil von ihnen wurde durch illegale Landnahmen zur Flucht gezwungen. Trotz des engen Zusammenhangs zwischen gewaltsamen Vertreibungen von Bauern und Bäuerinnen und der Errichtung von Palmölplantagen floriert das Geschäft mit der Palme: Kolumbien ist der viertgrößte Palmölexporteur der Welt und liefert 80% seiner Ausfuhr von Palmöl- und Palmkernöl nach Europa (Min-*grance* 2007; Ohr 2012).

#### Historischer Abriss

Seit der Unabhängigkeit Kolumbiens im Jahr 1819 kam es wiederholt

zu bewaffneten Konflikten zwischen der liberalen und konservativen Partei. Eine zentrale Rolle spielte dabei die ungleiche Landverteilung. So hatten Bauern und Bäuerinnen sowie indigene Gemeinden kaum freien Zugang zu Land und Absatzmärkten, da die Ländereien vorrangig von regionalen Eliten verwaltet wurden. Vor diesem Hintergrund wurde in den 1930er Jahren von den Bauern und Bäuerinnen sowie indigenen Gemeinden eine landesweite Agrarreform gefordert. Die Regierung ignorierte aber diese Forderung. Zwischen 1940 und 1960 wurde in Kolumbien schließlich ein Importsubstitutionsregime aufgebaut und die Unterdrückung sozialer Proteste zu Landfragen wurde Teil der Wirtschafts- und Agrarstrategien der verschiedenen Regierungen.

Dennoch flammten die Proteste gegen die ungleiche Landverteilung und andere soziale Missstände in der Gesellschaft immer wieder auf. So formierten sich etwa im Zuge des kolumbianischen Bürgerkrieges von 1948 bis 1953, der „*la Violencia*“ (die Gewalt) genannt wird, Guerilla-Gruppen, wie die kommunistische *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC)*, die befreiungstheologisch beeinflusste *Ejercito de Liberación Nacional (ELN)* und die maoistische *Ejercito Popular de Liberación (EPL)*, die bis heute aktiv sind und einen Großteil ihrer Mitglieder aus bäuerlichen Kreisen beziehen (Zelik 2010:23f).

Ende der 1960er Jahren bildeten sich erste paramilitärische Gruppierungen, die sich vor allem aus den Reihen der kolumbianischen Armee und Polizei zusammensetzten. So war die Geheimorganisati-

on *Acción Americana Anticomunista (Triple A)* darauf ausgerichtet, mutmaßliche GuerillasympathisantenInnen und GuerillakämpferInnen zu entführen und/oder zu töten. In den 1980er Jahren kam es unter der Regierung des Präsidenten Belisario Betancur zu ersten Friedensverhandlungen mit den Guerilla-Gruppen. Aufgrund dieser Verhandlungen formierten sich in der Folge Organisationen zur Oppositions- bzw. Guerillabekämpfung wie zum Beispiel die Gruppe *Muerte a Secuestradores (MAS)*, die politische und gewerkschaftliche Linke ermorden ließen. Parallel zum politischen Konflikt in Kolumbien etablierte sich in den 1980er Jahren der Kokainhandel. Dessen Aufkommen führte zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen konkurrierenden Kartellen und zu einer Konfrontation des Drogenhandels mit Teilen des Justiz- und Staatsapparates. (Zelik 2010:26ff)

Einzelne Drogenkartelle, wie das Medellín-Kartell unter Pablo Escobar und das Cali-Kartell, arbeiteten eng mit paramilitärischen Gruppen zusammen, um PolitikerInnen, JournalistInnen und BeamteInnen mit Bedrohungen, Schmiergeldern, etc. zu einer liberaleren Haltung gegenüber dem Drogenhandel zu bewegen. Die paramilitärischen Gruppierungen fungierten hauptsächlich als „*Protektoren des Drogenhandels*“ und konnten durch Schutzgeldzahlungen, Auftragsmorde, Erpressungen, etc. viel Geld erwirtschaften. Vor dem Hintergrund des Aufstiegs der Paramilitärs zu einem gewichtigen Kriegsakteur begann auch die Guerilla mit Entführungen, Erpressungen und Drogenhandel, um den Kampf gegen die Paramilitärs und andere rechte Gruppierungen zu finanzieren. Die Drogenbekämpfungspolitik Kolumbiens, die seit den 1990er Jahren von den USA unterstützt wurde, veranlasste die Konfliktparteien nach weiteren Finanzquellen zu suchen, um Geld für den bewaffneten Konflikt zu lukrieren. So nehmen paramilitäri-

sche Gruppierungen eben seit Ende der 1990er Jahre im Auftrag von Großkonzernen vermehrt Landflächen von Bauern und Bäuerinnen ein, um darauf Palmölplantagen zu errichten (Gamboa López 2002:86).

### Die Europäische Union und Landgrabbing in Kolumbien

Die kolumbianische Regierung definiert in ihrer *Visión 2019* die Weltmarktintegration als wesentliches Ziel für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und strebt die Zunahme ausländischer Direktinvestitionen und Exporte besonders im Agrar-, Bergbau- und Ölsektor an – unter anderem durch den Abschluss von Freihandelsabkommen, die in der Praxis jedoch die Durchführung von Landnahmen weiter begünstigen. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Freihandelsabkommen zwischen Peru, Kolumbien und der Europäischen Union zu, welches am 19. Mai 2010 beim EU-Lateinamerika Gipfel in Madrid unterzeichnet wurde. Dieses Abkommen soll durch die Abschaffung von Zöllen neue Marktchancen für EU-Exporteure von Industrieprodukten und Fischereizeugnissen öffnen. Die Europäische Union ist nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner der Andengemeinschaft. So betrug etwa 2011 der bilaterale Warenhandel zwischen der Europäischen Union, Kolumbien und Peru 21,1 Milliarden Euro (Fritz 2010:7ff).

Verschiedene nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen sehen im EU-Freihandelsabkommen die Ursache für die steigende Anzahl von vertriebenen Bauern und Bäuerinnen, weil die Rechtsicherheit für Investoren in extraktiven Sektoren, wie Landwirtschaft, Energie und Bergbau, erhöht wird, ohne dabei die sozialen Rechte der Bevölkerung zu berücksichtigen. Auch Umweltstandards werden in diesem Vertrag stark vernachlässigt (Fritz 2010:3ff).

### Der Palmölsektor in Kolumbien

Die Ölpalme stammt ursprünglich aus dem Golf von Guinea in Afrika und wird daher in Lateinamerika „*Palma Africana*“ genannt. Palmöl ist in verschiedensten Produkten, wie etwa Shampoo, Margarine, Kosmetika und Biosprit enthalten. In Kolumbien ist der Ölpalmanbau rasant gewachsen. Während es in den 1960er Jahren nur 18.000 Hektar gab, waren im Jahr 2003 bereits 188.000 Hektar und im Jahr 2005 schließlich 300.000 Hektar Land mit Ölpalmen bepflanzt. Laut *Fedepalma*, dem Verband der kolumbianischen PalmölunternehmerInnen, ist Kolumbien seit dem Jahr 2001 der wichtigste Palmölproduzent Lateinamerikas. Der Anbau von Ölpalmen und der Export des Öls in Länder des Nordens wird in Kolumbien als wichtiger Bestandteil der Wirtschaft und als Motor für die kolumbianische Landwirtschaft betrachtet (Carre 2006; Mingorance 2006; Fedepalma 2009). Im Bundesstaat Chocó, im Nordwesten Kolumbiens, gibt es die größten Palmölplantagen; dieser Teil Kolumbiens „is a strategic ecosystem due to its natural and cultural diversity and shows the greatest concentration of biodiversity in the world as regards the number of species per hectare.“ (Carre 2006:12) Wenig überraschend kommt es hier auch zu den meisten Landnahmen. Mingorance (2006:14f) bezeichnet diese Entwicklung „als Krieg um die Palme“, der seit Mitte der 1990er Jahre von den Konfliktparteien forciert wird.

### Phasen von Landnahmen

Fidel Mingorance stellt in seinem Artikel „Kein sauberer Biodiesel“ fünf Phasen des Verlaufs von Landnahmen vor, die mit der Palmölproduktion in Kolumbien in Verbindung stehen. Die erste Phase beschreibt die Eroberung eines Gebietes durch paramilitärische Gruppen. In dieser Phase wird der Großteil der Menschenrechtsverletzungen

gegenüber der lokalen Bevölkerung verübt, die vielerorts gewaltsam zur Flucht gezwungen wird. Die zweite Phase beschreibt die illegale Aneignung des Landes, welche mittels Landraub oder durch mit Waffengewalt erzwungenen Landkauf geschieht. In der nächsten Phase beginnen Palmölunternehmer mit der Anlegung von Palmölfarmen. Hierbei kommt es oftmals zum Verstoß gegen Umweltgesetze, da viele Gebiete einfach gerodet werden. Die vierte Phase umfasst die agroindustrielle Verarbeitung des Palmöls, aus der wiederum die paramilitärischen Gruppierungen Profit schlagen. Die letzte Phase beschreibt die „wirtschaftliche, politische und militärische Macht“ über die Palmölplantagen (Mingorance 2007). In den folgenden Abschnitten sollen die einzelnen AkteurInnen von Landnahmen näher betrachtet werden, um die unterschiedlichen Handlungsweisen bei den Landnahmen aufzuzeigen. Des Weiteren wird die Situation der Bauern und Bäuerinnen erläutert, da diese am meisten von den Landnahmen betroffen sind.

### Paramilitärs

Nach Ljodal (2002:297) gelten Paramilitärs als „irreguläre bewaffnete Gruppe oder Organisation, die außerhalb des Staates steht, diesen aber nicht bekämpft, ein privates Recht auf Verteidigung eines Status quo in Anspruch nimmt und gleichzeitig ein Minimum an Autonomie und Unabhängigkeit gegenüber dem Staat wahrht“. Der Begriff Paramilitarismus impliziert eine Verbindung zum Staat und zu den herrschenden Machtgruppen eines Landes. Das tatsächliche Verhältnis von Staat und Paramilitarismus beschäftigt seit Jahrzehnten die akademische Debatte in Kolumbien. In Bezug auf Landgrabbing fungieren die Paramilitärs als „bewaffnete Gruppe“, die sich durch die illegale Aneignung von Landflächen den Krieg gegen die Guerilla finanzieren können. Die gewaltsamen Ver-

treibungen der Bauern und Bäuerinnen sind für die Paramilitärs ein Ausdruck von Macht und die Möglichkeit, mutmaßliche Guerilla-SympathisantInnen auszuschalten.

### **PalmölunternehmerInnen**

Die PalmölunternehmerInnen spielen bei den Landnahmen ebenfalls eine wichtige Rolle, denn meistens bekommen diese UnternehmerInnen die von ihnen benötigten Landflächen aufgrund der Unterstützung von Paramilitärs, Korruption bei Behördengängen oder Bestechungen der Landbevölkerung. Eine Untersuchung der Universität Bogota im Jahr 2006 ergab, dass mindestens 25.000 Hektar der Palmölfelder illegal erworben wurden. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch das staatliche „Institut für ländliche Entwicklung“ (INCODER), demzufolge vor allem in afrokolumbianischen Gebieten an der Pazifikküste mehr als die Hälfte der Palmölfelder illegal angeeignet wurde (Justicia y Paz 2009; Ohr 2012).

### **PolitikerInnen**

Der Palmanbau ist seit Anfang der 1990er Jahre für die kolumbianische Regierung von großer Bedeutung. Um an der Pazifikküste den Handel voranzutreiben, wurde der westkolumbianische Hafen Buenaventura im Departamento Valle del Cauca in den letzten Jahren ausgebaut und zu einem der wichtigsten Überseehäfen Kolumbiens. Während der Amtszeit von Präsident Andres Pastrana von 1998 bis 2002 wurde der Anbau von Ölpalmen explizit gefördert, da dieser als Alternative zum illegalen Kokaanbau der Bauern und Bäuerinnen gesehen wurde. Dementsprechend finanzierten die USA im Zuge des Plan Colombia die Errichtung etlicher Palmölplantagen (Mingorance u. a. 2004:32f; Zelik 2010:229).

Die Ausbreitung dieser Plantagen wurde vonseiten der Politik vor allem mit Subventionen und Steu-

erbegünstigungen gefördert. Zwischen den Jahren 1994 und 2000 hat sich die staatliche Förderung für den Palmanbau verzehnfacht, wobei andere Subventionen, wie etwa für Kartoffeln, im gleichen Zeitraum stark gefallen sind. Die Förderung der Palmöl-Monokulturen erfolgt auch im Rahmen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit. So unterstützt die Europäische Union beispielsweise die Ölpalmprojekte im Friedenslabor Magdalena Medio, deren Ziel es ist, Bauern und Bäuerinnen die Möglichkeit zu bieten, auf kleinen Flächen Ölpalmen zu pflanzen. Dadurch „soll soziales und produktives Gewebe geknüpft sowie Einkommen und Entwicklung geschaffen werden“ (Mingorance 2005). Diese Strategie ist darauf ausgerichtet, den Zulauf der Bauern und Bäuerinnen zu bewaffneten Gruppen sowie deren gewaltsame Vertreibung zu unterbinden.

### **Bauern und Bäuerinnen**

Die Zivilbevölkerung, insbesondere Bauern und Bäuerinnen, sind am stärksten von den Landnahmen betroffen. Einerseits wird die Zivilbevölkerung durch die Paramilitärs brutal von den Landflächen vertrieben, andererseits durch Bestechungsgelder dazu gezwungen, Ölpalmen anzubauen. Durch den Umstieg auf industrielle Landwirtschaft wird die kleinbäuerliche Landwirtschaft zunehmend verdrängt, da diese nicht mehr wettbewerbsfähig ist und von nun an große Konzerne die Agrarmärkte kontrollieren. Der Anbau der Ölpalme hat viele Bauern und Bäuerinnen in ein Leben unter der Armutsgrenze getrieben (Mager 2009; Ohr 2012). Wie bereits zuvor erwähnt, ist das Departamento Chocó im Westen Kolumbiens am stärksten von den Landnahmen betroffen. Diese seit jeher dünn besiedelte Region wird vor allem von AfrokolumbianerInnen und indigenen Gruppen bewohnt. Noch in den 1990er Jahren war diese Region kaum in Konflikte und Drogen-

handel involviert. Durch das Klima im Departament Chocó begünstigt, wurde Ende der 1990er Jahre auch dort mit der Palmölproduktion begonnen. Bald darauf, ab dem Jahr 2000, kam es schließlich auch hier vermehrt zu Massakern und Vertreibungen durch paramilitärische Gruppierungen (Mingorance 2005; Ohr 2012). Die Binnenflüchtlinge siedeln sich meist an den Randbezirken größerer Städte an, wo sie in marginalen Behausungen leben, schlechte Arbeitsmöglichkeiten und kaum Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen haben. Seit dem Jahr 2006 versuchen Vertriebene aus dem Chocó immer wieder, in ihre ehemalige Heimat zurückzukehren. Die Rückkehr wird aber oftmals durch Drohungen von paramilitärischen Gruppen verhindert. Hinzu kommt, dass die Palmölplantagen die frühere Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung zerstört haben und diese folglich kaum Alternativen hat, sich wieder eine Existenz in ihrer ursprünglichen Heimat aufzubauen (Segura Escobar 1999:115f; Ohr 2012).

### **Auswirkungen von Langrabbing**

#### **Menschenrechtsverletzungen**

Die Massaker und die gewaltvollen Vertreibungen der Landbevölkerung durch den Anbau von Kokablättern, Ölpalmen und andere Monokulturen sind seit Jahren ein schwerwiegendes Problem in Kolumbien. Die Zahl der sogenannten *desplazados* wird auf ca. 3-5 Millionen Menschen geschätzt. Zwar ist das Landgrabbing nicht die alleinige Ursache für die hohe Zahl von Binnenflüchtlingen, aber seitdem die Ölpalmproduktion in Kolumbien gefördert wird, zeigt sich deutlich, dass aus diesen Anbaugebieten immer mehr Menschen flüchten. Viele VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen melden, dass von der betroffenen Bevölkerung immer wieder Strafanzeigen erstattet werden (Ohr 2012).

### Ernährungssituation

Es ist völkerrechtlich verankert, dass jede Regierung das Menschenrecht auf Nahrung gewährleisten muss. Sowohl Nahrungsmittel als auch Energiepflanzen, wie die Ölpalme, brauchen reichlich Ressourcen, die nur begrenzt verfügbar sind. Durch die Förderung der Palmölproduktion kommt es zu massiven Problemen der Nahrungsmittelversorgung, weil erstens den Bauern und Bäuerinnen produktives Land weggenommen wird und zweitens die Zunahme von Billigimporten einen Preisanstieg bei Grundnahrungsmitteln hervorruft. Um die Ernährungssouveränität eines Landes zu sichern, müssen natürliche Ressourcen wie Wasser und Boden sichergestellt werden. Des Weiteren dürfen Landbesitz und -nutzung nicht ausschließlich in der Hand privater Unternehmen konzentriert sein. Das Konzept der Ernährungssouveränität schlägt hier ein politisches Prinzip vor, „dass die Selbstbestimmung der Dörfer garantiert und eine kollektive Entscheidung über die Produktion von Nahrungsmitteln, landwirtschaftlichen Tätigkeiten, Fischerei und Erntearbeiten, als fundamentales Prinzip betont“ (Mager 2009:90).

### Ökologische Auswirkungen

Landgrabbing und der Anbau von Monokulturen haben in Kolumbien, wie auch in anderen Ländern des Südens, enorme ökologische Auswirkungen; der Anbau von großflächigen Palmölplantagen mündet vielfach in die Abholzung von Regenwäldern. So sollen Schätzungen zur Folge in den letzten Jahren mehr als 30.000 Hektar Regenwald für die Palmölproduktion gerodet worden sein. Des Weiteren ist der Anbau von Ölpalmen für eine nachlassende Bodenfruchtbarkeit verantwortlich. Die Nutzung von Monokulturen, der Einsatz von Pestiziden und der erhöhte Wasserverbrauch führen dazu, dass die vor-

mals fruchtbaren Böden Nährstoffe verlieren und von der Bevölkerung nicht mehr benützt werden können. (Breuer 2007:21).

### Widerstand gegen Landgrabbing

Widerstand gegen illegale Landnahmen wird unter anderem von Nichtregierungsorganisationen, sowie von indigenen, afrokolumbianischen Gruppen geleistet, etwa durch die Organisation von Demonstrationen, aber auch durch die Leistung von Rechtsbeistand. Die kolumbianische Nichtregierungsorganisation *Liga de mujeres desplazadas* setzt sich beispielsweise explizit für die Wiederherstellung des Individual- und Kollektivrechts sowie das Recht auf Land ein. Das Hauptaugenmerk dieser Organisation liegt dabei auf vertriebenen Frauen, da diese den Großteil der Binnenflüchtlinge stellen (Segura Escoba 1999:117f; Ohr 2012).

Internationale Aufmerksamkeit erregte der Protest der Bauern und Bäuerinnen von Las Pavas im Jahr 2009. Bereits 2006 waren Paramilitärs in Las Pavas eingefallen und hatten über hundert Familien vertrieben. Nach kurzer Zeit der Flucht beschlossen diese, nach Las Pavas zurückzukehren, um ein Kollektiv zu gründen und einen gemeinsamen Landtitel zu beantragen. Zur selben Zeit hatte jedoch bereits die Daabon-Gruppe begonnen, auf diesem Gebiet großflächig Palmölplantagen anzulegen. Als sich die Bauern und Bäuerinnen weigerten, auf den Plantagen von Daabon zu arbeiten und weiterhin ihren eigenen Landtitel beanspruchten, ließ im Jahr 2009 Daabon Las Pavas polizeilich räumen. Daraufhin wurden von den Bauern und Bäuerinnen zahlreiche Demonstrationen organisiert, die von nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen unterstützt wurden. Auch wenn die rechtliche Frage der Landrechte der vormaligen BesitzerInnen bis heute nicht geklärt ist, hatten diese Pro-

teste weitreichende Auswirkungen (Fritz 2010:7ff).

Eine weitere Form des Widerstands gegen die illegalen Landnahmen und der Unterstützung der vertriebenen Bevölkerung erfolgte am 11. Juni 2011 durch den kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos, der auf Druck der Vereinten Nationen das sogenannte *Ley de víctimas* unterzeichnete. Dieses Gesetz ist für zehn Jahre gültig und sieht Entschädigungen von Gewaltopfern ab dem Jahr 1985 vor. Des Weiteren ist eine Rückgabe von Grundbesitz für Fälle ab dem Jahr 1991 vorgesehen, wovon etwa 400.000 Familien profitieren könnten. Insgesamt sollen vier Millionen Hektar Land an vertriebene BäuerInnen, die ihrer Ländereien brutal beraubt wurden, zurückgegeben werden. Laut dem Gesetz *Ley de víctimas* sollen außerdem alle Personen, die Opfer der Vertreibung wurden, psychologischen Beistand bekommen. Darüber hinaus soll eine HistorikerInnen-Kommission eingerichtet werden, um das Phänomen Binnenflucht und damit auch die verbundenen Landnahmen aufzuarbeiten (Hecho y Paz 2011:5f; Ohr 2012). Allerdings weist dieses Gesetz zahlreiche Schwächen auf, wie (inter-)nationale Nichtregierungsorganisationen und JuristInnen kritisieren. Denn um Entschädigungszahlungen zu erhalten, müssten die betroffenen Personen einen Beweis vorlegen, der ihre gewaltsame Vertreibung belegt. Meistens besitzen Binnenflüchtlinge jedoch keine Dokumente von früheren Grundstücken, beziehungsweise ist es meist schwierig nachzuweisen, gewaltsam von einer der Konfliktparteien vertrieben worden zu sein. Es ist auch nicht geklärt, welche Landflächen vom Staat an die betroffene Bevölkerung zurückgegeben werden sollen. Der Großteil der Binnenflüchtlinge will nicht mehr in die ursprüngliche Heimat zurückkehren, da sie weitere Bedrohungen durch die Konfliktparteien fürchten oder es dort keine Möglichkeit mehr

gibt, ihren Lebensunterhalt zu verdienen (Ohr 2012).

## Conclusio

Die illegalen Landnahmen in Kolumbien sind stark mit den politischen Konflikten des Landes verbunden, die seit mehreren Jahrzehnten große Teile der Bevölkerung zur Flucht zwingen. In Bezug auf Landgrabbing in Kolumbien spielt vor allem die Ölpalme eine bedeutende Rolle. Denn seit der Förderung des Palmölsektors in den 1990er Jahren kommt es in einigen Regionen Kolumbiens wiederholt zu illegalen Landnahmen von paramilitärischen Gruppen sowie zur gewaltsamen Vertreibung der Landbevölkerung. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die verschiedenen AkteurInnen – Paramilitärs, PolitikerInnen, Palmölunternehmer und Bauern und Bäuerinnen – in enger

Verbindung zueinander stehen. Die Auswirkungen dieser illegalen Landnahmen auf die Zivilbevölkerung sind einerseits massive Menschenrechtsverletzungen wie beispielsweise Massaker und brutale Vertreibungen, andererseits hat der Bau von Ölpalmen auch negative Auswirkungen auf die Ernährungssituation Kolumbiens und schwerwiegende ökologische Folgen. So kommt es durch den Bau der Ölpalmen zur Knappheit von Anbaumöglichkeiten für Lebensmittel, was sich negativ auf die Zivilbevölkerung auswirkt. Außerdem werden im Zuge der illegalen Aneignung von Landflächen hektarweise Flächen des kolumbianischen Regenwaldes gerodet, mit tiefgreifenden Konsequenzen sowohl für die lokale Bevölkerung als auch die Umwelt Kolumbiens (Mingorance 2007; Zelik 2010).

Dennoch gibt es Formen des Widerstandes gegen Landgrabbing.

So unterstützen zahlreiche Nichtregierungsorganisationen betroffene Bevölkerungsgruppen mit diversen Programmen, wie zum Beispiel Rechtsbeistand oder Bereitstellung von Notfallquartieren. Weiters wurde von der Politik im Jahr 2011 mit dem *ley de víctimas* eine Möglichkeit des Widerstandes gegen Landnahmen und Vertreibungen der Bevölkerung geschaffen. Auch wenn das *ley de víctimas* noch zahlreiche Lücken aufweist, ist momentan in der kolumbianischen Gesellschaft ein Aufbruch gegen die Landnahmen und Vertreibungen in Gang. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob dieses Gesetz von der kolumbianischen Regierung überarbeitet werden wird, um der Bevölkerung eine bessere Handhabe gegen Landnahmen und gewaltvolle Vertreibungen zu verschaffen (Hecho y Paz 2011; Ohr 2012).

## LITERATUR

- S. BREUER, Agro-Energie im Spannungsfeld von Klimawandel und Armutsbekämpfung, in: *Vertreibung und Menschenrechtsverletzung in Kolumbien: Ölpalmanbau und Agrarkraftstoffboom*, 2007. kolko e.V: 19-21. Online verfügbar unter: [http://www.kolko.de/downloads/volle\\_tanks\\_leere\\_doerfer.pdf](http://www.kolko.de/downloads/volle_tanks_leere_doerfer.pdf) [11.06.2013].
- R. CARRERE, Oilpalm: The Expansion of Another Destructive Monoculture in Oil Palm: From Cosmetics to Biodiesel, Colonization lives on, Montevideo: World Rainforest Movement 2006, 6-12. Online verfügbar unter: <http://www.wrm.org.uy/plantations/material/Palm2.pdf> [11.06.2013].
- FEDEPALMA. La Palma de Aceite. 2009. Online verfügbar unter: <http://www.fedepalma.org/palma.htm> [11.06.2013].
- T. FRITZ, Die zweite Eroberung: Das EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru. FDCL (Berlin), TNI (Amsterdam) 2010. Online verfügbar unter: [http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/EU\\_Trade/Die\\_zweite\\_Eroberung\\_DE.pdf](http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/EU_Trade/Die_zweite_Eroberung_DE.pdf) [11.06.2013].
- M. GAMBOA LOPEZ, Politische Theorie und Gewalt. Wege aus dem kolumbianischen Labyrinth. Aachen 2002.
- HECHO Y PAZ, El ABC de la ley de víctimas. Bogota 2011.
- R. HERRE, Auswirkungen des Agrartreibstoff-Booms auf das Menschenrecht auf Nahrung, in: *Volle Tanks – leere Dörfer, Vertreibung und Menschenrechtsverletzung in Kolumbien: Ölpalmanbau und Agrarkraftstoffboom, Dokumentation des Seminars: „Agro-Treibstoffe und Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien“*. 2007. kolko e.V: 22-25. Online verfügbar unter: [http://www.kolko.de/downloads/volle\\_tanks\\_leere\\_doerfer.pdf](http://www.kolko.de/downloads/volle_tanks_leere_doerfer.pdf) [11.06.2013].
- JUSTICIA Y PAZ. Constancia 120809: Se intensifican amenazas contra habitantes de las las Zona Hu-manitarias Curvaradó y Jiguamiandó. 2009. Online verfügbar unter: <http://justiciaypazcolombia.com/Nuevo-articulo,1390> [11.06.2013].
- N. MAGER, Die kolumbianische Landwirtschaft und die Ölpalme. Diplomarbeit. Wien 2009.
- T. LJODAL, El concepto del paramilitar, in: *Corporación Observatorio para la Paz: Las verdaderas intenciones de los paramilitares*. Bogotá 2002.
- H. MONDRAGÓN, The sugarcane Industry in Colombia In *Agroenergy: Myths and Impacts in Latin America 10* (2007). Online verfügbar unter: <http://base.d-p-h.info/en/fiches/dph/fiche-dph-7797.html> [11.06.2013].
- F. MINGORANCE u.a., El cultivo de la Palma africana en el Chocó, *Legalidad Ambiental, Territorial y Derechos Humanos, Human Rights Everywhere*, Diócesis de quibdó, Colombia. 2004. Online verfügbar unter: <http://www.hrev.org/media/documentos/cultivopalmachoco.pdf> [11.06.2013].
- F. MINGORANCE, El flujo del aceite de palma Colombia – Bélgica/Europa. *Acer-camiento desde una perspectiva de derechos humanos. Estudio por HREV-Human Rights Everywhere, CBC-Coordination Belge pour la Colombie*. 2006. Online verfügbar unter: <http://www.hrev.org/media/documentos/elflujopalmaes.pdf> [11.06.2013].

F. MINGORANCE, Kein sauberer Biodiesel. Menschenrechtsverletzungen bei der Palmölproduktion in Kolumbien, 2007. Online verfügbar unter: <http://www.ilaweb.de/artikel/ila304/biodieselkolumbien.htm> [11.06.2013].

M. OHR, „Desplazamiento y violencia en Colombia“ – Der Umgang der Frauen aus dem Barrio Madre Herlinda Moises in Pasacaballos/ Cartagena de Indias mit der gewaltsamen Vertreibung. Saarbrücken 2012.

H. RAMIREZ, Menschenrechtsverletzungen und Vertreibung für Palmplantagen, Fallbeispiel Curvaradó/Jiguamiandó, in: Volle Tanks, Leere Dörfer, Vertreibung und Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien: Ölpalmanbau und Agrokraftstoffboom, Menschenrechte für Kolumbien, 2007. Online verfügbar unter: [http://www.kolko.de/downloads/volle\\_tanks\\_leere\\_doerfer.pdf](http://www.kolko.de/downloads/volle_tanks_leere_doerfer.pdf) [11.06.2013].

N. SEGURA ESCOBAR, Interne Vertreibung in Kolumbien, in: K. GABBERT/W. GABBERT u.a. (Hg.), Migrationen. Jahrbuch Lateinamerika Analysen und Berichte 23. Bad Honnef 1999, 111-135.

R. ZELIK, Die kolumbianischen Paramilitärs. Regieren ohne Staat? Oder terroristische Formen der Inneren Sicherheit. Münster 2010.

---

## Landgrabbing in der Ukraine

### Ukrainische Oligarchen und internationale Investoren\*

Die Ukraine, einst die Kornkammer der Sowjetunion, ist heute einer der wichtigsten Produzenten von Öl- und Getreidesaaten für den Weltmarkt. Das Land verfügt über ca. 32 Millionen Hektar Agrarland. Dies entspricht ungefähr einem Drittel des Agrarlandes der gesamten Europäischen Union (FAOSTAT 2012). Ihre Lage am Schwarzen Meer sowie ihre fruchtbaren Schwarzerdeböden – sie besitzt ca. 25 Prozent des sogenannten *Tschernosem* des gesamten Globus – machen die Ukraine attraktiv für landwirtschaftliche Produzenten und Investoren. Außerdem wird die Landwirtschaft als eine der wichtigsten aufkommenden Geschäftschancen in der Ukraine wahrgenommen. Dass dieser Sektor in der Tat äußerst relevant für das Land ist, lässt sich an einigen Zahlen veranschaulichen: 2007 hat die Landwirtschaft acht Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) und ca. 17 Prozent zur Beschäftigung des Landes beigetragen (OECD 2009:152). Überdies war die Ukraine in der Saison 2008/2009 der weltweit drittgrößte Exporteur von Getreide- und Ölsaaten (Jarosz-weska 2011:20). Konkret war das Land 2010 zweitgrößter Exporteur von Gerste, drittgrößter von Raps, fünftgrößter von Sonnenblumenkernen, sechstgrößter von Mais und achtgrößter von Weizen (FAOSTAT 2012). Erwähnt muss hier werden, dass es sich bei den Ölsaaten und bei Gerste um Saaten handelt, die den Boden stark beanspruchen und folglich mittel- und langfristige bei etwaiger Überbeanspruchung zu Bodendegradierung führen.

Zu Beginn der Wirtschafts-, Finanz-, Nahrungsmittel-, Energie- und Klimakrise, die 2007 einsetzte, bezog man sich oft auf die drei großen, früher zur Sowjetunion gehörenden Länder – die Ukraine, Russland und Kasachstan –, die über bedeutendes unerschlossenes landwirtschaftliches Potenzial verfügen sollten. Dies wurde vor allem mit dem starken Rückgang in der landwirtschaftlichen Produktion in den 1990ern begründet, der durch den Zerfall der Sowjetunion verursacht worden war. Demnach setzen sich internationale Institutionen wie auch das große Agrobusiness für eine Ausweitung der zu bewirtschaftenden Flächen sowie eine Intensivierung der Landwirtschaft ein. Diese Akteure behaupten, dass eine extensivierte wie auch intensivierte Bewirtschaftungsform weder soziale noch ökologische Probleme mit sich brächte, sondern vielmehr die Entwicklung und damit einhergehend die Modernisierung dieser Länder vorantriebe. Ferner würde die Ukraine in ihrer Rolle, die Welt zu ernähren, gestärkt (EBRD/FAO 2008, Chakrabarti/Da Silva 2012). Dieses Drängen in Richtung eines großflächig angelegten Agrarexportmodells führte zur aktuellen Welle der Landnahmen. Sie finden im Kontext der Privatisierung von Anbauflächen, welche im Rahmen der Bodenreform vorangetrieben wird, statt. So erlangt das in- und ausländische Agrobusiness in zunehmendem Maße die Kontrolle über die ukrainische Landwirtschaft.

### Die Bodenreform und deren Zwischenergebnis in der postsowjetischen Ukraine

Nach dem Zerfall der Sowjetunion setzte in der Ukraine ein Übergang von öffentlichem zu privatem Eigentum ein. In den 1990ern wurde Land formal an diejenigen verteilt, die auf genossenschaftlichen und staatlichen Landwirtschaftsbetrieben arbeiteten, wo jede und jeder im Durchschnitt vier Hektar Land erhielt. Die Zertifikate, die an die lokale Landbevölkerung ausgegeben wurden, bezogen sich allerdings nur auf einen generellen Anteil und waren keinem spezifischen Stück Land zugeordnet. Erst mit der Annahme des Präsidialdekrets im Dezember 1999 wurde das Land offiziell an die ca. sieben Millionen Menschen vergeben, womit die Grundlage für die Verpachtung von Land geschaffen wurde. 2001 trat das Bodengesetz in Kraft, das offiziell Landtitel garantierte. Jedoch wurde zur selben Zeit ein Moratorium bezüglich des Verkaufs und Kaufs von Agrarland eingeführt. Dieses wurde mehrere Male verlängert und ist nun bis zum 1. Jänner 2016 gültig (Allina-Pisano 2004, Kucher 2007, UCAB 2012, UN.UA 2012). Da das meiste Land verpachtet ist und daher nicht von den eigentlichen Landeigentümern kontrolliert wird, dient das Moratorium jedoch nur als formaler Hinderungsgrund bei Übernahmen von Agrarland.

Generell war die ukrainische Bodenreform ein ziemlich langer Prozess, der für die lokale Bevölkerung wesentliche Probleme mit sich brachte. Zehn Jahre lang war es für Bäuerinnen und Bauern aus mehreren Gründen schwierig, ihr Land zu bearbeiten. In erster Linie wussten sie einfach nicht, wo ihre Landanteile lagen. Außerdem stand ihnen keine ausreichende technische Ausrüstung zur Verfügung, da über diese nach wie vor nur die kollektiven landwirtschaftlichen Betriebe verfügten. Des Weiteren hatten sie keinen Zugang zu finanziellen Res-

sources (Allina-Pisano 2008). Viele Menschen zogen in die Städte oder emigrierten, da sie am Land keine Perspektive für sich sahen. Bis heute hat die Agrarpolitik wenig zur Unterstützung kleiner und mittlerer Höfe in der Ukraine getan, und bei der Regierung scheint kein Verständnis dafür vorhanden zu sein, wie regionale Entwicklung forciert werden könnte. In beiden Fällen mögen *Policies* am Papier vorhanden sein; diese werden jedoch nicht umgesetzt (Demyanenko 2008:8f).

Dies hat zur Folge, dass die meisten LandeigentümerInnen ihr Land verpachten. Im internationalen Agrobusiness wird die Ukraine als relativ kostengünstiges Land gehandelt. Die Durchschnittspacht per Hektar, die jedoch nicht immer bezahlt wurde, sollte 2013/2014 bei 600-700 ukrainischen Hrywnja liegen; das waren Ende 2013 noch ca. 50-60 Euro. Dieser Satz wird durch ein Präsidentendekret reguliert und muss mindestens drei Prozent des aktuellen Preises des Landes entsprechen. In Wirklichkeit zahlen viele jener, die Land pachten, die Pacht in Naturalien (z. B. durch einen Anteil von Getreide, das sie anbauen). Vor allem dort, wo LandeigentümerInnen weiterhin Vieh hielten, kristallisierte sich dies als weit verbreitete Praxis heraus. In letzter Zeit scheint allerdings ein Wandel einzusetzen. Da viele der GrundeigentümerInnen das Leben am Land sowie die Viehhaltung für ein Leben in der Stadt aufgegeben haben, bevorzugen sie Barzahlungen gegenüber der Zahlung in Naturalien. Der Durchschnittspachtzeitraum nimmt ebenso zu. Derzeit wird das meiste Land vier bis zehn Jahre gepachtet, wobei ein maximaler Pachtzeitraum von 49 Jahren möglich ist (UCAB 2014:46, UCAB 2012:16f). Überdies wissen die Menschen oft nicht, wer tatsächlich über ihr Land verfügt, da größere Pächter von kleineren pachten. Zudem wird Agrarland, obwohl es offiziell nicht gehandelt werden darf, oftmals unter der Hand verkauft (Strubenhoff 2011).

Somit kann die momentane landwirtschaftliche Struktur als ein Zwischenergebnis des ukrainischen Bodenreformprozesses betrachtet werden. Offiziell gibt es viereinhalb Millionen ländliche Haus- und Hofwirtschaften auf siebeneinhalb Millionen Hektar und 49.000 landwirtschaftliche Betriebe auf 23 Millionen Hektar. Letztere enthalten 40.000 sogenannte *Fermer* (bäuerlich geführte Betriebe) auf 4,3 Millionen Hektar (State Statistics Service of Ukraine 2011). Interessanterweise sind die Haus- und Hofwirtschaften nicht in den offiziellen landwirtschaftlichen Berichten inkludiert, obgleich sie 2008 mehr als 50 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion ausmachten (Sauer 2010:3). Letztere spielen eine überaus wichtige Rolle für den inländischen Markt, während Agroholdings – eine andere bedeutende Gruppe, die nicht von den offiziellen Daten erfasst wird – in erster Linie auf Export für den Weltmarkt ausgerichtet sind. Deren Anteil am BIP beträgt 42,3 Prozent, wohingegen der Anteil der *Fermer* fünf Prozent ausmacht (Ministry of Agriculture 2012).

### Oligarchen und transnationales Kapital übernehmen das Land

Der oben dargestellte, begonnene Reformprozess ebnete den Weg für

den Aufstieg der Agroholdings, die seit Mitte der 2000er immer größere Bedeutung erlangten. Ihre Anzahl hat in den letzten Jahren zugenommen und momentan kontrollieren die zehn größten Agroholdings ca. 3,1 Millionen Hektar (Latifundist 2014). Mit der Expansion der Agroholdings nimmt die Konzentration und Kontrolle von Land gleichermaßen zu. Sie pachten nicht nur Land von einzelnen GrundeigentümerInnen, sondern beziehen auch verschiedene landwirtschaftliche Betriebe, also ehemalige Kolchosen, mit ein. Agroholdings sind zunehmend sowohl horizontal als auch vertikal integriert, um auf diese Weise die gesamte Wertschöpfungskette kontrollieren zu können. Sie werden als die Lösung für die landwirtschaftlichen Probleme in der Ukraine gepriesen, da sie über die notwendige technische Ausstattung, das Know-how wie auch über finanzielle Mittel verfügen (Demyanenko 2008). Die UkrainerInnen nennen sie „Latifundisten“, weil ihre großen Landparzellen dazu dienen, Getreide und Ölsaaten für den Export zu pflanzen (Latifundist o.J.). Überdies werden lateinamerikanische Länder wie Argentinien oder Brasilien von den Agrarlobbys oft als Beispiel herangezogen, wie sich die Agrarindustrie in der Ukraine entwickeln soll (Spoor 2012).

#### Top 10 der Agroholdings in der Ukraine 2014

	Agroholding	Hektar Land
1	Ukrlandfarming	670.000
2	Kernel Group	422.000
3	NCH Capital	400.000
4	Mriya Agroholding	320.000
5	Myronivsky Hliboproduct	320.000
6	Ukrainian Agrarian Investments	261.000
7	Astarta-Kyiv	245.000
8	HarvEast	197.000
9	Agroton	151.000
10	Sintal Agriculture	150.000

Quelle: Latifundist 2014

Aktuell überwiegt der Anteil von heimischen Agroholdings gegenüber denen mit ausländischen Eigentümern. 82 Prozent der hundert größten Agroholdings im Land sind derzeit in ukrainischer Hand (Latifundist 2012). Land wird als letzte Ressource betrachtet, die in den 1990ern im Gegensatz zu anderen Geschäftsfeldern wie etwa der Metallurgie oder der Chemieindustrie nicht voll privatisiert wurde. Da Landwirtschaft nun schlicht als ein weiteres Geschäftsfeld gesehen wird, wird Land zu einer zusehends wichtigeren Profitquelle und folglich unter den Oligarchen aufgeteilt. So gründete z. B. Rinat Achmetow, Ukraines reichster Oligarch, vor kurzem die Agroholding *HarvEast* mit einer Anbaufläche von 200.000 Hektar. Ein weiteres prominentes Beispiel ist die größte Agroholding der Ukraine *Ukrlandfarming*, die über 670.000 Hektar kontrolliert und damit mittlerweile auch die achtgrößte weltweit ist. Ihr Besitzer ist Oleg Bachmatjuk, dem auch *Avangard*, einer der weltweit größten Hersteller von Eiern und Eierprodukten, gehört (Latifundist 2014). Das Unternehmen ist formell in Zypern, dem größten Steuerparadies der Ukraine, registriert (Parusinski 2012). Die zwei größten ausländischen Agroholdings unter den Top Ten in der Ukraine sind die amerikanische *NCH Capital* (400.000 Hektar) und die russische *Ukrainian Agrarian Investments* (261.000 Hektar) (Latifundist 2014). Aufgrund der engen Verbindung von Wirtschaft und Politik, die charakteristisch für das Land ist, ist es relativ schwierig für ausländische Unternehmen, erfolgreich tätig zu sein. Jedoch sind diese bereit, ein hohes Risiko auf sich zu nehmen, da dies ihre Gewinne steigert (AG Chat 2011:5). Die letzten Jahre waren außerdem von Fusionen und Übernahmen unter den Agroholdings geprägt. Beispielsweise übernahm die schwedische *AlpcotAgro* die britische *Landkom* und *Ukrlandfarming* die Agroholdings *Rise* und *Dakor* (Agrimony 2011; Zinkov 2011).



Maschinenvorfürungen im Oblast Tscherkassy, Ukraine.  
Fotos: © Christina Plank

Mit Blick auf ihren Bedarf an ausländischer Technologie und weiterem Kapital sind die ukrainischen Agroholdings mit transnationalem Kapital über die Börsen in London, Frankfurt und Warschau verwoben (UkraineBusinessinsight 2012:8-10). Europäische Pensionsfonds wie der *Third Swedish National Pension Fund* und der niederländische *Pension Fund for Care and Well-Being* sind ebenso an landwirtschaftlichen Unternehmen beteiligt (GRAIN 2012). Eine weitere internationale Dimension ist die Unterstützung des in der Ukraine angesiedelten Agrobusiness vonseiten internationaler Finanzinstitutionen (IFIs), im speziellen der *Internationalen Finanz-Corporation* (IFC) und der *Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung* (EBWE). Der Anteil der EBWE ist signifikant und steigend (EBRD 2011). Überdies vergaben die IFIs Kredite auch an nicht-ukrainische Unternehmen wie zum Beispiel an *AgroGeneration* – eine französische Agroholding, die zehn Millionen US-Dollar erhielt; genug, um ihre Fläche von 50.000 Hektar auf 100.000 Hektar zu verdoppeln (Usov 2011; AgroGeneration 2012). Ein anderes Beispiel ist der Trader Toepfer, der 60 Millionen US-Dollar bekam, um seine laufenden Geschäfte aufrechtzuerhalten (Interfax-Ukraine 2012a). Gleichzeitig ist es wichtig hervorzuheben, dass es für kleine und mittlere Betriebe in der Ukraine überaus schwierig ist, Kredite zu erhalten (UCAB 2012:19).

Getreide- und Ölsaaten werden hauptsächlich in den Nahen Osten, nach Nordafrika, in die Europäische Union und die Türkei exportiert (Invest Ukraine 2011). Obgleich es schwer auszumachen ist, ob sogenannte *flexcrops* für die Produktion von Nahrungsmitteln, Tierfutter, Agrartreibstoffen oder für die Industrie verwendet werden (Borras u. a. 2012:581), gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen dem steigenden Rapsanbau in der Ukraine in der Mitte der 2000er und der steigenden Nachfrage der EU nach

Agrartreibstoffen, da 90% des Raps in die Länder der EU exportiert werden (Ogarenko/Nivievskiy 2012). Generell pflanzen Agroholdings das an, was sich für sie am profitabelsten herausstellt. Beispielsweise werden Sonnenblumen in derartig intensivem Maße angebaut, dass die Ukraine mittlerweile der größte Exporteur von Sonnenblumenöl ist (Invest Ukraine 2011). Ebenso gibt es einen klaren Trend in Richtung Soja- und Maisanbau (UCAB 2012:45-47).

Im Juni 2012 unterzeichneten die ukrainische und die chinesische Regierung ein Memorandum, das die Basis für eine landwirtschaftliche Kooperation zwischen den beiden Ländern schuf und mit der Gewährung eines Kredits von 3 Milliarden US-Dollar verbunden war. Von der Ukraine wird erwartet, dass sie drei Millionen Tonnen Mais nach China exportiert. Im Gegenzug erhält sie Saatgut, Pflanzenschutzmittel und maschinelle Ausstattung. Darüber hinaus ist der Bau von Anlagen zur Herstellung von biologischem Düngemittel wie auch Pflanzenschutz in der Ukraine geplant (WNU 2013, ZN.UA 2012).

### Der Weg in Richtung eines ukrainischen Landmarkts

Die aktuelle Situation kann als Ergebnis des Privatisierungsprozesses gesehen werden, der in den frühen 1990ern begann. Obwohl es lange und intensive Diskussionen über die Etablierung eines Marktes für Agrarland gab, steht die letzte Phase der Privatisierung – das Aufheben des Moratoriums – noch aus (Strubenhoff 2011, UN.UA 2012). Unter den Befürwortern des Landmarktes finden sich internationale Organisationen, ausländische ExpertInnen und RegierungsbeamtenInnen. Letztere setzen sich immer dann dafür ein, wenn sie an der Macht sind, weil sie von dessen Privatisierung profitieren möchten. Sobald die politischen Parteien aber einmal in Opposition geraten, sind sie dagegen. Es ist da-

her nicht verwunderlich, dass die ukrainischen politischen Parteien keine feste Position bezüglich der Einführung des Landmarktes haben. Jedoch sind die meisten UkrainerInnen weiterhin – wie sie es bereits in den 1990ern waren – gegen die Privatisierung von Agrarland. In erster Linie fürchten sie die zunehmende Degradierung durch Bodenerosion und die Konzentration von Land (Allina-Pisano 2004:573; Bychenko 2012).

Allerdings wurde bereits eine Art Landmarkt durch die Pachtverträge etabliert. Trotz des jüngsten Regierungswechsels und Konflikts gibt es keine wirklichen Veränderungen unter den Top 10 der größten Agroholdings. Diese Kontinuität spiegelt die Tatsache wider, dass auch nach der im Februar 2014 erfolgten Absetzung des Präsidenten Viktor Janukowytsch, der der *Partei der Regionen* angehörte, die Macht der ukrainischen Oligarchen ungebrochen ist. Die Ausweitung der Agroholding *Mryia*, welche den Parteien der Interimsregierung *Vaterland* und *Svoboda* nahesteht, um ca. 20.000 Hektar Land im Frühjahr 2014, lässt lediglich darüber spekulieren, inwieweit hier ein Zusammenhang mit dem Regierungswechsel besteht (Latifundist 2014). Darüber hinaus äußert sich die westliche Ausrichtung der Regierung sowohl in der Teilnahme an UN-Programmen zur Erfassung von Land über Satellitenprogramme als auch in einer wiederum verstärkten Kooperation mit der EU bzgl. des Managements von Land, u.a. in Form eines *Twinning Programms*, welches zum Ziel hat, Programme an die EU-Gesetzgebung anzunähern.

Auch das Agrobusiness und internationale ExpertInnen verweigerten dem noch bis im Frühjahr 2014 diskutierten Entwurf zur Einführung eines Landmarktes ihre Unterstützung, da vorgeschlagen wurde, Pachtverträge auf max. 100.000 Hektar und Landeigentum auf 100 Hektar zu beschränken. Ebenso schließt er nicht-ukrainische Ein-

heiten vom Markt aus (Grytsenko 2012, UCAB 2012:43). Die Frage der Privatisierung von Agrarland steht derzeit einmal mehr, aktuell unter Miteinbeziehung der Bevölkerung in Form von runden Tischen, auf der Agenda. Dabei wird ein Mindestpachtzeitraum angedacht, um Bodendegradierung vorzubeugen. Denn bereits ein Drittel des Landes soll schon von Erosion betroffen sein (SALR 2014). Die laufenden Diskussionen schließen zwar

die völlige Privatisierung von Agrarland aus. Wie auch immer die Entscheidung für oder gegen eine Verlängerung des Moratoriums ausfallen wird: falls die Unterstützung kleinstrukturierter landwirtschaftlicher Betriebe zugunsten der Agrarindustrie weiterhin ausbleibt, wird auch die fortschreitende Konzentration an Land – egal ob unter Pacht oder Kaufvertrag stehend – kein Ende haben.

\* Dies ist eine übersetzte und aktualisierte Fassung der ursprünglichen Version des Artikels *Land Grabs in the Black Earth. Ukrainian Oligarchs and International Investors*, in: Franco, Jennifer C./Borras Jr., Saturnino M. (Hg.): *Land concentration, land grabbing and people's struggles in Europe*, o.O. 2013, 216-222.

## LITERATUR

AG CHAT, George Rohr in *Agriculture Global Investments*. 2011. Online verfügbar unter: [http://www.iirusa.com/upload/wysiwyg/New%20Media/Ag20\\_P2GeorgeRohr.pdf](http://www.iirusa.com/upload/wysiwyg/New%20Media/Ag20_P2GeorgeRohr.pdf) [31. Jänner 2013].

AGROGENERATION, Front Page of corporate website. 2012. Online verfügbar unter: <http://www.agrogeneration.com/index.php?lang=en> [31. Jänner 2013].

AGRIMONEY, How to make a "global top player" in farming, the Alpcot way, 21. Dezember 2011. Online verfügbar unter: <http://www.agrimoney.com/feature/how-to-make-a-global-top-player-in-farming-the-alpcot-way--127.html> [31. Jänner 2013].

J. ALLINA-PISANO, Sub rosa resistance and the politics of economic reform: land redistribution in post-Soviet Ukraine, in: *World Politics* 56 (2004) 4, 554-581.

J. ALLINA-PISANO, *The Post-Soviet Potemkin Village: Politics and Property Rights in the Black Earth*. Cambridge: Cambridge University Press 2008.

S.M. BORRASJR. /J.C. FRANCO/S. GÓMEZ/C. KAY/M. SPOOR, Land grabbing in Latin America and the Caribbean, in: *Journal of Peasant Studies* 39 (2012) 3-4, 845-872.

U. BRAND, Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik, Web-dossier for the Heinrich Böll Foundation. Berlin, 29. November 2009. Online verfügbar unter: [http://www.boell.de/downloads/internationalepolitik/multiple\\_krisen\\_u\\_brand\\_1.pdf](http://www.boell.de/downloads/internationalepolitik/multiple_krisen_u_brand_1.pdf) [31. Jänner 2013].

A. BYCHENKO, Permit to sell agricultural lands will not help small and medium land owners, 23. April 2012. Online verfügbar unter: [http://www.razumkov.org.ua/eng/expert.php?news\\_id=3434](http://www.razumkov.org.ua/eng/expert.php?news_id=3434) [31. Jänner 2013].

S. CHAKRABARTI/J.G. DA SILVA, Hungry for Investment: The private sector can drive agricultural development in countries that need it most, in: *Wall Street Journal*, 6. September 2012. Online verfügbar unter: <http://online.wsj.com/article/SB10000872396390443686004577633080190871456.html#> [31. Jänner 2013].

S.I. DEMYANENKO, *Agroholdings in Ukraine: Good or Bad? German-Ukrainian Policy Dialogue in Agriculture Institute for Economic Research and Policy Consulting (Hg.), Policy Paper Series AgPP No 21*, 2008. Online verfügbar unter: [http://www.apd-ukraine.de/download/policy\\_papers/2008/AgPP\\_21\\_Eng.pdf](http://www.apd-ukraine.de/download/policy_papers/2008/AgPP_21_Eng.pdf) [31. Jänner 2013].

EBRD/FAO, *Fighting food inflation through sustainable investment*. 2008. Online verfügbar unter: <http://www.fao.org/newsroom/common/ecg/1000808/en/FAOEBRD.pdf> [31. Jänner 2013].

EBRD, *Ukraine – Factsheet*. 2011. Online verfügbar unter: <http://www.ebrd.com/downloads/research/factsheets/ukraine.pdf> [31. Jänner 2013].

FAOSTAT, *FAO Statistical Database*. Rome: FAO, 2012. Online verfügbar unter: <http://faostat.fao.org/site/573/default.aspx#ancor> [31. Jänner 2013].

GRAIN, *Pension Funds Table*. 2012. Online verfügbar unter: <http://www.grain.org/article/entries/4287-pension-funds-key-players-in-the-global-farmland-grab> [31. Jänner 2013].

O. GRYTSENKO, Investments on hold as farmland battle intensifies, *Kyiv Post*, 8. März 2012. Online verfügbar unter: <http://www.kyivpost.com/content/business/investments-on-hold-as-farmland-battle-intensifies-123941.html> [31. Jänner 2013].

INTERFAX-UKRAINE, EBRD decides to lend \$60 million to Germany's Toepfer for operations in Ukraine, *Kyiv Post*, 24. Juli 2012a. Online verfügbar unter: <http://www.kyivpost.com/content/business/ebrd-decides-to-lend-60-m-to-germanys-toepfer-for--310434.html> [31. Jänner 2013].

INTERFAX-UKRAINE, Agriculture ministry to spend half of China's \$3 billion loan on irrigation, *Kyiv Post*, 21. Dezember 2012b. Online verfügbar unter: <http://www.kyivpost.com/content/business/agriculture-ministry-to-spend-half-of-chinas-3-billion-loan-on-irrigation-317990.html> [31. Jänner 2013].

- INVEST UKRAINE, Agriculture – industryoverview. 2011. Online verfügbar unter: [http://investukraine.com/wp-content/uploads/2011/10/Agri\\_www.pdf](http://investukraine.com/wp-content/uploads/2011/10/Agri_www.pdf) [31. Jänner 2013].
- J. JAROSZEWSKA, Ukraine und Russland – Landwirtschaft im Umbruch, dzz 4: 20–21, 2011. Online verfügbar unter: <http://www.vsz.de/contenido/cms/upload/DZZ/2011/2011-04/2011-04-Seite-20-21.pdf> [31. Jänner 2013].
- O. KUCHER, Ukrainian Agriculture and Agri-Environmental Concern, in: Institute for Sustainable Economic Development of the University of Natural Resources and Applied Life Sciences Vienna (Hg.), Discussion Paper DP-24-2007, 2007. Online verfügbar unter: [http://www.boku.ac.at/wpr/wpr\\_dp/DP-24-2007.pdf](http://www.boku.ac.at/wpr/wpr_dp/DP-24-2007.pdf) [31. Jänner 2013].
- LATIFUNDIST, Топ 100 латифундистов України 2014 [Top 100 latifundistov Ukrainy 2014]. 2014. Online verfügbar unter: <http://latifundist.com/rating/top100#80> [27. Juli 2014].
- LATIFUNDIST, Infographics. 2012. Online verfügbar unter: <http://latifundist.com/infographics> [31. Jänner 2013].
- LATIFUNDIST, Ктотакойлатифундист? [Ktotakojlatifundist?]. O.J. Online verfügbar unter: <http://latifundist.com/kto-takoy-latifundist> [31. Jänner 2013].
- N. MAMONOVA, Challenging the dominant assumptions about peasants' responses to land grabbing: a study of diverse political reactions from below on the example of Ukraine. 2012. Online verfügbar unter: <http://www.cornell-landproject.org/download/landgrab2012papers/mamonova.pdf> [31. Jänner 2013].
- MINISTRY OF AGRICULTURE AND FOOD POLICY OF UKRAINE, The development strategy of Ukraine's agricultural sector to 2015 and 2020. Internal ministerial document. 2012. Online verfügbar unter: [http://www.uaan.gov.ua/sites/default/files/strateg\\_do\\_2020r.pdf](http://www.uaan.gov.ua/sites/default/files/strateg_do_2020r.pdf) [31. Jänner 2013].
- OECD, Agricultural Policies in Emerging Economies. 2009. Online verfügbar unter: [http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/agriculture-and-food/agricultural-policies-in-emerging-economies-2009\\_agr\\_emerging-2009-en](http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/agriculture-and-food/agricultural-policies-in-emerging-economies-2009_agr_emerging-2009-en) [31. Jänner 2013].
- Y. OGARENKO/O. NIVIEVSKYI, EU Biofuels Policy: Repercussions on Ukraine, in German-Ukrainian Agricultural Policy Dialogue (Hg.), Agri-Food Policy Review, Issue 3 (2012). Online verfügbar unter: [http://www.apd-ukraine.de/download/agri\\_food\\_policy\\_review/2012/APD\\_AFPR\\_2012\\_03\\_en.pdf](http://www.apd-ukraine.de/download/agri_food_policy_review/2012/APD_AFPR_2012_03_en.pdf) [31. Jänner 2013].
- J. PARUSINSKI, Experts: New Ukraine-Cyprus deal still leaves lots of loopholes for tax evasion, Kyiv Post, 15. November 2012. Online verfügbar unter: <http://www.kyivpost.com/content/business/experts-new-ukraine-cyprus-deal-still-leaves-lots-of-loopholes-for-tax-evasion-316187.html> [31. Jänner 2013].
- G. SAUER, Entwicklungsperspektiven der Agrar- und Ernährungswirtschaft in der Ukraine, Ukraine-Analysen 71 (2010) 2-6. Online verfügbar unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen71.pdf> [31. Jänner 2013].
- M. SPOOR, Paper presented at IAMO Conference 'Land Use in Transition: Potentials and Solutions between Abandonment and Land Grabbing', 29. Juni 2012. Online verfügbar unter: available at: <http://maxspoor.com/2012/06/29/iamo-conference-land-in-transition-potentials-and-solutions-between-abandonment-and-land-grabbing/> [31. Jänner 2013].
- SALR, The State Agency for Land Resource of Ukraine. Official Website. News 2014. Online verfügbar unter: <http://land.gov.ua/en/> [22. September 2014].
- STATE STATISTICS SERVICE OF UKRAINE, Agriculture of Ukraine. Statistical Yearbook 2010. Kyiv 2011.
- H. STRUBENHOFF, Fällt das Moratorium auf den Kauf landwirtschaftlicher Flächen?, in: GIUCCI, RICHARD/R. KIRCHNER (Hg.), Newsletter der Deutschen Beratergruppe, Ausgabe 31 (2011). Online verfügbar unter: [http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/Newsletter/2011/Newsletter\\_31\\_2011%20Deutsche%20Beratergruppe.pdf?PHPSESSID=71c7.6a37a7aa5e2c367ce29311d72597](http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/Newsletter/2011/Newsletter_31_2011%20Deutsche%20Beratergruppe.pdf?PHPSESSID=71c7.6a37a7aa5e2c367ce29311d72597) [31. Jänner 2013].
- UCAB, Doing Agribusiness in Ukraine. 2014. Online verfügbar unter: [http://ucab.ua/files/Survey/Doing/Doing\\_2014\\_deutsch\\_web.pdf](http://ucab.ua/files/Survey/Doing/Doing_2014_deutsch_web.pdf) [22. September 2014].
- UCAB, Doing Agribusiness in Ukraine. 2012. Online verfügbar unter: <http://agribusiness.kiev.ua/en/service/studies/1342613902/> [31. Jänner 2013].
- UKRAINEBUSINESS INSIGHT, Agri IPOs – forecast to resume, 7 (2012) 8-10. Online verfügbar unter: <http://www.ukrainebusinessinsight.com/magazine> [31. Jänner 2013].
- UN.UA, Rada extends moratorium on sale of agricultural land until 2016, 20. November 2012. Online verfügbar unter: <http://un.ua/eng/article/421649.html> [31. Jänner 2013].
- A. USOV, EBRD pledges more resources to primary agriculture development in Ukraine, 15. November 2011. Online verfügbar unter: <http://www.ebrd.com/pages/news/press/2011/111115a.shtml> [31. Jänner 2013].
- WNU, Ukraine, China Intensify Cooperation, 15. Jänner 2013. Online verfügbar unter: <http://wnu-ukraine.com/news/economy-business/?id=2587> [31. Jänner 2013].
- R. ZINKOV, New large-scale landlord in Ukraine, APK-Inform, 14. Februar 2011. Online verfügbar unter: <http://www.apk-inform.com/en/exclusive/topic/104143#.UPxCH80y40w> [31. Jänner 2013].
- ZN.UA, Українаодолжит у Китаємлрдпод 6% на 15 летнаразвитие АПК [Ukrainaodolžit u Kitajamlrd pod 6% na 15 let narazvitie APK], 2. Juli 2013. Online verfügbar unter: [http://zn.ua/ECONOMICS/ukraina\\_odolzhit\\_u\\_kitaya\\_3\\_mlrld\\_pod\\_6\\_na\\_15\\_let\\_na\\_razvitie\\_apk.html](http://zn.ua/ECONOMICS/ukraina_odolzhit_u_kitaya_3_mlrld_pod_6_na_15_let_na_razvitie_apk.html) [31. Jänner 2013].

## Landgrabbing und die Grenzen des fossilen Systems

Landgrabbing dient der Aneignung von landgebundenen, agrarischen Ressourcen. Wir fragen im folgenden Artikel nach der strategischen Bedeutung dieser Aneignung vor dem Hintergrund eines drastischen Wechsels der Ressourcenbasis von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern und Stoffen, der den modernen Gesellschaften unmittelbar bevorsteht.

Die gegenwärtige gesellschaftliche Situation kann als eine Vielfachkrise bezeichnet werden. Sie unterscheidet sich von den Krisen der 1980er und 1990er Jahre durch ein komplexes Zusammenwirken verschiedener Krisendiskurse und -tendenzen. Diese reichen von der Ökologie in den Fragen beispielsweise der Klimastabilität und Energieversorgung über die Ökonomie bis zum sozialen Zusammenhalt. Im Zuge dessen ist auch die politische Stabilität ganzer Regionen in krisenhafte Entwicklungen geraten. Die allgemeine Zunahme sozialer Unruhe äußert sich parallel zu diesen sich vertiefenden Krisendynamiken seit etwa 2008 beispielsweise in global immer häufigeren *riots*. Dieser Beitrag ist ein Versuch, erstens den globalen und grundsätzlichen Charakter dieser Vielfachkrise hervorzuheben und zweitens die zentrale Rolle von Landgrabbing in diesem Kontext zu beleuchten.

Kurz gefasst ist unsere erste These, dass die Vielfachkrise längerfristig von der Verknappung von fossilen Ressourcen bestimmt werden wird, und neben anderen Faktoren bereits durch eine solche Verknappung mit ausgelöst worden ist. Die

zweite These besagt, dass nach dem Ende der billigen, scheinbar grenzenlos verfügbaren und technisch hochwertigen fossilen Ressourcen, allen voran des Erdöls, der Zugang zu Land von entscheidender Bedeutung ist. Landgrabbing erweist sich in dieser Perspektive als eine wichtige, längerfristige Weichenstellung für den Übergang in eine Ökonomie auf der Grundlage von Biomasse, die eine immer wichtigere Rolle spielen wird.

### Dynamik der Profitrate

Wir leben in einer von der kapitalistischen Produktionsweise dominierten Gesellschaft. Sie beruht auf massenhafter Lohnarbeit und richtet sich, getrieben durch die Konkurrenz am Markt, auf die Maximierung des Profits aus. Für ein allgemeines Verständnis einiger in unserem Beitrag wichtiger Aspekte erweist sich eine Betrachtung des Verlaufs der gesamtgesellschaftlichen Profitrate als wesentlich. Diese Größe beschreibt das Verhältnis zwischen Ausgaben und dem Profit des in einer Volkswirtschaft engagierten Kapitals. Sie erfuhr in den weltwirtschaftlich bedeutendsten Ländern seit den 1980er Jahren, nach einem prolongierten Fall ab dem Ende der 1960er Jahre, einen starken Aufwärtstrend, der nur temporär durch krisenhafte Einbrüche gekennzeichnet war.

Die Profitrate wird, vereinfacht gesagt, zum einen durch soziale Kämpfe beeinflusst, die sich auf den Preis der Ware Arbeitskraft (Lohnhöhe) und die Arbeitsdichte auswir-

ken, zum anderen durch die technologische Entwicklung, die zu einer Erhöhung der Produktivität führt, und zum dritten durch den Preis von Rohstoffen, der auch den Preis der Maschinerien und Infrastrukturen beeinflusst.

Während es den neoliberal inspirierten Politiken seit den 1980er Jahren gelungen war, die Lohnkosten zu deckeln und die Arbeitsdichte zu erhöhen, blieb der Produktivitätsfortschritt moderat. Der Preis von Erdöl, der wichtigste Energieträger des gegenwärtigen Systems der Energieversorgung, konnte nach einer von Preisauftrieben gekennzeichneten Dynamik in den 1970er Jahren erneut gesenkt werden – eine Grundvoraussetzung der bislang auf fossile Ressourcen angewiesenen kapitalistischen Produktionsweise. Auch andere Rohstoffe konnten verbilligt oder billig gehalten werden – und nicht zuletzt die Preise der Lebensmittel, die von den Lohnabhängigen konsumiert werden, verblieben durch Strategien exportorientierter und industrieller Landwirtschaft auf einem relativ niedrigen Niveau.

Es konnte theoretisch abgeleitet und an Beispielen (USA, Japan, Deutschland) belegt werden, dass der von ÖkonomInnen in der Regel der Innovationskraft zugeordnete Produktivitätszuwachs im Wesentlichen auf der Substitution von menschlicher Arbeit durch Maschinen („technische Arbeit“) beruhte und eng mit dem steigenden Einsatz fossiler Energieträger in der jeweiligen Volkswirtschaft korreliert. Schon diese allgemeine historische Analyse legt den Umkehrschluss nahe, dass eine stagnierende oder gar rückläufige Verfügbarkeit von Erdöl eine entsprechende Rückwirkung auf die Produktivität, Profitrate und das wirtschaftliche Wachstum bedingen wird, wenn es nicht durch die adäquate Steigerung etwa des Arbeitseinsatzes ausgeglichen werden kann. Letzteres erscheint aus heutiger Sicht wenig wahrscheinlich.

## Inflation der Rohstoffpreise und Peak Oil

Die Preissituation veränderte sich in den letzten Jahren drastisch. Schon vor 2008 kam es zu einem Aufwärtstrend der Preise wichtiger Rohstoffe. Aber auch Lebensmittel wurden teurer, nicht zuletzt durch die steigenden Preise von Inputs für die industrielle Landwirtschaft (Treibstoff, Pestizide, Düngemittel). Diese Veränderungen trugen erheblich zur Destabilisierung der kapitalistischen Ökonomie seit ca. 2005 bei und zu einem Fall der gesamtgesellschaftlichen Profitrate. Als ein entscheidender Preistreiber fungierte dabei das Erdöl, mit dessen Preisentwicklung die von Erdgas in hohem Maße gekoppelt ist.

Nicht zufällig verbreiteten sich parallel zu diesen Krisenerscheinungen und der massiven Instabilität der Weltökonomie im Zuge der Finanzkrise von 2008 Diskurse des Post-Wachstums, alternativer Wohlstandsindikatoren und einer Green Economy, die auf erneuerbaren Ressourcen beruht. In Nischen der gesellschaftlichen Debatte, seither jedoch in fortschreitend breiteren Kreisen, verstärkte sich auch der Peak Oil-Diskurs. Peak Oil bezeichnet dabei den Höhepunkt der weltweiten Erdölförderung, den nicht wenige unabhängige ExpertInnen, aber immer wieder auch Stimmen aus der Erdölindustrie und politischen Kreisen für nahe oder bereits erreicht halten.

Peak Oil und entsprechende Erwartungen mit Bezug auf Erdgas – und vielleicht etwas länger in der Zukunft verortet für fossile Kohle – bezeichnen ein fundamentales Krisenpotenzial für die kapitalistische Produktionsweise und für die moderne Infrastruktur, wie wir sie kennen. Denn fossile Energieträger, allen voran das Erdöl, zeichnen sich durch überlegene technische Eigenschaften aus. Erdöl ist leicht zu transportieren, weil es in flüssiger Form eine hohe Energiedichte aufweist, hatte den längs-

ten Teil der Fördergeschichte über einen sehr hohen Ertrag an Energie pro Energieeinheit, die zu seiner Gewinnung eingesetzt werden musste, ist leicht und lange lagerfähig, und bildet zusammen mit Erdgas den wichtigsten Rohstoff in der chemischen Industrie.

Die Umstellung des Ressourcensystems auf erneuerbare Energieträger ist zwar in längerer Frist unvermeidlich, allerdings mit größeren technischen Herausforderungen und Limitierungen verbunden. Doch prägten die wesentlichen Eigenschaften von Erdöl die Basisinfrastrukturen von Energiewirtschaft und Verkehrswesen: die hohe Energiedichte, eine Voraussetzung für die Beschleunigung des Personen- und Warentransports mit entsprechenden Konsequenzen; und andererseits die Qualität als Speichermedium neben anderen fossilen Energieträgern. Diese letztere Eigenschaft ermöglichte die zeitliche Entkopplung von Energienachfrage und -angebot. Sowohl die bestehende Form von Energiewirtschaft als auch das Verkehrswesen sind auf diese Eigenschaften hin zugeschnitten und dahingehend optimiert.

Dies stellt kein grundlegendes Problem für den Einsatz regenerativer Energien dar, denn die technischen und sozialen Strukturen der Nutzung können an die spezifischen Eigenschaften von Energieträgern angepasst werden. Doch machen sie diese Spezifikation bislang und möglicherweise auch grundsätzlich für die kapitalistische Produktionsweise weniger attraktiv als die fossilen Ressourcen. Dieser Umstand kann deren lange Beharrungskraft wider besseren ökologischen Wissen erklären – auch jenseits der Trägheit institutioneller Strukturen, die mit der Gewinnung, Nutzung und dem Verkauf von fossilen Ressourcen verbunden sind.

Allerdings gibt es ein weiteres Moment struktureller Trägheit, das die Energie- und Rohstoffwende allgemein „belastet“. Weil die gesamte Infrastruktur der Gesellschaft und

des Wirtschaftssystems auf fossilen Ressourcen direkt oder indirekt beruht, sind auch die damit verbundenen Kapitalinvestitionen an den fortlaufenden Nachschub (billiger) fossiler Ressourcen gekoppelt. Werden fossilbasierte Infrastrukturen vor ihrer Abschreibungsperiode ersetzt, so ist auch das darin investierte Kapital zumindest teilweise verloren und Profiterwartungen können erheblich beeinträchtigt werden. Diese „sunken costs“ sind ein wesentlicher, der Ökonomie des Kapitalismus inhärenter Grund für die häufig thematisierte „Pfadabhängigkeit“ der Entwicklung des Energiesystems. Die dominanten, von machtvollen Akteuren inzwischen teilweise verfolgten Strategien zur Energiewende versuchen daher die erneuerbaren Energieträger soweit wie möglich in die bestehenden Strukturen des fossilen Energiesystems einzufügen.

Dennoch stellt Peak Oil einen Strukturbruch ohne historischen Vergleich dar, zumal alle gesellschaftlichen Infrastrukturen, die sozialen Erwartungen und Normen an den Verbrauch von großen und steigenden Mengen billigen Erdöls (und anderer fossiler Ressourcen) gebunden sind. Nach dem Erreichen von Peak Oil, der ein mehr oder weniger lang hinausgezogenes Förderplateau ohne weitere Produktionssteigerungen an Erdöl darstellen kann, sinkt die Erdölförderung im Schnitt, während die Investitionskosten und der technologische Aufwand für die Aufrechterhaltung der Förderquoten zunehmen. Dies bedingt einen wachsenden Energieeinsatz, womit der Netto-Energieertrag abnimmt. Zugleich verschlechtern sich die Bedingungen für einen gesellschaftlich sinnvollen Umgang mit der dadurch induzierten Krise des Profits und des Kapitalwachstums bzw. Wirtschaftswachstums, was weitere soziale und politische Krisen nach sich zieht. Denn der rasche und großdimensionierte Aufbau von erneuerbaren Ressourcensystemen hängt in einer von fossilen Ressourcen abhängigen

Gesellschaft bis auf Weiteres ebenfalls von günstigen und ausreichend verfügbaren fossilen Ressourcen sowie wirtschaftlichem Wachstum ab.

Einen kleinen Ausschnitt dieses Zusammenspiels kann man am Beispiel von Firmen wie ExxonMobil, Shell oder BP analysieren. Die Ausgaben für Förderung und Exploration sind seit dem Jahr 2000 um den Faktor Fünf gestiegen. Fracking, Tiefseeförderung sowie Material- und Technologiekostenanstiege sind die Treiber. Davon unbeeindruckt ging deren Ölförderung gegenüber 2003 bereits um 20 Prozent zurück. Doch Großaktionäre wie Rentenfonds sind auf entsprechende Erträge angewiesen. Sie drängen folglich bereits auf eine Reduktion der Investitionen. Dies wird in der Konsequenz den Förderrückgang beschleunigen, was wiederum die finanziellen Probleme der Firmen verschärfen wird, wenn die Preise nicht entsprechend ansteigen. Infolge solcher Dynamiken steht die Gesellschaft vor dem Dilemma, entweder steigende Energiekosten zu akzeptieren oder andernfalls sinkende Erträge aus dem Öl- und Gasgeschäft, die beispielsweise über die Aktionärsverflechtung in der Folge ihre Auswirkungen in der Gesellschaft zeigen würden. Zudem zwingen steigende Schulden die Firmen gerade auch in Zeiten eines Preisverfalls in eigentlich unrentable Förderkonstellationen, um wenigstens den Cash-Flow zur Zins- und Tilgungszahlung zu sichern.

Diese Problemdimensionen sind zwar keineswegs allgemein bekannt, allerdings seit geraumer Zeit in diskursiven Nischen, mitunter aber auch in offiziellen Berichten (etwa des US Energy Department) behandelt worden. Seit einigen Jahren findet sich auch eine wachsende Zahl von wissenschaftlichen Publikationen in begutachteten Zeitschriften zu dieser Thematik. Es besteht also die Hoffnung – und manche Äußerungen aus der Erdölbranche und politischen Kreisen deuten darauf hin –, dass die Sorge um eine ver-

schlechterte Erdölversorgung auch die verstärkte Bemühung um den Aufbau eines erneuerbaren Energiesystems antreibt, eine Hoffnung, der freilich die Konkurrenzsituation zu den Investitionen der großen Energieversorger mit ihrem Kraftwerkspark entgegensteht.

Doch nicht nur die Hypothese eines bereits erreichten oder nahenden Peak Oil vermag die allgemeine Sorge um die Energiesicherheit zu erklären. Auch politische Instabilitäten können die Versorgung mit fossilen Ressourcen gefährden. Jedenfalls ist deren Preisanstieg in den letzten Jahren in einer kapitalistischen Ökonomie tendenziell schon „Argument“ genug, um sich nach längerfristigen Alternativen umzusehen. Auch wenn dieser aus strukturellen Gründen äußerst kurzfristige Entscheidungshorizont eine sozial und ökologisch verträgliche Energie- und Ressourcenwende erheblich erschweren kann – und im Rahmen kapitalistischen Wirtschaftens grundsätzlich nicht möglich ist.

### **Die lange Frist: vom Land zum Erdöl und retour**

Die welthistorische Bedeutung der geologischen Limitierung fossiler Ressourcen – unabhängig vom genauen Zeitpunkt ihres Eintretens im Sinn fossiler Förderpeaks – erschließt sich erst, wenn man den Blick auf die Epochen vor der fossilen Ära zurückwendet. Denn die menschliche Gesellschaft hing bis vor einigen Jahrzehnten, das heißt in ihrem überwältigenden Teil, von der Nutzung der Biomasse ab.

Land war die wichtigste Ressourcengrundlage und dies galt noch für die ersten Phasen der industriellen und kapitalistischen Entwicklung. Die Holzkrise der Neuzeit markiert daher auch einen von mehreren Faktoren, der zur Etablierung des fossilen Systems geführt hat und die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise materiell überhaupt erst möglich machte.

Was im konkurrenzbedingten Motiv der Profitmaximierung allen Wirtschaftens und in der scheinbar unbeschränkten Steigerungsfähigkeit der Produktion von Profit als inhaltsleerem „Überschuss“ an Geld über die Investitionskosten schon sozial angelegt ist, kann sich erst auf einer spezifischen Ressourcenbasis umsetzen. Eine Antwort auf die Frage, ob es eine moderne kapitalistische Entwicklung – oder diese überhaupt – je gegeben hätte, wären die fossilen Ressourcen nicht erschlossen worden, muss notwendig spekulativ bleiben. Doch spricht immerhin einiges dafür, dass ohne diese Ressourcen der Verlauf der modernen Geschichtsepoche einen anderen Charakter genommen hätte.

Mit größerer Bestimmtheit allerdings lässt sich sagen, dass nach dem Ende der leichten und fortlaufend steigerungsfähigen Versorgung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und seiner gesellschaftlichen Infrastruktur mit billigen und technisch hochwertigen fossilen Ressourcen eine „Rückkehr zum Land“ als der ersten und historisch wichtigsten Ressourcenbasis zu erwarten ist.

Diese „Rückkehr zum Land“ äußert sich einerseits in der steigenden Nachfrage nach Biomasse für energetische und materielle Zwecke. Biomasse ist relativ gut lagerfähig und hat folglich gegenüber anderen erneuerbaren Energieträgern einen wichtigen Vorteil, der sie dem Erdöl zumindest unter diesem Gesichtspunkt annähernd vergleichbar macht. Sie ist auch gut transportierbar, wenn sie in flüssige Treibstoffe umgesetzt wird, wie dies in Form von Agrofuels geschieht.

Sie sollen das fossile Verkehrssystem – insbesondere den Flug- und Schwerlastverkehr – unter Nutzung einer erneuerbaren Ressource vorderhand fortschreiben. Weil die diesem System inhärenten Problematiken des Flächen- und Rohstoffverbrauchs sowie des exorbitanten Energieverbrauchs auf diese Weise bestehen bleiben, führt auch die Energiewende nicht notwen-

dig zu einer sozial und ökologisch verträglicheren Infrastruktur. Sie transponiert die ressourcenintensiven Praktiken des fossilen, kapitalistisch betriebenen infrastrukturellen Systems zunächst einmal bloß auf neue Felder der Ressourcengewinnung und -nutzung. Agrofuels der zweiten Generation dagegen erfordern einen hohen infrastrukturellen Aufwand. Sie scheinen am ehesten ein dem fossilen Verkehrswesen ähnliches System zu ermöglichen.

Andererseits kommt es zu einem Ausbau weiterer erneuerbarer Energieträger, von der Wasserkraft über Photovoltaik bis hin zu Windkraft und einigen anderen. Solarenergienutzung an dem – von den Eigenschaften der Agrofuels aus gesehen – entgegengesetzten Ende der Skala ist eine bis in die kleinsten Dimensionen skalierbare Technologie, die in Erzeugung und Anwendung die breiteste Palette der Autarkie mit der geringsten Investitionsschwelle für einzelne Akteure aufweist. Damit beinhaltet sie ein maximales Konkurrenzpotenzial zum fossil geprägten Kapitalismus. Alle diese Energietechnologien sind in höherem Maße landgebunden und flächenintensiv als es die punktuell konzentrierte Förderung fossiler Ressourcen, insbesondere von Erdöl, darstellt. Hinzu kommt der Aspekt der im Schnitt höheren Metallintensität erneuerbarer Energietechnologien, die zu entsprechender Ausweitung von Bergbau und seines direkten und – über Umweltverschmutzungen – indirekten Flächenverbrauchs führt. Doch soll dieser Aspekt hier nicht das Thema sein.

Eingehender ist hingegen der generelle Wechsel zu einer tendenziell viel stärker von Biomasse geprägten Ressourcenbasis zu beleuchten, die eine wesentliche Antriebskraft von Landgrabbing und ein Schlüsselmoment der strategischen Bedeutung der Aneignung von Land im Zuge des Landgrabbing bildet. Rolf Peter Sieferle hat in einem bekannten Werk aus den 1980er Jahren die fossile Kohle als einen „unterirdischen

Wald“ beschrieben, dessen Nutzung erst die Holzkrise der Neuzeit lösen konnte und damit, wie skizziert, der sozio-ökonomischen Profit- und Wachstumslogik des Kapitalismus zum Durchbruch verhalf.

Der einsetzende Wechsel zur Ressource Land findet heute jedoch unter gänzlich veränderten Bedingungen statt, sodass nicht eine bloße Rückkehr zum Land zu erwarten ist, sondern eine höchst problembehaftete Transformation kapitalistischer Ressourcennutzung auf eine technisch anders geartete materielle Basis. Erstens ist der Energiebedarf seit der neuzeitlichen, erst keimhaft entwickelten industriell-kapitalistischen Produktionsweise über die Jahrzehnte in kaum vorstellbarem Maße angewachsen. Zweitens treffen nun auch weitere, entsprechend gewachsene Bedarfe auf eine grundsätzlich begrenzte Landfläche, neben dem Bergbau und touristischen Nutzungen auch die fortschreitende Versiegelung für die Urbanisierung und die Nachfrage nach neuen Materialien aus Biomasse.

Zwar konnte auch die Produktivität der Landwirtschaft im Verlauf der letzten Jahrzehnte erheblich gesteigert werden. Doch hängt diese wiederum vorderhand einmal vom fossilen Ressourcensystem ab: durch den Einsatz petrochemisch hergestellter Produktionsmittel (Dünger, Pestizide), ein globales Handelswesen und treibstoffintensive Maschinerie zur Bodenbearbeitung und für Bewässerungsanlagen. Zudem steht zu befürchten, dass sich zumindest regionsweise der vom fossilen System initiierte Klimawandel negativ auf die agrarische Produktivität auswirken wird. Dieser Klimawandel wird übrigens zu einem erheblichen Teil selbst durch die Technologien der fossilbasierten Landwirtschaft hervorgerufen.

### **Landgrabbing als Verdichtung der Vielfachkrise**

Die Erforschung von Landgrabbing steht erst am Anfang. Paral-

lel zu einer sehr raschen Dynamik von Landaneignungen wurden Datenbanken zur Erfassung von Medienberichten aufgebaut, aus der sich erste Hinweise auf die empirische Entwicklung des Phänomens ableiten ließen. Fact Finding Missions von NGOs, aber auch eingehendere Fallstudien liegen inzwischen vor und zeigen ein heterogenes Bild mit einigen offenen Fragen.

Davon abgesehen dürfte sich jedoch sicher sagen lassen, dass sich seit etwa 2008, allerdings mit einem Vorlauf schon in den Jahren davor, eine historisch neue Dimension von Landaneignungen abzeichnet. Diese umfasst verschiedene Formen, von der illegalen Vertreibung der bisherigen NutzerInnen über legale Enteignungen bis hin zu Deals mit lokalen Gemeinschaften. Diese sind häufig intransparent und nutzen die erheblichen Macht- und Informationsungleichgewichte zwischen Investoren und der lokalen Bevölkerung zugunsten von Profitinteressen aus. Auch die Akteure sind sehr unterschiedlich, von transnationalen Investoren wie Pensionsfonds oder Agrokonzernen über lokale politische Eliten bis hin zu kleineren Firmen oder wohlhabenderen Landwirten.

Im Folgenden soll der Blick nicht auf diese soziale Dynamik gelegt werden, sondern mehr auf die Motive der Landaneignung, die auf ein gesteigertes Interesse an der Nutzung von Land schließen lassen. Auch hier ist freilich eine analytische Vorsicht geboten. Zum Einen folgt ein erheblicher Teil der Landaneignungen offenbar zunächst einmal spekulativen Interessen, weshalb mit der Aneignung selbst nicht unbedingt ein Investment vor Ort korrespondieren muss, das Ziel einer möglichen Produktion also vorderhand gar nicht festgelegt erscheint. Zweitens sind gerade im Bereich landwirtschaftlicher Nutzungen die möglichen Produktionsziele relativ flexibel. Ein wichtiger Aspekt ist dabei der Einsatz von „flexicrops“, das heißt von Nutz-

pflanzen, die sowohl als Nahrungsmittel als auch zur Produktion von Agrofuels eingesetzt werden können wie etwa im Fall von Mais.

Allerdings sind solche Unsicherheiten auf der Ebene eines Verständnisses der allgemeinen politischen und ökonomischen Bedeutung von Landgrabbing wiederum weniger von Gewicht. Denn auch im spekulativen Interesse zeigt sich eine gesteigerte Rolle von Zugang zu Land für profitorientierte Akteure.

Einer Datenbank von Landaneignungen zufolge, die die International Land Coalition aufgebaut hat, fortlaufend aktualisiert und kritisch reflektiert (siehe <http://landmatrix.org/en/get-the-idea/agricultural-drivers/>, 25.8.2014), zielt der größte Teil der Landaneignungen – etwa 35% aller dokumentierten Deals – auf die Produktion von Agrofuels, gefolgt von flexicrops mit 21% und Nahrungsmitteln mit etwa 11%. Eine frühere Studie der Weltbank kam zu einem ähnlichen Schluss. Schon diese grobe Übersicht legt die zentrale Rolle der Produktion von Agrofuels im Kontext gegenwärtiger Landnahmen nahe, wenngleich diese nicht darauf beschränkt sind.

Die Bedeutung von Landnahmen ist unter den Bedingungen der Vielfachkrise von Ökologie, kapitalistischer Ökonomie und der politischen Stabilität in einigen Regionen als ein komplexes Phänomen zu analysieren. Dabei spielt der langfristig wirksame Faktor einer absoluten Limitierung der Verfügbarkeit fossiler Ressourcen, zusammen mit den Folgewirkungen ihrer bisherigen Nutzung, eine entscheidende Rolle. Diese Rolle kann die politische Bedeutung von Landgrabbing erhellen.

Denn wie eingangs erwähnt, verbindet die doppelte Dynamik von Preisen und physischer Verfügbarkeit der fossilen Ressourcen die Krisenstränge der Ökologie, der Ökonomie und damit vermittelt auch der politischen Stabilität. Die inzwischen deutlich gewordenen Grenzen der weiteren Steigerung des Angebots fossiler Ressourcen – das

trotz erheblichen Preisauftriebs und wachsenden Explorationsbemühungen seit einigen Jahren im Schnitt konstant bleibt – führen zu einem Preisanstieg. Dieser entfaltet eine negative Wirkung auf die Profitrate, die zentrale Steuerungsgröße der kapitalistischen Ökonomie. Der Fall der Profitrate im gesamtgesellschaftlichen Durchschnitt der weltwirtschaftlich führenden Länder ging der Finanzkrise von 2008 voraus und erklärt einen wesentlichen Aspekt der nachfolgenden Krisendynamik der kapitalistischen Ökonomie. Diese erscheint als bloß zeitweilig durch überbordende Staatsschulden kontrolliert, nicht jedoch als gelöst oder auf Dauer stillgestellt. Das Platzen der globalen Immobilienblase auf den Finanzmärkten im Jahr 2008 ist ein direkter ursächlicher Faktor für den „Run auf Land“, indem spekulatives Kapital aus Immobilienanlagen abgezogen beziehungsweise vermehrt in die nun als sicher geltende Anlage in Grund und Boden verschoben worden ist.

Zugleich schlägt sich die inflationierende Wirkung der fossilen Ressourcenpreise auf beispielsweise die Preise von Lebensmitteln nieder – und damit wiederum den Lebensstandard beziehungsweise die Substanzbasis von Lohnabhängigen und allgemeiner noch von verarmten Bevölkerungsgruppen, gerade auch in ländlichen Regionen. Eine Verschlechterung der Versorgungslage insbesondere urbaner Schichten führte in den letzten Jahren neben anderen Faktoren zu erhöhten politischen Spannungen, die sich auf die Stabilität von politischen Systemen auswirken. Die Sicherung der Versorgung mit billigen Nahrungsmitteln wird daher auch zu einer politischen Aufgabe. Dies kann als ein Faktor für den neuen Trend zu sogenanntem Offshore-Farming angesehen werden, das heißt zur Förderung von Nahrungsmittelproduktion für den Import in bestimmte Länder, die nicht über eine ausreichende Eigenproduktion verfügen.

Die Investition in Land erscheint nun insoweit attraktiv, als nicht nur manche alternative Investitionsmöglichkeiten prekär geworden sind, sondern auch die Preise landwirtschaftlicher Produkte, von Lebensmitteln bis hin zu Agrofuels, einen längerfristigen Auftrieb erfahren haben. Der Klimawandel lässt darüber hinaus die frühzeitige Aneignung von Wasserressourcen über den Zugang zu Land als vorteilhaft für künftige Investitionen erscheinen.

Landgrabbing ist so betrachtet als eine Verdichtung verschiedener, miteinander verbundener Krisenstränge der kapitalistischen Gesellschaft zu verstehen und markiert einen Wendepunkt in der Aneignung der materiellen Grundlagen nicht nur des kapitalistischen Wirtschaftens.

Dabei ist wichtig festzuhalten, dass Landgrabbing – das hier etwas vereinfacht und überblicksweise umrissen worden ist – keine koordinierte Gesamtstrategie machtvoller Akteure darstellt. Die Politik und Politikberatung der Weltbank etwa, die durchaus als eine Agentur zur Förderung und Durchsetzung kapitalistischer Interessen in wichtigen Zielregionen von Landgrabbing gelten kann, richtet sich gegen illegale Landnahmen und orientiert sich insgesamt auf einen erleichterten Zugang zu Land für marktwirtschaftliche beziehungsweise kapitalistische Akteure. Dies geschieht wesentlich durch die Formulierung von Gesetzeswerken und die Etablierung von spezifischen Institutionen zur Kommodifizierung, also der Transformation von Grund und Boden in die Form einer Ware, und zum Aufbau eines Bodenmarktes. Auch die im Bereich der Landnahmen tätigen Investoren selbst sind nicht unbedingt, und tatsächlich wohl nur selten, von längerfristigen Überlegungen zur Stabilität der fossilen Ressourcenversorgung geleitet – wenngleich der nicht mehr auf Nischen entsprechender Expertise beschränkte Diskurs von Peak

Oil möglicherweise durchaus einen Faktor für Investitionsentscheidungen darstellt.

Vielmehr handelt es sich bei dem Phänomen der Landnahmen unter dem Blickwinkel der absehbaren oder bereits spürbar werden Grenzen der fossilen Energieversorgung um eine Dynamik, die quasi ‚hinter dem Rücken der Akteure‘ eine für die kapitalistische Produktionsweise strategische Bedeutung erhält. So richten sich zwar einzelne Politiken durchaus explizit auf eine Förderung der Produktion von Agrofuels aus, etwa die Beimischungsziele der EU. Diese stellen eine wichtige Rahmenbedingung

für die Investitionen von Firmen beispielsweise aus dem EU-Raum in afrikanischen Ländern dar. Erst die gesetzlich verankerte Beimischung von Agrofuels hat einen sicheren Markt für Investoren geschaffen, die sich nun ihrer Profitorientierung folgend die entsprechenden Landressourcen aneignen und die Agrofuelproduktion vorantreiben.

Allerdings sind diese Politiken ihrerseits wieder durch verschiedene und nicht auf eine bewusste Reflexion der Grenzen des fossilen Energieregimes engzuführende Motive erklärbar. Im Fall der EU-Beimischungspolitik etwa wird die Sorge um die Klimastabilität als eine Legi-

timierung angeführt, die den Einsatz von (ökologisch tatsächlich in der Gesamtbilanz und unter gegebenen Bedingungen fragwürdigen) Agrofuels begründen soll. Auch dem Aspekt der Versorgungssicherheit soll durch eine dadurch erhoffte Diversifizierung der Treibstoffquellen Rechnung getragen werden.

In der langen historischen Frist einer Koppelung von Ressourcenbasis und Wirtschaftsweise aber kann die Dynamik der Landnahmen als eine wichtige Weichenstellung hin zu einer „Green Economy“ gelten, die unter kapitalistischen Bedingungen äußerst problematische Auswirkungen entfaltet.

---

## LITERATUR

E. ALTVATER, *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen: Eine radikale Kapitalismuskritik*. Münster 2005.

A. EXNER/P. FLEISSNER/L. KRANZL/W. ZITTEL, *Land and Resource Scarcity. Capitalism, Struggle and Well-being in a World without Fossil Fuels*. London-New York 2013.

A. EXNER/P. FLEISSNER/L. KRANZL/W. ZITTEL, *Kämpfe um Land. Gutes Leben im post-fossilen Zeitalter*. Wien 2011.

R.P. SIEFERLE, *Der unterirdische Wald. Energiekrise und industrielle Revolution*. München 1982.

### Wichtige Websites:

<http://energywatchgroup.org/>

<http://landmatrix.org/en/>

---

Heinrich Ammerer

## Wem gehört die Welt?

### Landgrabbing als Thema des Politikunterrichts

Kaum ein globales politisches Thema wird ähnlich klar (ablehnend) bewertet wie die transnationale Landaneignung durch Unternehmen oder potente Staaten. Dies zeigt sich bereits am Begriff „Landgrabbing“, der bisweilen auch als „Landraub“ übersetzt wird. Der kolonialistische und imperialistische Schatten der europäischen Geschichte fällt bei diesem Thema besonders weit, und so drängen sich vor das innere Auge des geschichtsaffinen Betrachters sogleich finstere westliche Mächte, die in offener Komplizenschaft mit korrupten Regierungen verarmte Subsistenzbauern in der Sahelzone von ihren angestammten Ländereien vertreiben und sie in die Tagelöhnerschaft knechten.

Die geschlossen negative politische Bewertung von Landgrabbing in Politik, Medien und Wissenschaft stellt für den kompetenzorientierten Politikunterricht eine Herausforderung dar, sollten die SchülerInnen doch durch eine vorbehaltslose und neutrale Behandlung von politischen Konflikten zu einer eigenständigen Urteilsbildung geführt werden. Dazu bräuchte es im Fall von Landgrabbing die Position/Argumentation aller beteiligter Parteien, von denen es zumindest fünf gibt: Zunächst die einheimische Bevölkerung, die ein Interesse am Schutz ihrer (häufig nur gewohnheitlichen, nicht verbücherten) Eigentums- und Nutzungsrechte, ih-

rer Versorgungslage, ihrer traditionellen Lebensweise, ihrer Umwelt hat – für die Rechte der schwächsten Partei in diesem Konflikt treten westliche NGOs in verschiedenen Webauftritten und Kampagnen ein. Hernach die einheimische Regierung, die ein Interesse an Einnahmen und ausländischen Investitionen zugunsten der Entwicklung des Gesamtstaates hat (oder persönlichen Profit daraus schlägt). Sodann der erwerbende Staat, der ein Interesse an der Ernährungssicherheit seiner eigenen Bevölkerung oder der Bereitstellung agrarischer Ressourcen für die industrielle Produktion hat, oder aber ein Unternehmen dieses Staates, das aus der Akquisitiven Gewinn ziehen möchte. Und schließlich die Weltgemeinschaft, die ein Interesse an einer Erhöhung der gesamten Nahrungsmenge, der Eindämmung von Klimawandel und globaler Umweltzerstörung sowie der Vermeidung von Konfliktfolgen (Flüchtlingsströme, Verelendung etc.) hat.

Im Hintergrund des Konflikts steht auch die Auseinandersetzung zwischen den politischen Konzepten der Nahrungsmittelsouveränität (jedes Land soll das Recht haben, sich selbst ernähren zu können) und der Hoffnung auf Produktivitätssteigerung durch marktliberale Intensivlandwirtschaft (ohne fremde Hilfe kann das Land nicht optimal genutzt werden). Letztere Position ist

freilich gegenwärtig nicht sehr populär, und daher halten sich selbst Organisationen, die Eingriffen in fremdländische Landwirtschaften durch private Akteure aufgeschlossen gegenüberstehen (z. B. die Gates Foundation), in ihren offiziellen Auftritten eher bedeckt.

Rechtspositivistisch betrachtet führt Landgrabbing nur selten zu legalen Streitpunkten, da der Landerwerb im Einklang mit der lokalen Gesetzgebung erfolgt. Allerdings ergeben sich etliche politische und ethische Streitpunkte – Fragen nach der Legitimität der Akteure, der Ressourcensouveränität, der Verteilungsgerechtigkeit, des (wirtschaftlichen) Kolonialismus, staatlicher Abhängigkeitsverhältnisse, eines möglichen Menschenrechts auf Nahrungsselbstversorgung, der Ungleichheit in der ökonomischen/politischen Durchsetzungsfähigkeit, der Schutzverpflichtung von Staaten gegenüber Individuen u.s.w.

Im Unterricht kann dieses komplexe Themenfeld nur in Ansätzen und stark reduziert erschlossen werden. Im nachfolgenden Unterrichtsentwurf, der für SchülerInnen ab der 10. Schulstufe konzipiert ist, führt der Pfad der politischen Aufarbeitung von der Information (Problematisierung) über die Meinungsbildung (Bewertung) zur Aktion (Versuch einer eigenständigen Lösungssuche).

#### 1. Problematisierung (Sachkompetenz, Methodenkompetenz)

Im ersten Schritt werden die SchülerInnen mit dem grundsätzlichen Konflikt vertraut gemacht. Neben dem Erwerb eines basalen abstrakten Arbeitswissens, das in die politische Problematik der modernen Landnahme einführen soll, sind ver-

schiedene Möglichkeiten der Konfrontation bzw. Information ziel führend, wie etwa die Präsentation eines konkreten Fallbeispiels. Im nachfolgenden Beispiel wird unter Zuhilfenahme politischer Karikaturen und Illustrationen (die sämtliche online verfügbar und leicht auffindbar sind) in das Thema eingeführt.

MI: Die Tageszeitung „Der Standard“ schreibt über den aktuellen Nahrungsmittelimport Europas:

„Der Bedarf an urbarem Land steigt von Jahr zu Jahr, und Eu-

ropa ist jener Kontinent, der zur Ernährung der Bevölkerung am stärksten von Land außerhalb seiner Grenzen abhängig ist. Das geht aus dem Bodenatlas hervor, den die Umweltschutzorganisation Global 2000 gemeinsam mit dem Bund für Natur und Umweltschutz Deutschland (Bund) und der Heinrich-Böll-Stiftung morgen, Donnerstag, präsentieren wird. Laut der dem Standard vorliegenden Studie beträgt der „Land-Fußabdruck“ der Europäischen Union geschätzt 640 Millionen Hektar, also eineinhalb mal so viel wie die Fläche aller 28 EU-Mitgliedsstaaten zusammen. Und dieses Land liegt eben nicht im Westen (Amerikas), sondern in Län-

dern wie China, Mongolei, Brasilien und anderen Staaten, von denen einige nicht einmal ihre eigene Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln und Gütern versorgen können. Berücksichtigt wurden in der Studie, die in dieser Form zum ersten Mal gemacht wurde, der Anbau von Kaffee, Getreide, Obst und Gemüse, aber auch Futtermittel für Europas Vieh.

Die tatsächliche Fläche, die zur Produktion von Gütern für und nach Europa bestimmt ist, dürfte um einiges größer sein, zumal in den derzeit verfügbaren Zahlen wichtige Importprodukte wie Baumwolle, Mineralien und Metalle gar nicht berücksichtigt sind.

### Arbeitswissen: Transnationale Landaneignung („Landgrabbing“)

Die Weltbevölkerung nimmt ungebremst zu, landwirtschaftlich genutzte Böden werden für den Straßen- und Städtebau versiegelt, der Klimawandel lässt Gebiete austrocknen und Grundwasserspiegel sinken, der steigende Fleischkonsum benötigt immer gewaltigere Futtermittelanbauflächen, gleichzeitig verlieren die vorhandenen landwirtschaftlichen Flächen durch den hohen Nutzungsdruck (Humusverlust, Erosion, Kontamination, Verlust der Biodiversität) ihre Fruchtbarkeit. Das Maximum an fruchtbaren Böden auf dem Planeten („peak soil“) dürfte bald erschlossen sein, und die verbrauchsstarken Industrienationen reagieren auf diese Entwicklung, indem sie zunehmend – direkt oder indirekt – Anbauflächen in Entwicklungsländern nutzen (vergleich dazu auch die Quelle MI).

Wenn private oder staatliche Investoren große Landstriche in fremden Ländern kaufen oder pachten, die von der lokalen Bevölkerung zuvor als Acker-, Weide- oder Jagdland genutzt wurden, wird dieses Vorgehen politisch als „Landgrabbing“ (= „Landnahme“ oder „Landraffen“) bezeichnet. Vor allem seit der Nahrungsmittelkrise 2008 erwerben Unternehmen und Regierungen reicher bzw. durchsetzungsstarker Staaten große landwirtschaftliche Flächen in ärmeren Ländern Afrikas, Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion – meist legal und mit Billigung der lokalen Regierungen, die sich von dem Geschäft Vorteile versprechen. Das Hauptmotiv für den Landerwerb besteht darin, die Nahrungsversorgung für ihre eigene Bevölkerung und die Versorgung mit wichtigen Agrarrohstoffen wie Holz, Viehfutter oder Biotreibstoffen für die Zukunft zu sichern.

Da die Ernährungssituation in vielen Ländern, in denen Landgrabbing passiert, bereits unsicher ist, ist das Vorgehen politisch sehr umstritten. Auf das betroffene Land kann sie grundsätzlich sowohl positive als auch negative Auswirkungen haben: Einerseits führt sie zu Investitionen in die Landwirtschaft und dadurch zu (oft dringend benötigten) Produktivitätssteigerungen in den betroffenen Gebieten, vor allem dort, wo die bisherige extensive landwirtschaftliche Produktion ohnehin nicht mehr ausreicht, die Menschen vor Ort zu ernähren. Auch werden Arbeitsplätze geschaffen und neue Anbautechniken verfügbar gemacht. Andererseits werden einheimische Kleinbauern und Nomaden (die häufig kein verbrieftes Eigentum am gemeinsamen Land haben, bloß Gewohnheitsrechte) von ihren traditionellen Landflächen verdrängt und können sich nicht mehr selbst versorgen. Im Extremfall kann die Lebensgrundlage der Bevölkerung zusätzlich gefährdet werden, wenn die Investoren statt Nahrung Viehfutter, Palmöl oder Blumen für die Industrienationen anbauen. So plante beispielsweise die Regierung Madagaskars (eines armen Inselstaats, in dem fast jedes zweite Kind unter 5 Jahren unterernährt ist), die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes für 99 Jahre an einen südkoreanischen Konzern zu verpachten, der darauf Schweinefutter und Biodiesel für den koreanischen Markt produzieren wollte – ein Geschäft, das nur wegen der protestierenden Bevölkerung nicht zustande kam.

KritikerInnen von Landgrabbing weisen vor allem auch auf ein moralisches Problem hin: Dass die durchsetzungsschwache einheimische Bevölkerung sich nicht gegen die durchsetzungsstarken internationalen Akteure behaupten könne und nur das Recht des Stärkeren gälte.

Nach Schätzungen der Weltbank wird derzeit über 10-30% der weltweit landwirtschaftlich nutzbaren Fläche verhandelt.

- Zu den Staaten, die Land verkaufen oder verpachten, zählen u.a. Brasilien, Argentinien, Mexiko, Australien, Indonesien, Russland, Ukraine, mehrere osteuropäische und zentralasiatische Staaten sowie ca. 20 afrikanische Staaten, in denen gleichzeitig Hungerprobleme bestehen.
- Zu den Staaten, die Land aufkaufen oder pachten, zählen u.a.: China, Japan, Indien, Malaysia, Saudi-Arabien, die Golfstaaten.
- Zu den Staaten, aus denen private Investoren Land in anderen Staaten kaufen oder pachten, zählen u.a.: USA, Großbritannien, Deutschland, Italien, Dänemark, Norwegen, Schweden (Cavar 2010; Lembke 2011).

Insbesondere Baumwolle, die viel Fläche beansprucht, dürfte den Wert deutlich hinaufreiben, glaubt Helmut Burtscher, Boden-Sprecher von Global 2000. Auch wenn man es bei Nahrungsmitteln belässt, stellt sich die Situation alarmierend dar. „Durch die fortschreitende Versiegelung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen in Europa sind wir immer stärker auf Importe angewiesen – mit gravierenden Folgen für die Umwelt, das Sozialwesen und die Wirtschaft der Regionen, aus denen die Nahrungsmittel kommen“, sagte Burtscher. In Entwicklungsländern trage der Bedarf an Land massiv zur Zerstörung des Ökosystems, zu Grundstückskäufen in großem Stil, sogenanntem Landgrabbing, und zur Umsiedlung der indigenen Bevölkerung bei. Sechs der zehn Länder, die virtuell Land importieren, sind europäisch: Deutschland, Großbritannien, Italien, Frankreich, die Niederlande und Spanien.“ (Stroble 2015)



M2: Illustration von Spooner, verwendet 2010 auf <http://farmlandgrab.org/12160> [1.1.2015]

## 2. Bewertung (Urteilskompetenz)

Im nächsten Schritt werden verschiedene politische Argumente und Gesichtspunkte (M9-M11), die zum umstrittenen Thema „Landgrab-

### Arbeitsaufgaben zu M2:

- *Analysiere die obige Illustration, indem Du die verwendeten Symbole (wer/was steht wofür?) deutest.*
- *Übersetze die Illustration in 1-2 Sätzen: Was ist ihre Aussage, welches politische Urteil fällt der Zeichner/die ZeichnerIn?*
- *Was möchte der/die ZeichnerIn mit der Illustration erreichen? In welchem Zusammenhang könnte die Illustration entstanden bzw. publiziert worden sein, wer könnte der/die AuftraggeberIn sein?*
- *Wie könnte eine Illustration aussehen, die das gegenteilige Urteil ausdrückt?*



### Arbeitsaufgaben zu M3:

- *Beschreibe die obige Karikatur möglichst genau.*
- *Analysiere die obige Karikatur, indem Du die verwendeten Symbole (wer/was steht wofür?) deutest.*
- *Übersetze die Karikatur in 1-2 Sätzen: Was ist ihre Aussage, welches politische Urteil fällt der Zeichner/die ZeichnerIn?*
- *Was möchte der/die ZeichnerIn mit der Karikatur erreichen? In welchem Zusammenhang könnte die Karikatur entstanden bzw. publiziert worden sein?*
- *Wie könnte eine Karikatur aussehen, die das gegenteilige Urteil ausdrückt?*

M3: Karikatur unbekannter Provenienz, verwendet 2010 auf <https://commonsblog.wordpress.com/2010/06/20/landgrabbing-braune-akkumulation-ein-wettlauf-um-die-letzte-beackerbare-erde> [1.1.2015]



M4: Karikatur des Österreichers Wolfgang Ammer, verwendet 2013 auf [www.welt-sichten.org/artikel/12465/absurdes-loblied-auf-die-landreform](http://www.welt-sichten.org/artikel/12465/absurdes-loblied-auf-die-landreform) [1.1.2015]

#### Arbeitsaufgaben zu M5:

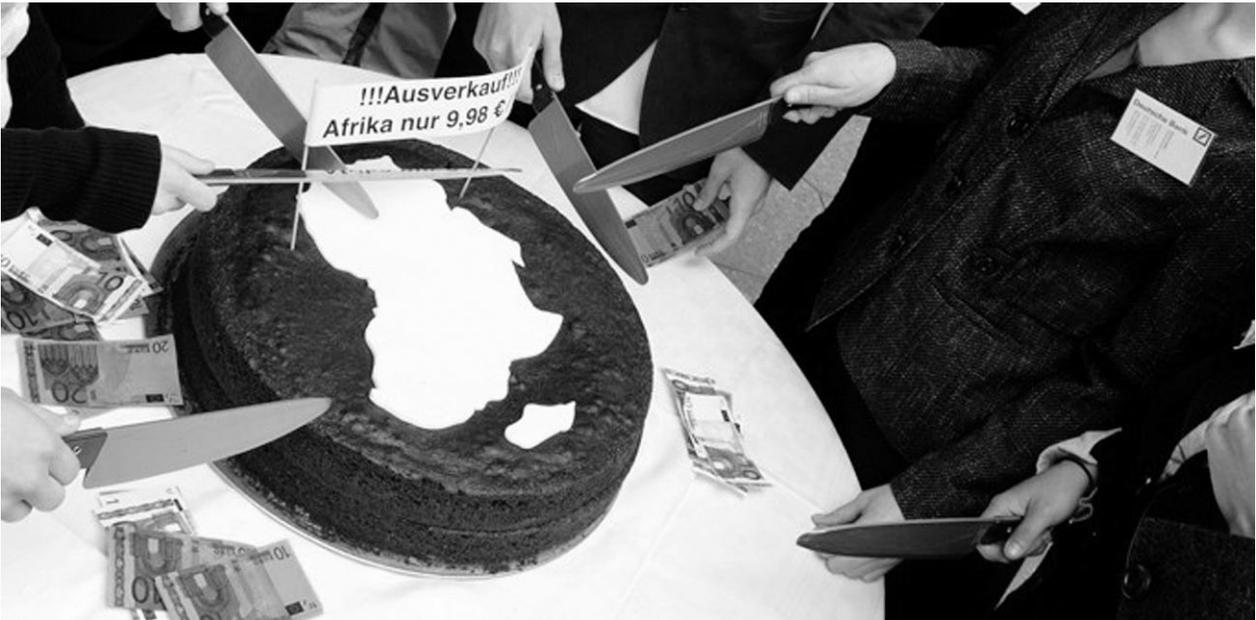
- Beschreibe die obige Illustration möglichst genau.
- Analysiere die obige Illustration, indem Du die verwendeten Symbole (wer/was steht wofür?) deutest.
- Übersetze die Illustration in 1-2 Sätzen: Was ist ihre Aussage, welches politische Urteil fällt der Zeichner/die ZeichnerIn?
- Was möchte der/die ZeichnerIn mit der Illustration erreichen? In welchem Zusammenhang könnte die Illustration entstanden bzw. publiziert worden sein, wer könnte der/die AuftraggeberIn sein?
- Wie könnte eine Illustration aussehen, die das gegenteilige Urteil ausdrückt?

#### Arbeitsaufgaben zu M4:

- Beschreibe die obige Karikatur möglichst genau.
- Analysiere die obige Karikatur, indem Du die verwendeten Symbole (wer/was steht wofür?) deutest.
- Die Karikatur entstand nicht im Zusammenhang mit der Thematik „Landgrabbing“, sondern nimmt auf die katastrophale Landreform in Simbabwe Bezug. Dabei wurden tausende „weiße“ Bauern, deren Vorfahren sich das Land in der Kolonialzeit angeeignet und danach über Generationen bewirtschaftet hatten, von der nationalistischen Regierung gewaltsam enteignet und das Ackerland auf „schwarze“ LandarbeiterInnen und treue RegierungsanhängerInnen verteilt. Die Reform führte zu starken Produktionsrückgängen, u.a. da die neuen Besitzer mit den komplexen landwirtschaftlichen Anbau-, Lager- und Verwaltungstechniken der intensiven Landwirtschaft überfordert waren und zur Subsistenzwirtschaft (=die Bauern versorgen nur sich selbst) zurückkehrten. Die Getreideproduktion sank um die Hälfte, Simbabwe wurde vom „Brotkorb Afrikas“ zum hungerrnden Nahrungsmittelimporteuer. Lässt sich die Karikatur dennoch auch auf das Thema „Landgrabbing“ anwenden?
- Übersetze die Karikatur in 1-2 Sätzen: Was ist ihre Aussage, welches politische Urteil fällt der Zeichner/die ZeichnerIn?
- Wie könnte eine Karikatur aussehen, die das gegenteilige Urteil ausdrückt?



M5: Poster aus INKOTA Aktionszeitung Welternährung, April 2010, Berlin 2010



M6: Politische Illustration unbekannter Provenienz (dpa), verwendet 2012 auf <http://www.taz.de/!91648> [1.1.2015]

#### Arbeitsaufgaben zu M6:

- Beschreibe die obige Illustration möglichst genau.
- Analysiere die obige Illustration, indem Du die verwendeten Symbole (wer/was steht wofür?) deutest.
- Übersetze die Illustration in 1-2 Sätzen: Was ist ihre Aussage, welches politische Urteil fällt der Zeichner/die ZeichnerIn?
- Was möchte der/die ZeichnerIn mit der Illustration erreichen? In welchem Zusammenhang könnte die Illustration entstanden bzw. publiziert worden sein, wer könnte der/die AuftraggeberIn sein?



M7: Französische Karikatur zur Kongokonferenz 1884/85: Bismarck verteilt Afrika als Kuchen



M8: Englische Karikatur von James Gillray aus 1805: Napoleon und sein englischer Kontrahent William Pitt teilen die Welt unter sich auf, wobei einer die Weltmeere, einer das europäische Festland übernimmt.

### Arbeitsaufgaben zu M6, M7, M8:

- Die historische Karikatur M7 nimmt Bezug auf die Berliner Konferenz 1884/85, bei der die Grundlage für die imperialistische Aufteilung Afrikas in europäische Kolonien gelegt wurde. Beschreibe sie möglichst genau, deute die verwendeten Symbole (wer/was steht wofür?) und erläutere ihre politische Aussage.
- Die historische Karikatur M8 nimmt Bezug auf eine mögliche Annäherung zwischen Frankreich und England 1805, deren Ergebnis die Aufteilung der Welt (Kontinentaleuropa vs. Überseegebiete) sein könnte. Beschreibe sie möglichst genau, deute die verwendeten Symbole (wer/was steht wofür?) und erläutere ihre politische Aussage.
- Welche gestalterischen/symbolischen Gemeinsamkeiten kannst du zwischen der politischen Illustration M6 sowie den Karikaturen M7 und M8 entdecken? Angenommen, diese Gemeinsamkeiten waren vom Zeichner/von der Zeichnerin beabsichtigt: Was wollte er/sie mit der historischen Bezugnahme ausdrücken?

### Weitere Arbeitsaufgabe:

- Hast Du selbst eine Meinung zum Thema „Landgrabbing“? Traust Du Dir auch ein begründetes politisches Urteil zu, in dem alle wichtigen Argumente berücksichtigt und gegeneinander abgewogen wurden? Schätze Deine persönliche Urteilsfähigkeit ein, indem Du einen Wert von 1 (habe gar keine Meinung dazu) bis 5 (kann ein sehr gut begründetes Urteil abgeben) angibst.

bing“ angeführt werden können, aus Texten destilliert. Bei den Quellen M9 und M11 handelt es sich um politische Manifestationen, die dem Leser/der Leserin eindeutig ein politisches Urteil nahelegen, bei Quelle M10 um einen Textausschnitt aus einer journalistischen Arbeit, bei dem ein Urteil nur indirekt vermittelt wird.

Ziel der Übung sollte sein, die SchülerInnen von einer unreflektierten Haltung zu Landgrabbing (regelmäßig wohl eine ablehnende)

zu einer differenzierten Betrachtung des Phänomens (und anschließend idealiter zu einer begründeten Beurteilung des politischen Sachverhalts) anzuregen. Dass die vorhandene Information hierfür nicht ausreicht und es ergänzende Positionen, insbesondere seitens der Akteure, bräuchte, soll in der letzten Arbeitsaufgabe verdeutlicht werden.

Die SchülerInnen lesen die folgenden Materialien und setzen sich anschließend in beliebiger Sozialform mit den Arbeitsaufgaben aus-

einander. Die Ergebnisse werden im Plenum besprochen und verglichen.

M9: Die Nichtregierungsorganisation FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk) setzt sich für Menschenrechte im Bereich der Ernährung ein und fordert: „Hände weg vom Land“

*„Trotz wiederholter gegenteiliger Versprechen führt der neue Landtausch immer wieder zu Zwangsenteignungen, Vertreibungen und Zerstörung kleinbäuerlicher Lebensgrundlagen. Menschenrechte, wie das Recht auf Land, Nahrung und Wasser, werden dabei verletzt. Gewaltsame Konflikte um Land und Ressourcen hingegen nehmen zu. Das alles untergräbt einerseits die lokale Ernährungssicherheit, andererseits werden natürliche Ressourcen in einem Ausmaß und einem Tempo verschmutzt und zerstört wie noch nie zuvor. Deshalb muss Landgrabbing gestoppt werden!*

[...]

*Transnationale Landaneignungen werden auf unterschiedliche Weisen gerechtfertigt und verpackt, um sie für die Zielländer und die betroffene Bevölkerung attraktiv erscheinen zu lassen. Es wird argumentiert, dass die Investitionen Technologietransfer fördern und Arbeitsplätze schaffen, die lokale und nationale Wirtschaft ankurbeln sowie die Ernährungssicherheit steigern, während sich gleichzeitig um die Umwelt und lokales Ressourcenmanagement gekümmert werden soll. Entsprechend erwartet die lokale Bevölkerung, dass die Landinvestitionen zu einer dauerhaften Verbesserung ihrer Lebensumstände führen. Doch ihre Hoffnungen werden nie oder in den wenigsten Fällen erfüllt. Landgrabber behaupten außerdem oft, dass „brachliegende“ oder „marginalisierte“ Landflächen nun endlich kultiviert und genutzt würden. Jedoch werden Flächen oft fälschlicherweise als „brach“ und „unproduktiv“ bezeichnet, in Wahrheit werden sie von NomadInnen sowie Bäuerinnen und Bauern extensiv bewirtschaftet oder gemeinschaftlich genutzt. Frauen, die Nahrungsmittel, Brennholz oder medi-*

*zinische Pflanzen sammeln, sind davon besonders betroffen.*

*Landgrabbing hat enorme soziale, wirtschaftliche und ökologische Auswirkungen in den Zielländern. Die Landrechte für den Anbau von Grundnahrungsmitteln sowie traditionelle Weide-, Wasser- und andere Zugangsrechte der lokalen Bevölkerung werden verletzt. Durch den großflächigen Anbau in Monokulturen wird die Lebensgrundlage von Kleinbäuerinnen und -bauern, aber auch ganzer Gesellschaften zerstört. Die Konsequenzen sind Migration oder Zwangsumsiedlung, aber auch Widerstand und schwere Konflikte um Land, Wasser und Wälder. Auch die negativen Folgen für Umwelt und Klima durch verstärkte Bewässerung, Entwaldung, Monokulturen und intensiven Gebrauch von Pestiziden sowie chemischen Düngern sind enorm. [...]*

*Landgrabbing führt zur Verschärfung von Landkonflikten, zur Verdrängung und Vertreibung von KleinbäuerInnen, Fischern und Nomaden. Die Konzentration von Land in den Händen weniger nimmt zu, die strukturellen Ursachen von Hunger und Unterernährung werden verstärkt anstatt beseitigt. Landgrabbing bedroht die Ernährungssicherheit ganzer Staaten.“ (FFIAN o.J.)*

M10: Harald Witzke, Professor für internationalen Agrarhandel und Entwicklung an der Humboldt-Universität Berlin, hat zu ebendiesem Thema geforscht:

*„In den kommenden 40 Jahren müsste die Nahrungsmittelproduktion um 70 Prozent steigen, um 2050 eine Weltbevölkerung von etwa neun Milliarden Menschen ernähren zu können, schätzt die Welternährungsorganisation (FAO). Dazu kommen Klimaveränderungen, die Ernten negativ beeinflussen. >Landwirtschaft ist die Schlüsselindustrie des 21. Jahrhunderts<, sagt Harald von Witzke, Professor für Agrarökonomie an der Humboldt-Universität in Berlin. [...] >Grundsätzlich ist es gut, dass gerade in diesen Ländern in Landwirtschaft investiert wird<, sagt Agrarökonom von Witzke.*

*Schließlich müsse sich die Produktivität der steigenden Weltbevölkerung dringend erhöhen: Bis zum Jahr 2050 könnten nur 10 Prozent der Produktionssteigerung über die Erschließung neuer landwirtschaftlicher Flächen erreicht werden, 90 Prozent entfielen auf die Erhöhung der Produktivität. Nennenswerte Bodenreserven sind nicht vorhanden. Die Zeit drängt. Seit den siebziger Jahren wurde die Agrarforschung vernachlässigt. Während von 1960 bis Ende der achtziger Jahre das jährliche Produktionswachstum bei etwa 4 Prozent lag, sank es sukzessive bis auf heute 1 Prozent ab. In der Europäischen Union liegt es sogar nur noch bei 0,6 Prozent. Der Grund: Niedrige Nahrungsmittelpreise ließen Landwirtschaft wenig attraktiv erscheinen. Mittlerweile ist die EU der größte Nettoimporteur der Welt für Nahrungsmittel. Im Jahr 2008 wurden Agrargüter im Wert von 45 Milliarden Dollar importiert. Eine Anbaufläche so groß wie Deutschland ist dafür außerhalb der EU nötig. Neues Ackerland ist hier jedoch kaum zu erschließen. Das Potential sieht von Witzke in Afrika und Lateinamerika – dort, wo das Geld der Investoren im Moment auch vor allem hinfließt. Das ausländische Kapital ermöglicht einen Technologietransfer, bringt mehr Know-how mit sich und einen Zugang zu neuen Märkten. >Viele Kleinbauern können sich noch nicht einmal selbst ernähren, weil es an Dünger und gutem Saatgut fehlt<, sagt von Witzke. Zudem würden die Nahrungsmittelpreise in diesen Ländern oft künstlich niedrig gehalten, um die Bedürfnisse der Städter zu befriedigen – auf Kosten der Kleinbauern. Außerdem verletzen korrupte Politiker häufig die Eigentumsrechte der ansässigen Bevölkerung. Rechtlich gehört ein Großteil des Bodens in vielen afrikanischen Ländern dem Staat, auch wenn er faktisch seit Jahrhunderten im Besitz der ortsansässigen Kleinbauern ist.“ (Lembke 2011)*

M11: Hans Heinrich Bass leitet den Studiengang Internationale Volkswirtschaft an der Hochschule Bremen:

„Die Vorteile dieses Geschäftes für die Entwicklungsländer lassen sich nicht so einfach darlegen. Sicherlich: Die Regierungen erzielen Pachteinnahmen. Die Exportunternehmen bauen Straßen und erschließen das Land. Es entstehen Arbeitsplätze für landwirtschaftliche Tagelöhner und möglicherweise auch Jobs beim Transport. Schön und gut; das alles sind mögliche Entwicklungsimpulse.

Dem stehen aber gravierende Nachteile gegenüber: Das von den Regierungen verpachtete Land ist kein Niemandland, sondern häufig Bestandteil ausgeklügelter traditioneller Landnutzungssysteme, für die es allerdings in den seltensten Fällen moderne, einklagbare Rechtstitel gibt. Erhalten die Kleinbauern und Viehzüchter eine angemessene Entschädigung bei einer Enteignung von Gemeindeland? Das ist in Ländern mit mangelhaft ausgebildetem Rechtssystem und grassierender Korruption kaum anzunehmen. Für die Nahrungsmittelproduktion der lokalen Bevölkerung wird also im Endeffekt tatsächlich weniger Fläche zur Verfügung stehen. Die Wassernutzung ist ein weiteres Problem, denn bewässerte Flächen für den Landbau im großen Stil können umliegenden Regionen trocken fallen lassen. Auch wird die Artenvielfalt gegenüber dem kleinbäuerlichen Anbau reduziert. Monokulturen haben negative Auswirkungen auf das Kleinklima. Schließlich sind die sozialen Auswirkungen zu berücksichtigen: Ist für eine Kleinbauernfamilie ein bezahlter Tagelöhnerjob in der industriellen Landwirtschaft wirklich ein Fortschritt?

*Historisch Interessierte wissen, dass die Industrialisierung der europäischen Landwirtschaft vor zweihundert Jahren mit ganz ähnlichen Prozessen verbunden war: entschädigungslose Enteignung von Gemeindeland, produktionssteigernde Investitionen in Großbetrieben, Freisetzung von Arbeitskräften. Die Unterschiede zu damals: Erstens, in Afrika gibt es keine Industrie in hinreichendem Maße, die die auf dem Lande Entwurzelten aufnehmen kann. Sie müssen in die Flüchtlingslager oder in die Slums der großen Städte ziehen. Zweitens, die Produktivitätssteigerung durch die industrielle Landwirtschaft führt nicht zur Besserversorgung der Einheimischen in den sich entwickelnden Ländern selbst, sondern zur Sicherung preiswerter Nahrung in anderen Ländern.“ (Bass 2011)*

### 3. Lösungssuche (Urteilskompetenz, Handlungskompetenz)

Im letzten Schritt sollen mittels einer Podiumsdiskussion die Perspektiven der Betroffenen eingenommen bzw. verglichen werden und dabei nach Lösungsvorschlägen für das Problem gesucht werden. Je nach Lebendigkeit der Diskussion und Argumentationskraft der TeilnehmerInnen ist mit einer Dauer von 15-30 Minuten zu rechnen. Praktisch folgt die Übung der Methodik von politischer Podiumsdiskussion (vgl. Hufer 2007) bzw. Talkshow (vgl. Kuhn 2006).

#### Ablauf:

In der Planungsphase werden die SchülerInnen zunächst mit dem konkreten Szenario vertraut gemacht (siehe S. 47). Anschließend wird ein/e ModeratorIn ausgewählt – er/sie sollte redegewandt und durchsetzungsstark sein und eine konstruktive Haltung mitbringen. Alle anderen SchülerInnen verteilen sich auf vier Gruppen, die sich mithilfe der Rollenkarten jeweils mit einer/einem der vier DiskutantInnen auseinandersetzen. Jede Gruppe bestimmt einen Repräsentanten bzw. eine Repräsentantin, die in der nachfolgenden Spielphase in die Rolle des Diskutanten bzw. der Diskutantin schlüpfen wird. Sollten während der Spielphase andere Mitglieder der Gruppe die Rolle des Diskutanten bzw. der Diskutantin einnehmen wollen (etwa wenn der/die RollenspielerIn nicht mehr weiter weiß oder sich unwohl fühlt), kann jederzeit ein Auswechseln stattfinden.

In der Spielphase nehmen die DiskutantInnen und der/die ModeratorIn ihre Plätze ein, während die übrigen SchülerInnen das Publikum der Talkshow bilden. Der/die ModeratorIn stellt die DiskutantInnen vor, lässt sie ihre Eingangsaussagen vortragen, leitet anschließend die Diskussion und schließt sie mit einem persönlichen Fazit ab. Er/sie erteilt oder entzieht den DiskutantInnen das Wort, sodass eine konstruktive Auseinandersetzung möglichst ohne Untergänge, Ablenkungen und Störungen möglich wird. Das Publikum ist in der Spätphase der Podiumsdiskussion – nach Aufforderung durch den/die ModeratorIn – berechtigt, Fragen an die DiskutantInnen zu richten, tritt aber selbst nicht in die Diskussion ein.

Die Auswertungsphase im Plenum schließt die Podiumsdiskussion ab. Die TeilnehmerInnen berichten über ihre Eindrücke und Schwierigkeiten während der Diskussion, das Publikum schätzt die verwendete Argumentation und die

#### Arbeitsaufgaben zu M9-M11:

- Spricht aus den drei Texten jeweils eine ablehnende, eine befürwortende oder eine abwägende Haltung gegenüber Landgrabbing?
- Liste in jeweils einer Spalte die pro- und die contra-Argumente auf, die in allen drei Materialien zum „Landgrabbing“ angeführt werden. Welche sind die Hauptargumente, welche die Nebenargumente? Welche Argumente werden in einer Diskussion zu „Landgrabbing“ wohl zuerst genannt werden, welche werden eine geringere Rolle spielen?
- Hat sich Deine Meinung zum Thema „Landgrabbing“ verändert? Schätze wiederum Deine persönliche Urteilsfähigkeit ein, indem Du einen Wert von 1 (habe gar keine Meinung dazu) bis 5 (kann ein sehr gut begründetes Urteil abgeben) angibst.
- Welche zusätzlichen Informationen (und von wem) bräuchtest Du, um zu diesem Thema eine sehr gut begründetes Urteil fällen zu können?

## Rollenkarten:

**Moderator**

*Als Moderator bist du die wichtigste Person auf dem Podium: Du musst ein konstruktives Gespräch zu einem heiklen Thema anbahnen und am Laufen halten. Zu Beginn stellst du die DiskutantInnen kurz vor und führst knapp in das Thema ein (lies dir dazu die Rollenkarten durch). Danach stellst du sicher, dass jede/r DiskutantIn seine/ihre Position mitteilen kann – aber das sollte bei jedem/jeder nicht länger als 2-3 Minuten dauern. Auf diese Position kann dann jeder/jede der anderen DiskutantInnen unmittelbar reagieren.*

*Versuche im anschließenden Gespräch, sowohl das Trennende als auch das Gemeinsame zwischen den TeilnehmerInnen hervorzuheben, Ungenaues zu präzisieren und nachzufragen. Achte darauf, dass sich alle ähnlich oft und lange zu Wort melden dürfen (Ausgeglichenheit). Inhaltlich versuchst du natürlich neutral zu sein bzw. bist der Anwalt des Publikums, das sich nach einer gewissen Dauer (ca. 15 Minuten) auch selbst aktiv mit Fragen an die DiskutantInnen wenden kann – allerdings nur auf deine Aufforderung hin. Zum Ende der Diskussion hin sollte gemeinsam nach Lösungen für den politischen Konflikt gesucht werden. Am Schluss bleibt dir nur mehr, ein Fazit zu ziehen.*

**Paul Nehrlich (53), Vorstandsmitglied eines großen österreichischen Rindfleischproduzenten.**

*Dein Unternehmen, ein international tätiger Nahrungskonzern mit Schwerpunkt Fleischprodukte, kauft momentan im Westen Rumäniens Land für Ackerbau und Rinderhaltung. Das Ziel deiner Firma besteht darin, die gesamte Wertschöpfungskette abzudecken: Futtermittelanbau, Rinderzucht und -haltung, Schlachtung aus einer Hand, um die Kosten niedrig zu halten. Davon profitiert nicht nur deine Firma, sondern auch die europäischen VerbraucherInnen, die billiges Rindfleisch fordern. Rumänisches Ackerland ist fruchtbar und günstig, die Löhne der Arbeitskräfte niedrig, das ist für ProduzentInnen wie KonsumentInnen ein gutes Geschäft. Aus deiner Sicht ist die Investition in Ackerland auch eine strategische Notwendigkeit: Wenn Westeuropa zu wenig Nahrung für seine Bevölkerung produziert, dann müssen europäische Firmen Anbauflächen weltweit sichern, bevor sich Rivalen wie China, Indien oder die USA alles schnappen.*

*Von gesetzlichen Beschränkungen hältst du nicht sehr viel – freies marktwirtschaftliches Handeln ohne staatliche Gängelung führt erfahrungsgemäß zu viel höherer landwirtschaftlicher Produktivität, und die ist in einer Welt, die zusehends unter Nahrungsmangel leidet, enorm wichtig, ansonsten wird auch bei uns bald der Hunger wiederkehren. Außerdem fließen durch die Investitionen viel Geld und Know-how in die betroffenen Länder, und viele Arbeitsplätze bleiben ja erhalten. Mit dem abwertenden Begriff „Landgrabbing“ kannst du daher nicht viel anfangen – Investitionen in Land oder Nahrungsmittel sollte man nicht verteufeln, es kommt ja vor allem Gutes dabei raus.*

**Mihai Adumitri (17), Sohn rumänischer Kleinbauern, ist in Österreich geboren.**

*Deine Eltern sind schon vor vielen Jahren nach Österreich ausgewandert, die restlichen Familienmitglieder leben noch als Kleinbauern in Rumänien, aber wie lange noch? Seit einigen Jahren drängen große westeuropäische Unternehmen nach Rumänien und haben dort hunderttausende Hektar Land aufgekauft. In den letzten 10 Jahren haben sich die Preise für Ackerland beinahe verzweifacht, das ist für einheimische Bauern/Bäuerinnen nicht mehr zu bezahlen, noch dazu, wo es kaum nationale Förderungen für rumänische LandwirtInnen gibt. Da die transnationalen Unternehmen aufgrund ihrer Größe viel billiger produzieren können, sind die einheimischen Bauern und Bäuerinnen mit ihren Produkten kaum konkurrenzfähig. Du befürchtest, dass bald Tausende rumänischer Kleinbauern/Kleinbäuerinnen aufgeben müssen. Manche werden für die Konzerne als TagelöhnerInnen oder als ErntehelferInnen arbeiten, ein großer Teil aber wird nach Westeuropa auswandern müssen, um der Armut zu entkommen. Das wäre auch ein fürchterlicher Kulturverlust, ganze Traditionslandschaften werden dabei aussterben.*

*Du forderst ein Verkaufsverbot von Land an fremdländische Unternehmen und Gesetze, die die weitere Konzentration von landwirtschaftlichen Nutzflächen in den Händen weniger verhindern. Europaweit müsste eine Landreform unternommen und festgestellt werden, was eigentlich wem gehört, um die Rechte der KleineigentümerInnen zu sichern.*

**Susanne Berens (27), Mitarbeiterin einer NGO, die gegen Landgrabbing auftritt.**

*Für dich ist der Fall klar: Es gibt ein Menschenrecht auf Nahrung, und daher hat die Ernährungssicherheit in den Zielländern immer Vorrang vor jeder anderen Nutzung der Flächen. Das gilt vor allem für den Anbau von Energiepflanzen – wer weiß, ob die transnationalen Konzerne, die heute noch Nahrungsmittel produzieren, nicht morgen schon auf Biodieselproduktion oder andere profitversprechende Pflanzen umsteigen und damit die Nahrungsmittelversorgung im Land massiv gefährden. Tagtäglich siehst du die Auswirkungen des Landgrabblings: Die Kleinbauern/Kleinbäuerinnen werden immer weniger, Dörfer werden verlassen, die bäuerliche Bevölkerung überaltert zusehends, die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln wird zerstört, soziale Spannungen wegen der Landkonzentration treten immer häufiger auf. Dazu kommt die Umweltzerstörung, die mit der intensiven Landwirtschaft aufgrund von Monokulturen, Überdüngung und Diversitätsverlust fast zwangsläufig einhergeht. Genau das wird in Rumänien passieren, wenn den InvestorInnen nicht Einhalt geboten wird. Du forderst, dass die Regierungen das Recht der Menschen auf Eigenernährung stärker schützen, und dass die Betroffenen dieses Recht politisch einfordern und international einklagen können. Bestehende Nutzungs- und Eigentumsrechte müssen anerkannt werden, auch wenn sie nicht formal festgelegt wurden, und wer Land verliert, soll mit einer gleichwertigen Lebensgrundlage entschädigt werden.*

**Heidelinde Beltz (47), ist Sprecherin des EU-Agrarkommissars.**

*Du bist in der Land-Grabbing-Frage zwiespalten. Auf der einen Seite verstehst du die sozialen Probleme der rumänischen Bauern/Bäuerinnen und sorgst dich, dass die großen Konzerne die verbliebenen rumänischen LandwirtInnen in Abhängigkeit halten könnten, etwa durch den Verkauf von genmanipuliertem Saatgut. Auch beunruhigen dich die sozialen Verwerfungen, die durch die Landkonzentration in Rumänien entstehen. Auf der anderen Seite verklären und romantisieren viele Anti-Land-Grabbing-AktivistInnen deiner Meinung nach die bittere Armut, die mit der ineffizienten kleinbäuerlichen rumänischen Landwirtschaft verbunden ist. Technische, ökologische und ökonomische Impulse von außen sind für dich sinnvoll, um die Nahrungsproduktion und den Wohlstand aller zu steigern – das ist auch für Europa lebensnotwendig. Jedenfalls sollen die Verträge transparent verhandelt werden und die Landbevölkerung dabei einbezogen werden. Investitionen in Land sollen in eine Strategie zur Armutsreduzierung eingebunden sein, und für ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit sollte gesorgt sein – Rumänien ist jetzt schon eines der ärmsten Länder Europas. Aber letztlich liegt auch vieles in den Händen der KonsumentInnen: Zu viele Nahrungsmittel werden verschwendet, zu viel Energie verbraucht, für die dann Energiepflanzen angebaut werden. Viel weniger Land würde benötigt, wenn die Menschen weniger Fleisch essen würden, da die Nutztierhaltung einen bis zu 10 mal höheren Flächenverbrauch mit sich bringt als die Erzeugung gleichwertiger vegetarischer Lebensmittel – von der Klimabelastung mal ganz abgesehen.*

Überzeugungskraft der dargebotenen Positionen ein. Von besonderem Interesse ist nun, ob das Podium nach allgemeiner Einschätzung auch sinnvolle und konsensfähige Lösungsvorschläge zum Konflikt erarbeiten konnte.

Zum Abschluss wird die wiederkehrende Arbeitsfrage noch einmal beantwortet und das Ergebnis mit den vorangegangenen Schritten verglichen, um zu sondieren, inwieweit sich die subjektiv eingeschätzte Urteilsfähigkeit durch den Informationszugewinn entwickeln konnte und welche Defizite weiterhin bestehen blieben.

- *Hat sich Deine Meinung zum Thema „Landgrabbing“ verändert? Schätze ein letztes Mal Deine persönliche Urteilsfähigkeit ein, indem Du einen Wert von 1 (habe gar keine Meinung dazu) bis 5 (kann ein sehr gut begründetes Urteil abgeben) angibst.*

#### **Fallbeispiel:**

*Rumänien hat die größte landwirtschaftliche Nutzfläche Europas. Trotz gesetzlicher Hürden kaufen ausländische Investoren seit einigen Jahren große Flächen Agrarland auf – nach Schätzungen sind mittlerweile 700.000 Hektar in der Hand transnationaler Konzerne, davon ein nicht geringer Anteil in den Händen österreichischer Firmen. Auch nimmt die Konzentration von Agrarland immer stärker zu: Die Hälfte der rumänischen EU-Agrarsubventionen im Jahr 2012 wurde von dem einem Prozent der Höfe bezogen, die über 500 Hektar groß sind. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die rumänische Landwirtschaft, die traditionell stark kleinbäuerlich organisiert ist. (FIAN 2012)*

#### **Arbeitsauftrag:**

- *Am Rande eines Weltwirtschaftsgipfels treffen in einer Podiumsdiskussion zu „Landgrabbing in Rumänien“ vier InteressensvertreterInnen aufeinander: Ein Investor und ein Kleinbauernsohn, eine Politikerin und eine Vertreterin einer NGO. Teilt Euch in vier Teams auf, die sich mit jeweils einer Rolle auseinandersetzen, diskutiert die Argumente, die der Charakter anführen sollte, und bestimmt anschließend jemanden, der/die die Rolle in der Podiumsdiskussion spielen wird. Führt dann unter Anleitung der Lehrkraft die Podiumsdiskussion durch, bei der nach Lösungen für den politischen Konflikt gesucht werden soll. Auch das Publikum ist in die Diskussion (am Rande) eingebunden, soll aber vor allem beobachtend tätig sein.*

## **LITERATUR**

H.H. BASS, Internationale Investoren für Afrikas Landwirtschaft – Lösung zur Ernährungssicherung?, in: Kurier am Sonntag. Bremen 14.8.2011

A. CAVAR, Wettlauf um Nahrung, Energie und Wasser, in: Der Standard, 18.3.2010.

FIAN (Food First Information and Action Network), Land Grabbing. O.J. Online verfügbar unter: <http://www.fian.at/home/arbeitsbereiche/zugang-zu-ressourcen/landgrabbing> [30.12.2014].

FIAN, Landkonzentration und Land Grabbing in Osteuropa. Die Rolle österreichischer Unternehmen. 2014. Online verfügbar unter: <http://www.fian.at/assets/FIAN-Landgrabbing-Osteuropa.pdf> [30.12.2014].

K.-P. HUFER, Podiumsdiskussion, in: S. Reinhardt/D. Richter (Hg.), Politikmethodik. Handbuch für die Sekundarstufe I und II. Berlin 2007, 132-134.

H.W. KUHN, Die Talkshow, in: S. Frech/H.-W. Kuhn/P. Massing (Hg.): Methodentraining für den Politikunterricht. Schwalbach/Ts. 2006, 117-144

J. LEMBKE, Investoren haben Landlust, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.7.2011.

G. STROBLE, Studie: Europas Abhängigkeit von Nahrungsimpporten steigt, in: Der Standard 7.1.2015.

# ÖGL – Österreich in Geschichte und Literatur (mit Geographie)

## Spuren in der Fremde Jahrgang 58 (2014), Heft 4

*Hermann Mückler:* Spuren in der Fremde. Österreichische Initiativen und Leistungen in Übersee – und deren wissenschaftliche Rezeption

*Hermann Mückler:* Der geplatzte Traum vom Weltmachtstatus. Österreichs erfolglose Kolonisierungsversuche im 18. und 19. Jahrhundert

*Marianne Klemun:* Friedrich Welwitsch (1806–1872). Wege einer kolonial-ambitionierten Botanik

*Katharina Stornig:* Auf Mission im „gelobten Land“. Österreicherinnen und Österreicher in Togo, 1892–1918

*Zsuzsa Barbarics-Hermanik:* Die Entdeckung des Osmanischen Reiches in Wort und Bild. Eine Geschichte zwischen persönlicher Erfahrung, Wahrnehmung und überlieferten Vorstellungen

*Marcel Chahrouh:* Ärzte im Orient. Imperialismus, Wissenschaft und die Konstruktion eines „Medizinischen Orients“ in der Habsburgermonarchie

*Helmut Lukas:* Joachim Freiherr Brenner von Felsach (1859–1927). Österreichischer Weltreisender, Forscher und Erfinder

*Hermann Mückler:* Österreichische Begegnungen mit der Südsee. Spuren und Bezüge zu einer fernen Region

€ 7,- Euro inkl. Porto



## Austriaca

### Kindheit und Schule im Ersten Weltkrieg Ernst Bruckmüller/Christa Hämmerle/Hannes Stekl (Hg.)

ISBN 978-3-7003-1888-0, Wien 2015, new academic press

*Peter Urbanitsch:* Österreichs Schulen. Organisatorischer und struktureller Wandel 1848 bis 1914

*Werner Auer:* Schule und Politik im Trentino

*Ernst Langthaler:* Schulchroniken als Quellen zur Alltagsgeschichte des Ersten Weltkriegs

*Christa Hämmerle:* An der ‚Schulfront‘. Kindheit – staatlich instrumentalisiert

*Alexander Pinwinkler:* Der Geschichts- und Geographieunterricht – das Beispiel Salzburg

*Elisabeth Grabenweger:* Der Deutschunterricht

*Verena Gruber:* Versuche ideologischer Beeinflussung – Aufsatzthemen und Maturaarbeiten an Tiroler Gymnasien

*Ernst Seibert:* Der Erste Weltkrieg in der Kinder- und Jugendliteratur. Kriegsertüchtigung als Ende der Tugendlehre?

*Manfred Zollinger:* Spiele mit Kriegssignatur

*Reinhard Sieder:* Wiener Arbeiterkinder. Praktiken des Alltagslebens und die Anfänge der eugenischen Fürsorgepolitik

€ 20,- Euro inkl. Porto



#### Bestellungen:

Institut für Österreichkunde, Hanuschgasse 3/Stiege 4/Top. 1046, 1010 Wien  
Tel.: ++43/1/4127932ioek.wirtschaftsgeschichte@univie.ac.at, www.oesterreichkunde.ac.at

# SONDERHEFTE ZU NEUEN METHODEN

Diese Hefte sollen LehrerInnen und SchülerInnen sowie ein interessiertes Publikum mit neuen methodischen Ansätzen innerhalb der Geschichtswissenschaften vertraut machen. Vorgestellt werden u.a. Alltagsgeschichte, Historische Anthropologie, Mikrogeschichte, Universal-, Welt und Globalgeschichte sowie die Kulturwissenschaften und der Bereich der Gender Studies.

## **Neue Entwicklungen in der Geschichtswissenschaft I**

Michael Mitterauer: Zu diesem Heft / Ernst Hanisch: Zum Stand der Theoriedebatte in der Geschichtswissenschaft / Hans-Ulrich Wehler: Rückblick und Ausblick - oder: arbeiten, um überholt zu werden? / Reinhard Sieder: „Alltag“ - irdisches Elend oder analytische Perspektive? / Gerd Dressel: Historische Anthropologie. Die Historisierung menschlicher Elementarerfahrungen. Ein Dialog nach vier Jahren / Margareth Lanzinger: Mikrogeschichte

## **Geschlecht und Kultur**

Andrea Griesebner, Christina Lutter: Editorial / Cornelia Klinger: Die kategorie Geschlecht in der Dimension der Kultur / Birgit Wagner: Kultur, Geschlecht, Erzählen / Brigitte Kossek: Herausforderungen des Postkolonialismus für die feministische Geschichtsforschung / Christopher F. Laferl: Schwarz – Weiß – Mestiçagem. Weiblich – Männlich. Von nicht markierten, einfach markierten und doppelt markierten Körpern in der frühen brasilianischen Populärmusik / Wolfgang Schmale: Männergeschichte als Kulturgeschichte / Eva Cescutti: „Nicht nur den Rechtsgelehrten und Gebildeten, sondern auch dem schwachen Geschlecht“ – Charitas Pirckheimer über Hrotsvit von Gandersheim, weibliches Talent und männlichen Hochmut / Monika Bernold, Andrea Ellmeier: Mapping consumption & media. Kontexte historischer Konstruktionen von Geschlecht in der (Post)Moderne / Maria Mesner: Paarweise und zu dritt. Sexualberatungsstellen im Wien der Ersten Republik / Andrea Griesebner / Christina Lutter: Geschlecht und Kultur. Ein Definitionsversuch zweier umstrittener Kategorien

## **Kulturwissenschaften**

Editorial / Lutz Musner, Gotthart Wunberg: Vorwort: Kulturwissenschaft/en – eine Momentaufnahme / Ute Daniel: Clio unter Kulturschock. Zu den aktuellen Debatten der Geschichtswissenschaft / Wolfram Aichinger: Außenwelt und Innenwelt: Spannungsfelder der Kultur / Christina Lutter, Markus Reisenleiter: Introducing History (in)To Cultural Studies / Wolfgang Maderthaler, Lutz Musner: For everything turn, turn, turn, there is a season turn, turn, turn – vom notwendigen Wandel der Kulturgeschichte

## **Neue Entwicklungen in der Geschichtswissenschaft II**

Dietmar Rothermund: Globalgeschichte, Weltgeschichte, Universalgeschichte / Hans-Heinrich Nolte: Das Weltsystemkonzept / Michael Geyer, Matthias Middell: Weltgeschichte vor den Herausforderungen der Globalisierung / Jürgen Osterhammel: Zivilisationen im Vergleich: Möglichkeiten und Probleme / Susan Zimmermann: Europäische, universelle und oppositionelle Wege

**alle 4 Hefte im Paket um € 8,- (+ Versandkosten)**

# HISTORISCHE SOZIALKUNDE / INTERNATIONALE ENTWICKLUNG

## **Band 33: Landgrabbing**

Landnahmen in historischer und globaler Perspektive

Birgit Englert/Barbara Gärber (Hg.)

ISBN 978-3-7003-1895-8, 260 Seiten, Wien 2014, New Academic Press

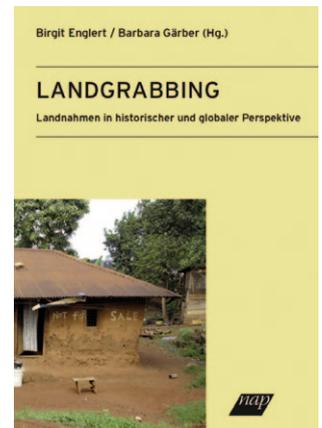
„Landgrabbing – Landnahme“ – der Definitionsrahmen wurde bewusst breit angelegt und bezieht sich auf Landnahmen in unterschiedlichen historischen, geographischen und politischen Kontexten, so etwa in Bezug auf koloniale Eroberung, vor dem Hintergrund totalitärer Regime und im Zuge von Landreformen.

Auch die gegenwärtige Form von Landgrabbing durch private und staatliche Investoren nimmt eine zentrale Rolle ein und wird anhand von Beispielen aus afrikanischen Ländern diskutiert. Die Enteignung von Land im Namen des Naturschutzes, sogenanntes „Green Grabbing“, wird dabei ebenso behandelt wie Landgrabbing nach Katastrophen wie dem Tsunami in Südostasien.

Landnahmen finden jedoch nicht ausschließlich auf nationaler Ebene statt, sondern auch in lokalen und familiären Kontexten. Besonders betroffen sind Frauen, deren Landrechte aufgrund herrschender Geschlechterverhältnisse in vielfacher Hinsicht unsicher sind.

Darüber hinaus beleuchtet der Band die Auswirkung von Landnahmen auf die Folgegeneration und veranschaulicht anhand der philippinischen Landrechtsbewegung Formen des Widerstandes.

„Landgrabbing“ wird sowohl in seiner aktuellen Ausprägung als auch in historischer Perspektive beleuchtet, Kontinuitäten in Bezug auf Landnahmen werden sichtbar gemacht.



## **Band 32: Migration und Entwicklung**

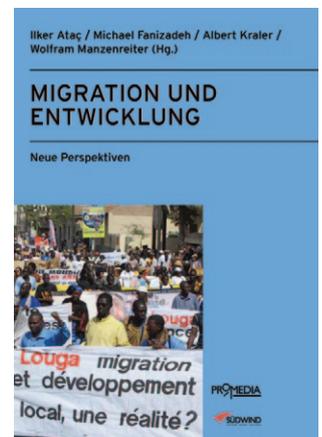
### **Neue Perspektiven**

Ilker Ataç/Michael Fanizadeh/Albert Kraller/Wolfram Manzenreiter (Hg.)

ISBN 978-3-85371-363-1, 260 Seiten, Wien 2014, Promedia, Südwind

„Migration und Entwicklung“ ist zu einem zentralen entwicklungspolitischen Thema avanciert. Das wirft die Frage auf, was generell unter „Entwicklung“ zu verstehen ist. Wie lassen sich Vorstellungen von MigrantInnen als dynamische Akteure der wirtschaftlichen Globalisierung mit Menschenrechtsdiskursen vereinbaren? Ist der Nationalstaat überhaupt eine sinnvolle Bezugsgröße, um die Entwicklungsaspekte von Migration zu problematisieren?

Die Rolle von MigrantInnen für Entwicklungsprozesse in den Herkunftsländern rückt zunehmend in den Vordergrund. Debattiert wird in diesem Zusammenhang, ob sich eine auf Kontrolle ausgerichtete und von starken wirtschaftlichen Interessen geleitete Migrationspolitik mit dem Anspruch auf regionalen und sozialen Ausgleich und der Überwindung globaler Ungleichheit verbinden lässt. Oder ob das Aufgreifen von Entwicklungsaspekten lediglich dazu dient, die „dunkle Seite“ der Migrationspolitik, die in technisch aufwendigen Grenzregimen besteht, zu kaschieren? Der Band will Antworten auf diese Fragenkomplexe liefern.



**Preis für AbonentInnen der Zeitschrift „Historische Sozialkunde“:  
pro Band € 20,- (+ Versandkosten)**

VGS – Verein für Geschichte und Sozialkunde – c/o Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien  
Universitätsring 1, A-1010 Wien, Tel. ++43/1/4277-41330, Fax ++43/1/4277-9413  
e-mail: vgs.wirtschaftsgeschichte@univie.ac.at, <http://vgs.univie.ac.at>